



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrates, die Medienvertretenden und die Gäste zur fünften Stadtratssitzung des Jahres 2014 in der Alten Mühle.

Er hoffe, dass alle Anwesenden die Sommerferien geniessen konnten und damit mit viel aufgeladener Energie die zweite Hälfte des laufenden politischen Jahres angehen können. Das gesellschaftliche Leben sei natürlich auch in den vergangenen Sommertagen nicht stillgestanden. Viele kulturelle Veranstaltungen hätten stattgefunden: Sommerkino, Wuhrplatzfest. An dieser Stelle danke er vor allem allen ehrenamtlich tätigen Organisatorinnen und Organisatoren für ihre Arbeit.

An der oberen Märitgasse sei intensiv gearbeitet worden, so dass der angekündigten Eröffnung am 6. September 2014 nichts mehr im Wege stehen sollte, worüber sich wahrscheinlich alle freuen.

Die Anwesenheit des amtierenden Nationalratspräsidenten und damit des höchsten amtierenden Schweizers, Herrn Ruedi Lustenberger, welcher dem Langenthaler Parlament heute zu Beginn der Sitzung die Ehre seines Besuches erweise, erachte er als den Höhepunkt seiner Amtszeit als Langenthaler Stadtratspräsident. Im Namen des Langenthaler Stadtparlaments begrüsse er Herrn Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger herzlich. *(Applaus)*

Der Besuch des Nationalratspräsidenten zeige die hohe Verbundenheit der nationalen Politik mit ihren Regionen und vor allem mit deren Milizparlamentarierinnen und Milizparlamentariern. Er persönlich sei ausserordentlich erfreut, dass Herr Ruedi Lustenberger nicht nur ein Vollblutpolitiker sondern auch ein Unternehmer der "hölzernen Branche" sei. Allgemein bekannt sei, dass sein Amtszeitthema das Handwerk und die berufliche Bildung betreffe. Er sei davon überzeugt, dass Herr Ruedi Lustenberger auch dazu etwas zu sagen habe.

Bevor er das Wort übergebe, erlaube er sich, Herrn Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger kurz vorzustellen: Herr Lustenberger sei 1950 im Entlebuch geboren, wohnhaft in Romoos LU, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Im Anschluss an die Schulzeit habe er eine Schreinerlehre absolviert und nach Lehr- und Wanderjahren das Berufsdiplom zum eidgenössischen Schreinermeister erlangt. Er sei Inhaber einer Schreinerei in Romoos und somit auch Unternehmer. Nebenamtlich sei er auch als Fachlehrer an der Berufsschule Willisau LU tätig. Im Jahr 2012 habe er seine Firma an einen langjährigen Mitarbeiter weitergeben können und damit mehr Zeit zum Politisieren erhalten. In den Jahren 1991-1999 sei er CVP-Mitglied des luzernischen Grossen Rates gewesen und im Jahr 1999 auch Grossrats-Präsident. Seit dem Jahre 1999 sei er Mitglied des Nationalrates und in verschiedensten Kommissionen tätig. Von 2001-2005 habe er die CVP des Kantons Luzern präsidiert und sei im Jahr 2005 auch Vorstandsmitglied der CVP Schweiz gewesen. Als der für das Jahr 2014 gewählte Präsident des Nationalrats sei er auch der Vorsitzende der eidgenössischen Bundesversammlung. Die zahlreichen Verbandstätigkeiten im Gewerbe und der Gesellschaft würden seine Aktivitäten abrunden, welche nicht alle aufgezählt werden können. Unter dem Strich nehme er persönlich Herrn Ruedi Lustenberger als einen geerdeten schweizer Menschenfreund wahr.

Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger (CVP):

"Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, geschätzter Markus

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, Kolleginnen und Kollegen

Meine Damen und Herren



In der Eidgenossenschaft scheint es im Jahr 2014 eine ganz wichtige Voraussetzung zu sein, Schreinermeister zu sein, um ein Parlament präsidieren zu dürfen. Geschätzter Markus, du bist nicht nur Schreinermeister sondern zudem auch Innenarchitekt. Wir zwei haben den gleichen Beruf und dürfen in diesem Jahr auch das gleiche Amt ausüben: Präsident eines Parlaments einer Legislative.



Als ich vom Journalisten und heutigen Langenthaler Stadtrat Urs Zurlinden im Jahre 2001 im Bundeshaus gefragt worden bin, ob er ein Portrait über mich für das "Facts" machen dürfe, habe ich etwas Hemmungen gehabt und mich gefragt, was wohl dabei herauskommt, wenn ich als ein Milizparlamentarier aus dem Entlebuch mit einer lediglich zweijährigen Bundeshauserfahrung diesem Profijournalisten zusage. Ich habe ihm aber zugesagt und Herr Urs Zurlinden hat damals ein gutes und anständiges Portrait von mir als Schreinermeister aus dem Entlebuch unter dem Titel «Mustermilizler» gezeichnet. Weder Herr Urs Zurlinden noch ich ahnten damals, dass wir uns 13 Jahre später in diesem Saal wieder treffen. Ich bin Herrn Urs Zurlinden noch heute für das gute und anständig vor mir gezeichnete Portrait dankbar.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, jetzt stehe ich vor euch als "Premier Citoyen de Suisse". Ihr fragt euch wohl, was der so macht, wenn er nicht im Nationalratssaal vor dem schönen Bild von Charles Giron mit dem Titel "Die Wiege der Eidgenossenschaft" auf seinem Sessel sitzt und viermal im Jahr für jeweils drei Wochen lang Sitzungen leitet? Ich habe das Privileg mich in der sessionsfreien Zeit von 40 Wochen fast täglich in irgend einer anderen Gegend der Schweiz zu befinden und mich so wie heute mit der Bevölkerung der Stadt Langenthal oder mit dem Parlament unterhalten zu können. Ich bedanke mich bei dir Markus und bei euch allen für die Gelegenheit, einen Teil der Ratssitzung mithören zu dürfen.

Wir befinden uns in einem lokalhistorisch wichtigen Gebäude der Stadt Langenthal, worin ich mich nicht zum ersten Mal aufhalte. Ich bin – wenn ich mit recht erinnere im Jahr 2001 – vom damaligen Chefredaktor der schweizerischen Schreinerzeitung angefragt worden, ob ich ein Referat halten will. Ich habe damals nicht vor dem Langenthaler Stadtparlament gesprochen, sondern habe vor etwa 150 Geschäftsfrauen aus Schreinereien aus der ganzen Schweiz ein Referat unter dem Titel "Die Geschäftsfrau, die Generalistin in der KMU" geführt. Das Referat und vor allem die Stimmung, die damals in diesem schönen und würdigen Saal geherrscht hat, ist mir heute, als ich den Saal betreten habe, wieder in den Sinn gekommen.

Langenthal hat aber nicht nur ein schönes historisches Gebäude. Langenthal hat auch einen amtierenden Bundesrat und einen bernischen Regierungsrat. Langenthal war in der Vergangenheit auch Schauplatz von politischen Ereignissen, die die Stadt geprägt haben. Als ich mich als Entlebucher mit diesen Lektüren befasst habe, ist mir selbstverständlich der Bauernkrieg von 1653 ins Auge gestochen. Der Berner Bauernführer Niklaus Leuenberger und der Entlebucher Christian Schybi wollten damals in Langenthal mit den gnädigen Herren Luzerns und Berns verhandeln. Das Treffen kam nicht zustande und dass die Geschichte für die Bauern nicht gut ausgegangen ist, ist bekannt. Die Schlacht bei Herzogenbuchsee ging verloren und Christian Schybi und sein Kollege aus dem Emmental wurden verurteilt und hingerichtet.

Ich habe aber auch Erfreuliches über Langenthal gelesen: Namentlich, dass der Pädagoge Heinrich Pestalozzi die letzte Rede seines reich befrachteten Lebens in Langenthal gehalten hat. Das damalige Thema der Rede hat an Aktualität noch nichts eingebüsst. Heinrich Pestalozzi hat in seiner Rede von einer menschengerechten Wirtschaft und von Menschen gesprochen, die eben im Zentrum des Handels einer Gesellschaft sein sollen. Er machte sich damals schon für eine neue Schule stark, die ihre Bildung auf die Kräfte und die Anliegen des einzelnen Menschen ausrichtet. Er forderte ganz allgemein von der Gesellschaft, dass die allgemeine Menschenbildung über alle gesellschaftlichen Schichten gefördert werden soll. Ich weiss nicht, ob du Markus Bösiger, dich von Herrn Heinrich Pestalozzi hast inspirieren lassen, als du die Berufsbildung zum Leitthema deines Präsidialjahres gemacht hast. Wenn ein gescheiter Kopf und eine glückliche Hand zusammenkommen – was bei dir der Fall ist – dann kann das Vorhaben nicht fehlschlagen. In deinem Fall, geschätzter Markus, ist es so. Ich gratuliere dir zur Themenwahl, womit du dich in guter Gesellschaft und unter vielen praktisch veranlagten Politikern – wie deinem und unserem Bundesrat Johann Schneider Ammann – befindest. Herr Bundesrat Johann Schneider Ammann ist mit seinem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation daran, den Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung - im Zusammenhang mit der universitären und beruflichen Aus- und Weiterbildung auf Gesetzesstufe - umzusetzen. Die swiss skills, die im September in Bern über die Bühne gehen werden, kommen dazu gerade rechtzeitig.



Dies allein reicht aber natürlich nicht aus. Alle Aktivitäten auf den drei Ebenen unseres föderalen Staates sind wertvoll. Sie zeigen der oftmals etwas "akademisierten" Bundesverwaltung auf, dass es nebst der universitären Bildung auch noch eine höhere Berufsbildung gibt, die mindestens einen so hohen Anteil am Erfolgsmodell Schweiz hat.

Aktivitäten auf kommunaler Ebene haben immer auch einen zweiten Effekt. Im Biotop Bundesbern geht gelegentlich vergessen, dass nicht nur auf nationaler Bühne Politik betrieben wird. Dass im Bundeshaus wegweisende Entscheide getroffen werden, stimmt ja schon. Die Umsetzung hat dann aber in den Kantonen und den Gemeinden zu erfolgen. In Bern bzw. im Bundeshaus muss man sich je länger je mehr aber halt schon wieder mehr bewusst werden, dass die Schweiz von unten nach oben aufgebaut ist und, dass das Subsidiaritätsprinzip in der Eidgenossenschaft nie aufgegeben werden darf, weil kein anderes Prinzip der vielfältigen und föderalen Schweiz besser gerecht wird. Die Gemeinde als die kleinste, aber mit viel politischer Kompetenz ausgestattete Verwaltungseinheit in der Schweiz, ist eine sehr wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Ebene.

Nur wenige Länder in Europa messen ihren Gemeinden die zentral wichtige Rolle zu, wie wir dies in der Eidgenossenschaft tun. Artikel 50 der Bundesverfassung verpflichtet den Bund, die möglichen Folgen seines Tuns auf die Gemeinden zu beachten und dabei die besonderen Situationen der Städte in den Agglomerationen und in den Berggebieten ins Auge zu fassen.

Die Organisation der Politik auf lokaler Ebene liegt in der Schweiz in der Kompetenz der Kantone. Das erklärt, dass sich Gemeinden nicht nur wegen ihrer Grösse, sondern, dass sie sich auch im administrativen und politischen Ausbau ihres Aufgabenbereichs von Kanton zu Kanton stark unterscheiden. Die Möglichkeit, dass die Dienstleistungsangebote weitgehend frei bestimmt werden können, ist eine gute Errungenschaft. Die weitgehende Autonomie zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben und vor allem auch die Steuerhoheit gibt den Gemeinden nicht nur Verantwortung, sondern auch Freiheiten. Die Gemeinde wird gerne als die Keimzelle der schweizerischen Demokratie bezeichnet, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, sich politisch aktiv und vor Ort daran zu beteiligen. Das ist eine grosse Chance, die auch für eine grosse Befriedigung bei der zu leistenden politischen Arbeit sorgt. Ich sage dies im Wissen, dass sich in den letzten Jahrzehnten das gesellschaftliche und politische Umfeld der Gemeinden gewandelt hat. Die politischen Entscheidungen sind auf allen Ebenen komplexer geworden. Wenn eine Gemeinde etwas in Angriff nehmen will, dann muss sie vermehrt zusätzliche und neue Aspekte beachten. Vieles ist wegen des Subsidiaritätsprinzips von oben nach unten delegiert worden, was vielleicht zum Teil mit etwas zu vielen Aufgaben und etwas zu wenig Kompetenzen geschehen ist. Ein "Mea culpa!" an dieser Stelle für mich und meine 199 Kolleginnen und Kollegen.

Mit der Delegation von Aufgaben nach unten steigt auch die Anforderung an ein politisches Mandat in den Gemeinden. Andreas Ladner, Politologe der Uni Bern, erforscht die Politik in Schweizer Gemeinden seit Jahren. Er hat festgestellt, dass parallel dazu, was ich vorhin aufgezählt habe, auch die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger gestiegen sind. Es werde erwartet, dass die Gemeinden ihre Arbeit professionell und wirkungsvoll erledigen und, dass sich die Behörden auf die Bedürfnisse ihrer Kundschaft (Mitbürgerinnen und Mitbürger) ausrichten. Was gut so ist, aber auch dazu geführt hat, dass Gemeinden zu sogenannten Schlafgemeinden geworden sind. Pendler verlassen am Morgen das Dorf und kommen am Abend zurück. Der Kontakt zu den Alteingesessenen, die politisch vielleicht noch verankert sind, geht dabei etwas verloren. Wegen fehlender Integration nimmt das politische Interesse ab. Immer weniger Leute gehen an die Gemeindeversammlungen. Vor allem wird's schwierig, qualifizierte und gute Leute für die Besetzung der Ämter zu finden. Das alles trifft auf die Stadt Langenthal nicht zu. Ich habe gelesen, dass anlässlich der Wahlen im Jahr 2012 das Interesse an einem Stadtratsmandat viel grösser gewesen ist, als 4 oder 8 Jahre zuvor.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Der österreichische Staatswissenschaftler und Nationalökonom Leopold Kohr hat einmal über die Schweiz gesagt: «Die wahre Grösse der Eidgenossenschaft besteht in ihren gesunden und grossartigen kommunalen und kantonalen Strukturen, die das Grosse aufteilt in Kleines, innerhalb dessen Grenzen man alles überblicken kann.» Leopold Kohr ist der Ansicht gewesen, dass sich nur kleine Einheiten demokratisch verwalten lassen, dass kleine Einheiten auch wettbewerbsfreundlich sind und, dass wenn ein Fehler gemacht wird, die Fehler nicht so gross sind. Obwohl Leopold Kohr ein Anarchist war, teile ich ausnahmsweise die Ansicht eines Anarchisten. Wir sind gut beraten, Sorge zu den kleinen Einheiten zu tragen. Jede einzelne Gemeinde steht für die Vielfalt der Eidgenossenschaft. Diese Vielfalt sollte uns etwas Wert sein, weil sie Reichtum darstellt.

Wenn ich im Nationalratssaal von meinem Stuhl in den Saal hinausblicke, sehe ich die personifizierte Vielfalt der Eidgenossenschaft. Meine Kolleginnen und Kollegen kommen aus allen Landesteilen und sprechen in verschiedenen in den Städte, den Tälern, in den Agglomerationen und in den Bergen gesprochenen Sprachen. Sie gehören verschiedenen Parteien an. Die einen sind Handwerker, die anderen Bauern und andere sind Akademiker. Das jüngste Ratsmitglied ist Mitte 20 und das älteste bald einmal 83 Jahre alt. Zusammen bilden sie den Nationalrat und eine Einheit in der Vielfalt der Eidgenossenschaft. Genau so wie das Langenthaler Parlament eine Einheit in der Vielfalt der Stadt Langenthal ausmacht.

Für eure politische Arbeit im Parlament und in der Exekutive der Stadt Langenthal wünsche ich euch allen viel Glück und Erfolg. Sir Winston Churchill hat einmal gesagt: «Zu einem guten Politiker gehören die Haut eines Nilpferdes, das Gedächtnis eines Elefanten, die Geduld des Bibers, das Herz des Löwen, der Magen des Vogels Strauss und der Humor einer Krähe. Diese Eigenschaften sind allerdings noch nichts wert ohne die Sturheit des Maulesels.» Sir Winston Churchill hat es wissen müssen. Er ist für viele von uns ein Vorbild.

Ich bin auf die interessante Diskussion zum Budget 2015 gespannt. Ihr habt dem eidgenössischen Parlament etwas voraus, eure Budgetberatung findet vier Monate früher statt, als die des eidgenössischen Parlaments. Im Bundeshaus wird das Budget jeweils Ende November/Anfang Dezember beraten, wobei im Zweikammersystem jeweils extrem pressiert werden muss, um die Differenzvereinbarungen bis am 15. Dezember durchzubringen um nach Hause in die Weihnachtsferien fahren zu können.

Ich wünsche euch gute Verhandlungen und der Stadt Langenthal viel Glück und alles Gute für die Zukunft."

(Applaus)

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) dankt dem Nationalratspräsidenten Ruedi Lustenberger für die Ansprache, die ihm persönlich aus der Seele gesprochen habe. Wie vereinbart, sei die Arbeit des Nationalratspräsidenten an dieser Stelle erledigt, wogegen die Arbeit des Langenthaler Parlaments nun beginne. Herr Nationalratspräsident werde die Debatte ein Stück weit verfolgen.

Herr Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger habe die Berufsbildung und damit die swiss skills angesprochen, die nächsten Monat in Bern stattfinden.





Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Als Stadtratspräsident habe er sich erlaubt, Werbung für swiss skills zu machen und dazu den Ratsmitgliedern entsprechende Broschüren an die Sitzplätze verteilt.

Herrn Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger übergebe er als Erinnerungspräsent an die Stadt Langenthal etwas, was die Vielfalt der Stadt Langenthal dokumentiere: "Das oberaargauer Lesebuch" von Autoren aus der Region dokumentiere die Kultur; eine I-Pad-Hülle, hergestellt von der Création Baumann, dokumentiere die Industrie und last, but not least, einer von Schreinerlehrlingen aus Lindenholz gefertigter Stadtratswürfel (Bleistifthalter) dokumentiere die Bildung.

Bevor er die ordentliche Sitzung eröffne, heisse er das neue SP-Ratsmitglied Simon Lüdi im Parlament willkommen. Er wünsche Simon Lüdi viel Freude, Idealismus und auch Realismus beim Politisieren.

Das Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2014 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteile er der **Protokollführerin** das Wort zum **Appell**:

- **38** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.¹
 - **1** Mitglied des Stadtrates ist entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 20.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenauflage sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet oder vorliegend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **38** Stadratsmitglieder anwesend. Ab 18.55 Uhr (Traktandum Nr. 2) sind **39** Stadratsmitglieder anwesend.



1. Gemeinderechnung 2015; Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2015 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

II Detailberatung:

GPK-Präsident Bernhard Marti (SP): Gemäss Art. 10 Abs. 1 und Art. 62 Ziff. 3 der Stadtverfassung beschliesse der Stadtrat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission in endgültiger Zuständigkeit die Vergabe des Auftrags zur jährlichen Rechnungsablage der Stadt an ein verwaltungsunabhängiges, externes Revisionsunternehmen.

Das Revisionsmandat könne im freihändigen Verfahren vergeben werden, da die Kosten dafür deutlich unter dem Schwellenwert von Fr. 100'000.00 liegen. Bereits in den letzten Jahren seien die Rechnungen von der Ernst & Young AG Bern revidiert worden. Mit den Genehmigungen durch den Stadtrat habe die Ernst & Young AG Bern ihre Revisionsaufträge vollständig erfüllt.

Die Geschäftsprüfungskommission empfehle die Zusammenarbeit mit der Ernst & Young AG weiterzuführen und beantrage dem Stadtrat, die Ernst & Young AG Bern als externe Revisionsgesellschaft für die Prüfung der Jahresrechnung 2015 der Stadt sowie für die Prüfung der Pensionskasse der Stadt unter Vorbehalt, zu wählen. Der Vorbehalt hänge mit der Überführung der stadteigenen Pensionskasse in eine juristisch selbstständige Trägerschaft zusammen. An dieser Stelle verweise er auf seine im letzten Jahr zur Vergabe Geschäft gemachten Ausführungen sowie auf die Grundlageakten zum vorliegenden Geschäft. Die Vergabe unter Vorbehalt sei mit der Ernst & Young AG Bern abgesprochen worden.

Die Geschäftsprüfungskommission beantrage, dem vorliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EVP/glp-Fraktion, Ruth Trachsel (EVP): Im Sinne der Kontinuität und Zielführung werde die Vergabe des Rechnungsprüfungsmandat 2015 an die Ernst & Young AG, Bern von der EVP/glp-Fraktion begrüsst. Zudem sei es wichtig, dass die Revisionsstelle mit den Bedingungen einverstanden sei, dass der Prüfungsauftrag für die Pensionskasse nur unter Vorbehalt erteilt werden könne.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Ernst & Young AG Bern erhält den Zuschlag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Rechnung der Stadt - zum offerierten pauschalen Preis von Fr. 28'000.00.00 (inkl. 8,0% MWSt, Auslagen und Spesen).
2. Unter Vorbehalt, dass die städtische Pensionskasse per 1. Januar 2015 oder im Verlaufe des Jahres 2015 nicht in eine selbstständige Trägerschaft überführt wird, erhält die Ernst & Young AG Bern den Zuschlag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Rechnung der städtischen Pensionskasse zum offerierten Preis von Fr. 16'000.00 (inkl. 8,0% MWSt, Auslagen und Spesen).
3. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Finanz- und Investitionsplan 2015 - 2019; Kenntnisnahme

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Wie jedes Jahr werde Gemeinderat Jürg Häusler in seinem Referat nebst dem Finanz- und Investitionsplan, der dem Stadtrat nur zur Kenntnisnahme vorgelegt werde, gleichzeitig auch den Voranschlag - über den der Stadtrat Beschluss zu fassen habe - vorstellen. Damit habe die folgende Präsentation auch für das Traktandum Nr. 3 Gültigkeit, was im Protokoll entsprechend festgehalten werde.

Die Stadträtinnen und Stadträte seien gebeten in der Beratungsrunde zum Traktandum Nr. 2 Stellung zum Finanz- und Investitionsplan 2015-2019 beziehen und noch keine Stellungnahmen, Bemerkungen und Anträge zum Voranschlag 2015 (Traktandum Nr. 3) abzugeben.

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): Herr Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger habe von der Steuerrhoheit und vom Biotop Nationalrat gesprochen, was in ihm als Gemeinderat persönlich den Wunsch aufkommen lasse, dass das Stadtparlament heute Abend nicht zu einem Haifischbecken werde.

Das Budget 2015 basiere erstmals auf den neuen Grundsätzen der Regierungsrichtlinien der laufenden Legislatur (2013-2016). Das Thema Finanzen sei wie in den Vorjahren ein Schwerpunktthema, worin es darum gehe, die Rechnungen wieder ausgeglichener zu gestalten, was bekanntermassen eine Herausforderung darstelle, obschon Langenthal finanziell nach wie vor sehr gut gebettet sei.

stadtlangenthal

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Voranschlag 2015 Finanz- und Investitionsplanung 2015 - 2019

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

stadtlangenthal

Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Voranschlag 2015
- Finanzplan 2015 - 2019
- Investitionsplan 2015 - 2019
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

In Abweichung zur Traktandenliste werde er zuerst Kernaussagen zum Voranschlag 2015 machen, bevor er zur Präsentation des Finanzplans und des Investitionsplans 2015-2019 kommen werde.



Die Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode 2013-2016 seien im ersten Semester 2013 vom Gemeinderat erarbeitet worden. Der vorliegende Voranschlag 2015 sei somit der erste, der voll und ganz auf diesen Regierungsrichtlinien basiere.

Die Jahresrechnung soll künftig jedes Jahr verbessert abschliessen. Die "Defizitursache Investitionen" – unter Ausklammerung der zusätzlichen Investitionen (Strategie onyx-millions) – soll durch das Kapital abgefangen bzw. diesem belastet werden. Das Eigenkapital werde dadurch abgebaut, aber letztlich würden die städtischen Werte nicht in Finanzwerten, sondern in Sachwerten (Schulhäuser, Märitgasse, Wuhrplatz etc.) bestehen.

Der Voranschlag 2015 komme gegenüber dem Voranschlag 2014 tatsächlich deutlich besser daher, was sich anhand des effektiven Rechnungsabschlusses des Jahres 2013 als kleiner Lichtblick abgezeichnet habe.

Was das seit dem letzten November vom Gemeinderat initiierte Projekt "Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotentialanalyse (AEA)" betreffe, so werde im Anschluss an seine Ausführungen vom Stadtpräsidenten Thomas Rufener darüber informiert.

Der zweite wichtige finanzielle Aspekt in den finanziellen Grundsätzen sei der, dass die durchschnittlichen steuerfinanzierten Investitionen in den Jahren 2013-2022 auf jährlich Fr. 10 Mio. begrenzt werden sollen. Diese Vorgabe sei eingehalten worden.

Voranschlag 2015

Grundsätze der Budgetierung

- Basis: Voranschlag 2015 sowie die Rechnung 2013
- Weisungen des Gemeinderates
- Festlegung der Investitionsquote und der Abschreibungsmethodik

Richtlinien der Regierungstätigkeit

Die im Jahr 2013 aktualisierte gemeinderätliche Finanzstrategie sieht folgende finanzielle Ziele vor:

- Jahresrechnung: Abgesehen von der „Defizitursache Investitionen“ soll die Jahresrechnung sukzessive ausgeglichener gestaltet.
- Investitionen: Die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen sollen im Durchschnitt der Jahre 2013 – 2022 maximal Fr. 10 Mio. betragen.

Die Grundsätze zur Budgetierung seien gleich geblieben: Die Basis zur Erstellung bilde der Voranschlag 2014 plus die zu Beginn der Erarbeitung gesammelten Erfahrungen des abgeschlossenen Geschäftsjahres 2013.

Die wichtigsten Grundsätze, wie die Investitionsquoten und der Abschreibungsmodus seien in den Weisungen des Gemeinderates enthalten. Der Abschreibungsmodus sehe ein letztes Mal hohe, zusätzlich freiwillige Abschreibungen im Umfang von Fr. 4 Mio. vor, um das hohe Investitionsvolumen direkt durch das hohe Eigenkapital kompensieren zu können.

Ein letztes Mal in diesem Sinne heisse, dass mit der ab 2016 gültigen neuen Rechnungslegungsnorm HRM2 freiwillige Abschreibungen nur noch möglich seien, wenn ein Gewinn ausgewiesen werde.

Beim Voranschlag 2015 sei stark darauf geachtet worden, dass die Budgetvorgaben – insbesondere im direkt beeinflussbaren Bereich "Sachaufwand" (ca. Fr. 15 Mio.) - konsequent angewendet worden seien. Das Budget habe in diesem Bereich kaum mehr Luft.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Das Ergebnis des Voranschlages 2015 zeige, dass gegenüber dem Rechnungsjahr 2013 das Defizit (nach der Ausklammerung der zusätzlichen Abschreibungen) nach wie vor zu hoch sei. Die Wichtigkeit zur Vornahme von Sparmassnahmen und somit die Umsetzung des AEA-Projektes werde damit deutlich, weil das altbekannte Problem darin bestehe, dass die Kosten höher steigen, als die Erträge (strukturelles Defizit).

Immerhin zeige das Budget 2015 gegenüber dem Voranschlag 2014 ein deutlich reduziertes Defizit. Kurz- und mittelfristig könne die Stadt Langenthal diese Lücke glücklicherweise noch mit dem Abbau des hohen Eigenkapitalpolsters verkraften.

stadtlangenthal

Voranschlag 2015

Ergebnis Laufenden Rechnung in TFr.

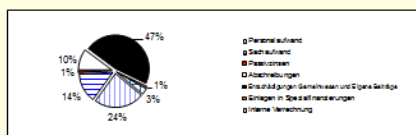
	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015
Aufwand ohne Abschr. VW	89'994	98'172	96'361	99'900
+ harmonisierte Abschreibungen auf dem stofffinanzierten Verwaltungsvermögen (10%)	4'463	4'463	5'666	5'213
+ Stille Abschreibungen	3'869	4'289	3'956	4'000
Aufwand	98'266	107'135	107'912	109'113
Ertrag	99'793	99'487	95'546	99'237
Ertragsüberschuss			12'366	9'856
Aufwandüberschuss	7'473	7'648		
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 1 Mio.	3'869	4'289	3'956	4'000
Ertrag (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen	3'604	3'359	8'410	5'856

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

stadtlangenthal

Voranschlag 2015

Überblick Aufwände



Aufwandarten im Vergleich zum Voranschlag 2014

- Personalaufwand: + 3.1% -> Lohnrunde 15, Stellenbedarf (Tagesschule)
- Sachaufwand: - 0.9% -> baulicher Unterhalt und Betriebsaufwand
- Passivzinsen: + 7.1% -> Darlehenszinsen
- Abschreibungen: + 0.1% -> identisch Vorjahr
- Entschädigungen/Beiträge: + 0.8% -> Lastenausgleich, Beiträge an div. Institutionen

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Der Personalaufwand nehme nominell um 3.1% zu, wovon jedoch nur 1,2% effektiv relevant seien, weil 2% auf die Integration der Tagesschulorganisation zurückzuführen sei, was sich im Personalaufwand niederschläge. Diese Kosten würden jedoch via den Lastenausgleich und mit den Entschädigungen/Beiträgen wieder kompensiert.

Der Sachaufwand nehme um 0,9% ab, was auf die restriktive Budgetierung und die Einhaltung der entsprechenden Weisungen zurückzuführen sei.

Die Passivzinsen dürften aufgrund der Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen zunehmen, aber aufgrund des Tiefzinsumfeldes noch auf einem relativ tiefen Niveau verbleiben.

Die Abschreibungen seien auf dem Niveau des Voranschlages 2014. Die zugrunde liegenden Investitionen seien gemäss Investitions- und Finanzplan zur Berechnung leicht reduziert worden, da der Realisierungsgrad jeweils nicht ganz den Planungen entspreche.

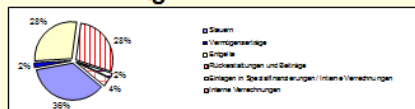
Die Entschädigungen/Beiträge seien leicht zunehmend. Die Beiträge an die bisherigen privaten Betreiber der Tagesschule fallen zwar weg, diese würden aber durch den höheren Personalaufwand kompensiert. Demgemäss gleiche sich die Netto-Zunahme weitgehend durch höhere Erträge bei den Rückerstattungen aus.



stadtlängenthal

Voranschlag 2015

Überblick Erträge



Ertragsarten im Vergleich zum Voranschlag 2014

- Steuern: + 3.6% → erhöhte Prognose aufgrund Rechnung 2013, beschränkte Abzugsmöglichkeiten
- Vermögenserträge: + 0.5% → keine Veränderung der zinsbringenden Anlagen
- Entgelte: + 6.6% → Mehreinnahmen Kantons, an Ausgaben gekoppelt
- Rückerstattung/Beiträge: - 0.1% → unverändert, stabil

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Die Ertragsseite, der Bereich Steuern, sei optimistischer prognostiziert worden. Die Neubeurteilung sei auf die Verbesserung in der Rechnung 2013 sowie auf die nach wie gute Konjunkturlage zurückzuführen. Auch die wegen der Steuergesetzrevision ab dem Jahr 2015 wirksam werdenden reduzierten Abzugsmöglichkeiten bei den Berufskosten, werden Niederschlag finden.

Die Vermögenserträge seien annähernd auf dem gleichen Niveau eingesetzt worden. Mögliche Buchgewinne auf Liegenschaften würden bekannterweise nicht budgetiert.

Die Entgelte seien mit einer Zunahme von 6,6% eingesetzt. Diese Zunahme beruhe grösstenteils auf entsprechenden Mehraufwendungen bei den Entschädigungen/Beiträge – insbesondere des Kantons – für die Abgeltung der Schoio-Familienhilfe und für die Rückerstattung von Ausgaben der wirtschaftlichen Sozialhilfe.

Die Rückerstattungen/Beiträge dürften stabil bleiben.

stadtlängenthal

Finanzplan

Ergebnisse

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Budget in Fr. 1'000.-	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steuereinnahmen	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	107'135	107'910	109'113	109'552	109'272	109'030	109'542
Total Ertrag	99'187	99'516	99'257	100'138	100'800	100'131	109'943
Aufwandüberschuss	7'648	12'365	9'856	3'414	4'472	4'899	5'679

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Die Aufwandüberschüsse werden ab den Jahren 2016 markant abnehmen. Dies sei insbesondere auf die Einführung des HRM2 zurückzuführen, mit welchem die Abschreibungsmethode anders gehandhabt werde als bisher: Das abschreibungsfähige Verwaltungsvermögen werde ab dem Zeitpunkt der Einführung (2016) nach Nutzungsdauern abgeschrieben. Als Übergangslösung werde für das per Ende 2015 vorliegende Verwaltungsvermögen eine pauschale Restnutzungsdauer zwischen 8 und 16 Jahren Anwendung finden. In der Zeitdauer der Übergangslösung habe die Gemeinde das Recht selber zwischen 8 und 16 Jahren wählen zu können.

Ein Entscheid darüber werde im Rahmen des Voranschlages 2016 gefällt. Im vorliegenden Finanzplan werde mit der längst möglichen Abschreibungsdauer von 16 Jahren gerechnet. In der Folge werde sich bei den Aufwandüberschüssen aber Jahr für Jahr wieder eine Zunahme einstellen, weil die Neuinvestitionen zusätzlich zum Abschreibungssubstrat dazukommen werden. Zu glauben, dass damit die Probleme gelöst oder gemindert werden, wäre falsch. Vielmehr zeige sich daran, dass das Ergreifen von Sparmassnahmen sowie die Erhöhung von Einnahmen unumgänglich seien.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

stadtlangenthal

Resultat und Fazit Finanzplan

Die kumulierten Defizite in der aktuellen Finanzplan-Periode 2015-2019 werden rund Fr. 28,3 Mio. betragen. Dementsprechend werde natürlich das Eigenkapital per Ende 2019 auf rund Fr. 56 Mio. sinken. Die Ergebnisse aus dem Projekt "AEA" seien noch nicht in diese Berechnungen eingeflossen.

- 2015 – 2019 kumuliertes Defizit von rund Fr. 28.3 Mio.
- Pro Jahr rund Fr. 5 Mio. an „strukturellem Defizit“.
- Eigenkapital am Ende der Periode: rund Fr. 55.7 Mio.
- Ergebnisse aus Projekt „AEA“ sind noch nicht eingeflossen.

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Finanzplan

Lastenverteiler und Finanzausgleich jährliche Belastungen, in TFr.

	Rechnung 2013	Vorschlag 2014	Vorschlag 2015	RPla 2016	RPla 2017	RPla 2018	RPla 2019
Gesamtsum.	1'558	1'840	1'840	2'000	2'050	2'100	2'200
Öffentlicher Verkehr							
Finanzausgleich (sozialhilferechtl.)	-1'775	-1'890	-1'490	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500
Aufgabenteilung Soz./Kanton	2'635	3'116	2'350	2'815	2'330	2'815	2'335
Familiensteuern	30	61	61	65	66	66	67
EL (AHV / IV)	3'312	3'207	3'245	3'335	3'478	3'620	3'740
Lastenausgleich Sozialhilfe	7'778	6'280	7'300	7'300	7'400	7'450	7'500
Sozialdemografie/Fahrer Zuschuss	-215	-235	-245	-245	-245	-245	-245
Lehrerbearbeitungen	6'329	6'589	6'608	6'600	6'600	6'678	6'728
Total	17'684	17'978	17'909	18'354	18'697	18'994	19'320

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Die Übersicht zeige auf, dass die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme regelmässig beträchtlich steigen. Obschon es im Jahr 2015 möglicherweise eine leichte Verschnaufpause geben werde, seien die Aussichten nicht rosig. Insbesondere folgende Lastenausgleiche seien kostentreibend: Sozialhilfe; öffentlicher Verkehr; Ergänzungsleistungen.

Sorgen bereiten – trotz guter Konjunkturlage – die fast jährlich steigenden Kosten im Sozialhilfebereich. Die Sparmassnahmen des Kantons würden aber immerhin auch für die Gemeinden zu leichten Entlastungen führen.

Der Bereich der Ergänzungsleistungen dürfte wegen der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft ein zunehmendes Problem betreffend die Kostenübertragung auf die Gemeinden darstellen.

Die Infrastrukturkosten von Grossprojekten (Beispiel TramRegion Bern) des öffentlichen Verkehrs müsse auch von Gemeinden getragen werden, die nicht direkt davon profitieren.

Die Situation des Finanzausgleichs gestalte sich speziell: Mit zunehmenden Steuererträgen werden die Beiträge aus diesem Topf tendenziell kleiner. Der Mechanismus funktioniere so, dass eine Zunahme des Steuerpotenzials einer Gemeinde mit dem Steuerpotenzial aller Berner Gemeinden verglichen werde, worauf der Gemeinde 1/3 des zusätzlichen Potenzials "abgeschöpft" werde. Das heisse, wenn Langenthal Dank tiefem Steuersatz mehr gute Steuerzahlende anziehen würde als der Durchschnitt der Berner Gemeinden, nur zu ca. 2/3 davon profitieren würde.

Das Referenzjahr 2009 zeige eine Mehrbelastung im Bereich der Lastenverteiler um rund Fr. 3,5 Mio. auf. Diese hohen Lasten seien der Hauptgrund für das strukturelle Defizit der Stadt Langenthal (Jahr 2015 = Fr. 5,8 Mio.).



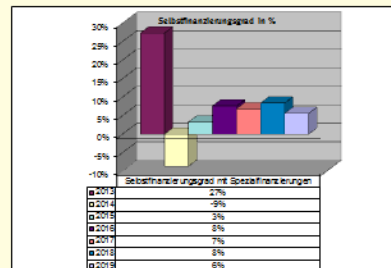
Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Der tiefe Selbstfinanzierungsgrad führe dazu, dass die Stadt die Investitionen nur zu einem kleinen Anteil eigenwirtschaftlich tragen können. Die Folgen der Defizite werden bei Betrachtung des Selbstfinanzierungsgrades schneller ersichtlich, als beim Eigenkapital, indem die vorhandene Liquidität schwinde. Anstelle von Geldmitteln würden zwar einerseits Anlagen (Schulen, Plätze, Strassen etc.) bereitstehen, denen andererseits aber zunehmende Finanzschulden entgegenstehen, was natürlich nicht per se schlecht sei, da ein Gemeinwesen ein erster Linie dazu da sei, der Allgemeinheit gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Folgen des strukturellen Defizits

■ Tiefer Selbstfinanzierungsgrad



stadtlangenthal

Berechnung:
Selbstfinanzierung in Prozent der
Nettoinvestitionen

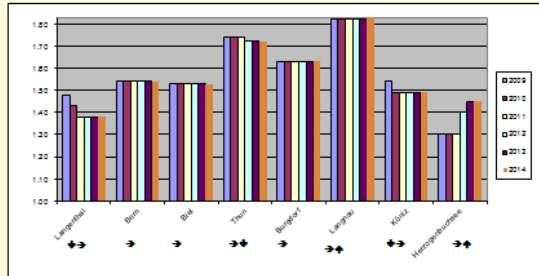
Richtwerte:
über 100%: sehr gut
80 - 100%: gut
60 - 80%: genügend (kurzfristig)
0 - 60%: ungenügend
unter 0%: sehr schlecht

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Notwendig sei aber, dass die Investitionen nachhaltig zum guten Gedeihen des Gemeinwesens beitragen und, dass das Gemeinwesen diese Mittel längerfristig auch selber finanzieren könne. Alle Investitionen (Betriebs- und Finanzfolgekosten), die Niederschlag in den Jahresrechnungen finden, seien sehr wichtig. Mittel- bis langfristig seien die Investitionen von derzeit Fr. 10 Mio. wieder um Fr. 3 bis Fr. 4 Mio. zu senken. Die lauernde Gefahr bestehe darin, dass ein steigendes Zinsniveau den Finanzhaushalt bei steigender Verschuldung stark treffen würde.

Finanzplan

Vergleich Steueranlage-Entwicklung 2009 – 2014



Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Insgesamt seien die Steuererträge Langenthals in den letzten Jahren jährlich angestiegen, wenn auch nicht immer im erwarteten Ausmass. Während für das Jahr 2012 ein deutlich stärkeres, als das effektiv eingetretene Wachstum, erwartet worden sei, sei dieses Wachstum im Jahr 2013 mit Sonderfaktoren (hohe Nach- und Strafsteuern) erreicht worden. Grundsätzlich sei Dank der guten Konjunktur auch für die Jahre 2014, 2015 und wahrscheinlich auch für das Jahr 2016 mit guten Steuererträgen und damit mit einem Ertragswachstum zu rechnen. Leider gebe es aber viele Unwegbarkeiten, wie die Russlandaktion beispielsweise, deren Wirkung auf unserer Wirtschaft kaum abgeschätzt werden könne.

Die Steueranlage Langenthals habe sich im Vergleich mit anderen bernischen Gemeinden deutlich attraktiver entwickelt.

Langenthal befinde sich mit der Steueranlage von 1.38 Einheiten nach wie vor im vordersten 5%-Bereich aller Berner Gemeinden. Alle anderen grösseren Gemeinden, wie auch benachbarte Gemeinden, würden höhere Steueranlagen aufweisen. Die Entwicklung für das Jahr 2015 in den anderen Gemeinden sei noch nicht bekannt. Tendenziell dürften die Steuern aber nicht weiter ansteigen.

Finanzplan

Steuererträge

	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Flipa	Flipa	Flipa	Flipa
Beträge in Tfr.	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Einkommens- und Vermögenssteuern	26'307	25'306	26'407	26'774	27'371	27'975	28'663
Gewinn- + Kapitalsteuern	4'964	5'110	5'150	5'152	5'253	5'355	5'456
Übrige Steuern	4'239	4'020	4'150	4'229	4'310	4'390	4'470
Total Steuern	35'510	34'436	35'707	36'155	36'934	37'720	38'589
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014



Nebst der dargelegten Investitionsstrategie gelte es zwei Punkte nochmals zu erwähnen:

- Die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen sollen sich im Jahresdurchschnitt der Jahre 2013-2022 auf maximal Fr. 10 Mio. belaufen.
- Ab 2023 müssen die Investitionen wieder auf ein als mittel- und langfristig tragbares Niveau von rund Fr. 6 Mio. sinken.

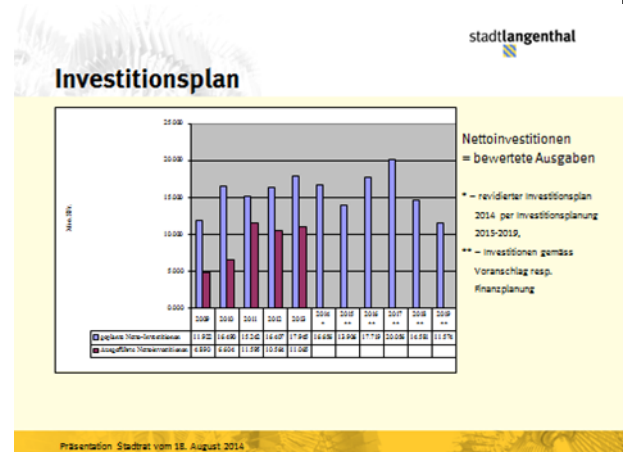
stadtlangenthal

Investitionsplan

- **Prioritär: Investitionen zur Werterhaltung der Infrastruktur**
- **Sekundär: Investitionen mit Zukunfts-Potenzial**
- **wichtigste Positionen 2015 – 2019 (netto, d.h. nach Subventionen):**

- Schulzentren (inkl. Sportanlagen), Kindergärten	Fr. 18.0 Mio.
- Stadttheater	Fr. 11.8 Mio.
- Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof	Fr. 17.9 Mio.
- Allgemeiner Hochbau (ohne Schulen, Theater)	Fr. 3.2 Mio.
- Tiefbau (Strassen)	Fr. 8.2 Mio.
- Gebühren-/spezifischfinanzierte Investitionen	Fr. 16.0 Mio.

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014



Die grössten Investitionen der Gesamtperiode 2015-2019 lassen sich grob zusammengefasst in vier Bereiche einteilen:

- ESP Bahnhof/Agglomerationsprogramm
- Stadttheater
- Schulzentren
- Abwasser respektive gebührenfinanzierte Investitionen

stadtlangenthal

Schlussbemerkungen

Budget:

- Restriktives Budget im Rahmen der Vorgaben
- Nominelles Defizit Fr. 9.6 Mio.
- Defizit vor freiwilligen Abschreibungen Fr. 5.6 Mio.
- AEA noch nicht enthalten.

Finanz- und Investitionsplan:

- Kumulierte Defizite bis 2019: Fr. 28.3 Mio.
- Prognostiziertes Eigenkapital per 31.12.2019: Fr. 55.6 Mio
- Investitionen 2015: Fr. 13.9 Mio. (12 Mio. steuerfinanziert, netto)
- Investitionen bis 2019: ca. Fr. 62 Mio. (steuerfinanziert, Netto)

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Grundsätzlich stehe das Budget 2015 besser da, als dies in den Vorjahren der Fall gewesen sei. Obwohl noch keine politischen Entscheide in Bezug auf "AEA-Massnahmen" eingeflossen seien, sei unter dem Primat "AEA" natürlich restriktiver budgetiert worden. Die in den ganzen Budgetprozess involvierte Finanzkommission habe sich diesbezüglich ein Bild machen können.

Ohne tiefeschürfende Massnahmen zu ergreifen, befinde sich nicht mehr viel Luft im Budget, wenn der Dienstleistungsstandard der Stadt beibehalten werden soll!

Das nominelle Defizit (inkl. zusätzliche Abschreibungen) belaufe sich auf Fr. 9,6 Mio. und falle somit unter der Marke von Fr. 10 Mio. aus.

Der Finanz- und Investitionsplan zeige nicht zuletzt auch die Strategie auf, was mit den onyx-Millionen gemacht werden soll. Primär werde in die Werterhaltung, sekundär in Projekte mit Zukunftspotenzial investiert (ESP Bahnhof).



Aufgrund der Investitionen resultiere ein kumuliertes Defizit von Fr. 28.3 Mio. Ende 2019 werde das Eigenkapital noch rund Fr. 56 Mio. betragen. Wichtig sei, dass der Selbstfinanzierungsgrad wieder über 100% betrage.

Die Steueranlage soll nach Massgabe des Gemeinderates auf 1.38 Einheiten bleiben. Das nach wie vor hohe Eigenkapital von über Fr. 96,4 Mio. lasse dieses Vorgehen vorderhand noch verkraften.

Mit dem Projekt "AEA" sollen sowohl ausgaben- wie einnahmenseitige substanzielle Schritte zu einem ausgeglichenen Budget getan werden, womit auch die Regierungsrichtlinien erfüllt werden können.

Ende 2006 habe Langenthal ein Eigenkapital von Fr. 102,6 Mio. ausgewiesen. Ende 2013 weise Langenthal ein Eigenkapital von Fr. 96,4 Mio. aus (= Differenz von Fr. 6,2 Mio.).

Antrag Voranschlag 2015

- Aufwendungen Fr. 109.11 Mio.
- Erträge Fr. 99.26 Mio.
- Aufwandüberschuss Fr. 9.85 Mio.
- Steueranlage 1,38 (unverändert)
- Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Angesichts der Tatsache, was in dieser Zeit in Langenthal alles geschehen sei, und im Vergleich mit der Situation der umliegenden Gemeinden, wo zum Teil das onyx-Geld nicht mehr vorhanden sei, ohne dass etwas gemacht worden sei, befinde sich Langenthal in einer guten Position.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Dass er als Stadtpräsident zum vorliegenden Traktandum am Mikrofon stehe, sei unüblich. Der Grund sei der, dass das "AEA-Projekt" im Zusammenhang mit der künftigen Finanzplanung stehe. Der Gemeinderat habe sich in Absprache mit dem Stadtratspräsidenten entschieden, an dieser Stelle eine entsprechende Information über den Stand des "AEA-Projektes" einzuschieben.

"AEA" werde mittlerweile schon fast wie ein Zauberwort gehandelt. Alle scheinen darauf zu warten, dass damit das goldene Ei ausgebrütet werde, um die bestehenden Probleme zu lösen.

AEA Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Sitzung des Stadtrates vom 18. August 2014
Thomas Rufener, Stadtpräsident

An die Adresse des Nationalratspräsidenten, welcher auf die Bedeutung der kleinen Zelle im schweizerischen föderativen System hingewiesen und diese hervorgehoben habe, richte er seinerseits die Feststellung, dass von Seiten Bund und Kanton immer mehr auf den Spielraum der kleinen Zelle zugreife, womit der Spielraum der kleinen Zelle immer mehr eingeschnürt werde.

Die Orientierung zum Thema "AEA" erfolge durch ihn, als den Vorsitzenden des Projektsteuerungsausschusses und nicht in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident. Die nun folgenden Ausführungen seien nicht vom Gemeinderat verabschiedet worden. Die Information soll insbesondere im Zusammenhang mit dem aktuellen Budgetprozess dienen



stadtlangenthal

AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Projektziele
Mittelfristige Reduzierung bzw. Eliminierung des strukturellen Defizits durch

- Überprüfung und Streichung von als nicht notwendig angesehenen Aufgaben
- Analyse und Umsetzung von Ertragspotentialen

Das Projekt hat bewusst nicht zum Ziel, die Art und Weise der Aufgabenerfüllung der städtischen Verwaltung zu hinterfragen.

Die Projektziele seien bekannt. Es gehe um die mittelfristige Reduktion des strukturellen Defizits bzw. um dessen Eliminierung mittels Überprüfung und um die mögliche Streichung von nicht notwendig angesehenen Aufgaben sowie um die Analyse und die Umsetzung von möglichen Ertragspotentialen.

Was das Projekt nicht zum Inhalt habe, sei die Art und Weise einzelner Aufgaben der Stadtverwaltung zu hinterfragen. Dieser Schritt könnte möglicherweise einmal eine Fortsetzung sein.

stadtlangenthal

AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Projektorganisation:

Gemeinderat

↓

Projektsteuerungsausschuss
Thomas Rufener, Stadtpräsident (Vorsitz)
Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanzen
Mitglieder der Projektleitung (ohne Stimmrecht)

↓

Projektleitung
Extern: Hans-Rudolf Saxer, Res Publica Consulting AG
Daniel Steiner, Stadtschreiber
Mark Bucher, Vorsteher Finanzamt

stadtlangenthal

AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Projekttablauf:

- Evaluation der externen Projektunterstützung
- Kick-Off: Ende November 2013
- Projektinformation an alle involvierten Stellen: 23. Januar 2014
- Erarbeitung Grundlagen: Frühjahr 2014
- Beurteilung aller Aufgaben durch den Gemeinderat
- **Auftrag an die Ämter: Aufzeigen der Umsetzungsmassnahmen zu den Streichungs- und Überprüfungsaufträgen: 20. August 2014**
- Prüfung und Plausibilisierung der Eingaben
- Ausarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für den Gemeinderat
- Beschlussfassung Gemeinderat: November 2014
- Erarbeitung Umsetzungsplanung und Erstellen Budgetanforderungen: Dezember 2014
- Berichterstattung an Stadtrat und Bevölkerung: Dezember 2014

Im Herbst des letzten Jahres sei die externe Projektunterstützung evaluiert und bestimmt worden. Ende November 2013 sei das Kick-Off durchgeführt worden. Mit den involvierten Stellen – insbesondere mit den Amtsvorstehern und mit den Stellen, die im Bereich der Finanzplanung- und der Budgeterstellung in den Ämtern tätig seien, sei am 23. Januar 2014 eine Projektinformation durchgeführt worden. Die Erarbeitung der Grundlagen sei im Frühling 2014 erfolgt.

Der Gemeinderat habe sich an mehreren Sitzungen mit den Aufgaben auseinandergesetzt und diese in drei Kategorien unterteilt:

- Aufgaben, die von Gesetzes wegen übertragen seien, und bei denen keine Wahl bestehe, ob sie erfüllt werden wollen oder nicht.
- Aufgaben, die zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben und frei gewählt seien, die aber grundsätzlich als nicht verzichtbar angeschaut werden.
- selbstgewählte Aufgaben mit vollem politischen Spielraum

Jede Aufgabe sei angesprochen worden. Der Gemeinderat habe nicht nur die Liste der Kategorie "selbstgewählte Aufgaben" politisch beurteilt.



Diese Woche sei traktandiert, dass das vom Gemeinderat zur näheren Prüfung Festgelegte an die Ämter zurückgespiegelt werde, weil verschiedene Punkte noch weiterer Abklärungen bedürfen. Die Zielsetzung bestehe darin, im Herbst eine Prüfung und Plausibilisierung der Eingaben vorzunehmen, um in der Folge die Entscheidungsvorlagen vorbereiten zu können, so dass der Gemeinderat im November 2014 die Umsetzung - die insbesondere in die Budgetweisungen für das nächste Budget einfließen sollen – werde beschliessen können. Eine Berichterstattung nach Abschluss des Projektes sei Ende des Jahres vorgesehen.

stadtlängenthal

AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Aktueller Stand:
Liste aller Aufgaben ergab folgendes Bild:

▪ Basis: Bruttokosten Voranschlag 2014:	Fr. 107.9 Mio.
▪ Bereinigung	- Fr. 54.9 Mio.*
▪ Nettokosten, denen Aufgaben zugeordnet wurden:	Fr. 53.0 Mio.

* Verschiedene Aufgabenbereiche generieren klar zuordenbare Einnahmen. Diese wurden eliminiert, damit die effektiven Nettokosten der einzelnen Aufgabenerfüllungen beurteilt werden konnten.

Wissenswertes zur Übungsanlage: Im aktuellen Voranschlag seien Bruttokosten von Fr. 107,9 Mio. enthalten. Weil bevor das "Problem" angegangen werden könne, bekannt sein müsse, wie viel der Summe von Fr. 107.9 Mio. selber bezahlt werden müsse oder was davon indirekt finanziert werde, sei eine Bereinigung zur Ermittlung der sogenannten Nettokosten vorgenommen worden. Da verschiedene Aufgaben klar zuordenbare Einnahmen generieren, seien diese zu eliminieren, um das Sparpotenzial überhaupt erkennen zu können.

Anhand des Beispiels werde aufgezeigt, dass die Rechnung praktisch aufgehe:

Im Vollzug der Sozialhilfe seien einerseits Bruttokosten von Fr. 18,05 Mio. ausgewiesen. Weil diese Kosten aber andererseits über den Lastenausgleich laufen, stehen diesen auch Erträge von Fr. 18,06 Mio. gegenüber.

Natürlich sei in dieser Aufgabenposition nicht enthalten, dass die Stadt jährlich eine Einzahlung von rund Fr. 7,5 Mio. in den Lastenausgleich leiste.

Die Aufgabe als solches sei jedoch gesetzlich vorgeschrieben, so dass sich nichts einsparen lasse.

stadtlängenthal

AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Beispiel zu eliminierten Einnahmen:

Vollzug der Sozialhilfe:

Bruttokosten	Fr. 18.05 Mio.
Erträge	Fr. 18.06 Mio.
	Fr. 0.01 Mio.

stadtlängenthal

AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Kurze Übersicht über die Eliminierung von Einnahmen:

▪ Rückerstattung Kanton/Gemeinde (Sozialhilfe, Schulkosten, Jugendarbeit, RKQ)	Fr. 28.6 Mio.
▪ Zahlungen des Kantons (Finanzausgleich)	Fr. 1.8 Mio.
▪ Spezialfinanzierungen	Fr. 16.3 Mio.
▪ Weitere eliminierte Einnahmen	Fr. 8.2 Mio.

Die Aufteilung der rund Fr. 52 Mio. zeige Rückerstattungen des Kantons an die Gemeinden (Sozialhilfe, Schulkosten, Jugendarbeit etc.), Zahlungen aus dem Finanzausgleich, Spezialfinanzierungen und weitere eliminierte Einnahmen.



Folgendes gelte es ebenfalls sehr genau zur Kenntnis zu nehmen: Die Gesamtposition "Nettokosten" mache etwa die Hälfte der Bruttokosten aus (rund Fr. 53 Mio.). Davon seien rund 2/3 als gesetzlich übertragene Aufgaben des Bundes und des Kantons eruiert worden, was heisse, dass Fr. 33,1 Mio. gar nicht zur Diskussion stehen.

Bei der zweiten, wesentlich kleineren Kategorie (rund Fr. 11,7 Mio.) sei kein Verzicht möglich. Ein mögliches Beispiel wäre die Abschaltung der Informatik, deren Betrieb von niemandem vorgeschrieben werde. Auch die Aufhebung des Parlaments wäre möglich, da diesbezüglich keine Vorschrift bestehe.

Diese Position betreffend gelte es sich zu überlegen, ob diese selber gewählten betrieblichen Aufgaben gewollt seien oder nicht. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass darin kein Verzichtspotenzial liege.

Voller politischer Spielraum bestehe bei ca. 15% der Nettokosten (ca. Fr. 8,2 Mio.), was ca. 8% des Bruttobudgets sei. Über diese rund 8% könne somit im Moment noch befunden werden. Es handle sich dabei um Vereinsbeiträge, um Anlässe, die für die Gesellschaft durchgeführt werden (Bundesfeier, Neuzuzügeranlass, Fasnacht), um Parteienfinanzierung etc. Diese Aufzählung lasse erkennen, dass gewisse Sachen zum Teil in städtischen Reglementen verankert seien, weshalb eine Überprüfung (Bedarf an Erlassrevisionen etc.) erforderlich sei, bevor Vorschläge gemacht werden können.



AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Einnahmenbereiche

- Mittel- bis langfristige Strategie in den Bereichen Steuern und Gebühren
- IBL
- Erlöse aus Veräusserungen von Vermögenswerten
- Planungsmehrwerte
- Vermietungskonditionen



AEA
Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse

Erste Zahlenanalyse

Nettokosten, die den Aufgaben zugeordnet wurden:	Fr. 53.0 Mio.
▪ Aus gesetzlichen Gründen zwingend zu erfüllende Aufgaben (übertragene); ca. 63% der zugeordneten Nettokosten	Fr. 33.1 Mio.
▪ Aus betrieblichen Gründen ist ein Verzicht nicht möglich (z.B. Informatik); ca. 22% der zugeordneten Nettokosten	Fr. 11.7 Mio.
▪ Politischer Spielraum ; ca. 15% der zugeordneten Nettokosten	Fr. 8.2 Mio.

Der Gemeinderat habe die Einnahmenbereich im Grundsatz zur Kenntnis genommen, diese aber noch nicht eingehend studiert. Die mittel- bis langfristige Strategie werde wohl auch auf den Bereich Steuern und vor allem auf den Bereich der Gebühren ausgelegt werden.

Die IBL-Thematik werde auch im Rahmen des Ausgliederungsprojektes behandelt.

Mit dem Verkauf der onyx-Beteiligung im Jahr 2006 sei ein typischer Veräusserungserlös von Vermögenswerten erzielt worden. Ideen dieser Art nehme der Gemeinderat gerne entgegen.

In Bezug auf das Thema Planungsmehrwerte gelte es zu bedenken, dass die ganze Baugesetzrevision im Kanton Bern im Gange sei.



Es gelte zur Kenntnis zu nehmen, dass der Spielraum auch durch die Anwendung des Zauberwortes "AEA" so gross nicht sei!

Das Einnahmepotenzial sei auch nicht überzubewerten, ansonsten daran schon früher Verbesserungen vorgenommen worden wären.

Die Überprüfung, die Verifizierung und damit die seriöse Abklärung der Vorschläge, die der Gemeinderat gemacht habe, befinde sich momentan im Auftragsverfahren, das diese Woche vom Gemeinderat verabschiedet werde. Die Abklärungsergebnisse werden im November 2014 erwartet, um sie für die Budgetweisungen zur Verfügung zu haben.

Auch für eine zweite Lesung des Budgets 2015 – falls diese gefordert würde – werden die Ergebnisse aus dem "AEA-Projekt" nicht zur Verfügung stehen! Diese für die Parlamentarier negative Botschaft gründe darauf, dass ein seriös durchgearbeitetes Projekt nach einem Terminprogramm ablaufe, an dessen Ende momentan noch gearbeitet werde.

Gemeinderat Jürg Häusler habe die Entwicklung der Lastenverteiler angesprochen. In seiner Eigenschaft als Präsident des VBG halte er fest, sich im Grossen Rat vehement gegen den Versuch des Kantons zu wehren, bei Sparübungen, die die Aufgaben des Bundes betreffen, mit dem Gemeindeanteil zu kompensieren und diese dadurch möglichen Einsparungen auch noch auf die eigene Seite zu ziehen. Bis anhin habe diese Absicht des Regierungsrates standhaft vermieden werden können. Er persönlich denke, dass auch dieser Punkt beachtet werden müsse, wenn sich die Stadt Langenthal für ihre Finanzhoheit einsetzen wolle.

GPK-Mitglied Karin Rickli (GL): Im Namen der Geschäftsprüfungskommission äussere sie sich gleichzeitig zum vorliegenden Traktandum als auch zum Traktandum Nr. 3.

Die Geschäftsprüfungskommission sei von Gemeinderat Jürg Häusler ausführlich über den Finanz- und Investitionsplan sowie über den Voranschlag informiert worden. Die Fragen aus der Kommission seien zufriedenstellend beantwortet worden. Die festgestellten Abweichungen im vorliegenden Investitionsplan gegenüber der Investitionsplanung des Vorjahres (beispielsweise die Position betreffend den ESP Bahnhof, oder andere Investitionen) seien damit begründet worden, dass die Planung heute konkreter sei oder dass sich die Bedingungen geändert haben. Für den Friedhofweg beispielsweise, sei ein neuer Belag geplant gewesen, wogegen heute nach Lösungen für alle Betroffenen gesucht werde. Im Sinne einer rollenden Planung werde auf solche Veränderungen reagiert.

Die Geschäftsprüfungskommission sei im Weiteren auch darauf hingewiesen worden, dass sich 15% des politischen Spielraums im Projekt "AEA" lediglich auf die Nettokosten beziehen, so dass der effektive Spielraum der Bruttokosten um einiges kleiner sei. Demgemäss werde der Zauber wahrscheinlich nicht so gross sein, wie erhofft werde.

Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der beiden Vorlagen und hoffe, dass die Unterlagen besser gerechnet worden seien, als das im Titel des Investitionsplans 2015-2019 der Fall sei, worin ab Seite 3 in Klammern stehe, dass die Dauer von 2015-2024 5 Jahre betrage.

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion äussere er sich nur zum Traktandum Nr. 2. Die SVP-Fraktion habe den Finanz- und Investitionsplan 2015-2019 mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Den Verfassern werde an dieser Stelle für die solide Arbeit gedankt. Dank gebühre auch Gemeinderat Jürg Häusler und dem Stadtpräsidenten für die gemachten Darlegungen.



Die SVP-Fraktion stelle fest, sehr am strukturellen Defizit zu nagen, das wahrscheinlich schwerer ausgefallen sei, als dass es sich der Gemeinderat vor einem Jahr vorgestellt habe. Im Prinzip sage der Finanzplan klar aus, dass das strukturelle Defizit zwischen Fr. 4 und 6 Mio. betrage und dass auch ohne Investitionen grosse Defizite eingefahren werden. Die Gründe dazu seien bereits genannt worden.

Die SVP-Fraktion habe auch gehört, dass es Möglichkeiten zum Sparen gebe. Obwohl diese Aussage mittlerweile etwas gedämpft worden sei, gehe es doch immerhin noch um 16% bzw. Fr. 8 Mio. Dieses Thema gehöre auf den Tisch, ob dies nun zu gefallen vermöge oder nicht! Die SVP-Fraktion bedaure, dass das Thema "AEA" nicht einmal ansatzweise im Voranschlag 2015 umgesetzt worden sei, verstehe jedoch im Gegenzug dazu die Komplexität des Vorhabens, wodurch eine Umsetzung noch nicht möglich gewesen sei. Finanzpolitisch seien die Planzahlen natürlich ganz schlecht, weil sie bedeuten, dass ohne die onyx-Millionen überhaupt kein Handlungsspielraum bestehen würde.

Die SVP-Fraktion habe auch gehört, dass die onyx-Millionen für nachhaltige Investitionen und nicht zur Deckung von Defiziten laufender Rechnungen eingesetzt werden sollen. Die Verwendung des Eigenkapitals für den gezielten Ausbau der Infrastruktur bilde eine gute und wichtige Rahmenbedingung für die Stadt. Was die laufenden Ausgaben anbelange, so laute der Auftrag, wie er vom Finanz- und Investitionsplan eigentlich vorgegeben würde, sonnenklar zu sparen und Mass halten zu müssen. Der Appell, die Zeichen der Zeit zu erkennen, richte sich nicht nur an den Gemeinderat, sondern auch an den Stadtrat. Was vom Gemeinderat eingefordert werde, müsse auch für den Stadtrat gelten. Der Stadtrat könnte mit gutem Beispiel vorangehen und beispielsweise auf die Einreichung von Vorstössen verzichten, mit denen neue Aufgaben und Ausgaben für die Stadt gefordert werden. Die SVP-Fraktion jedenfalls habe sich in dieser Legislaturperiode konsequent an diese Devise gehalten.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Martin Stauffer (FDP): Die FDP/jll/BDP-Fraktion danke vorab allen, die an der Finanz- und Investitionsplanung mitgearbeitet haben. Die Aussage des Gemeinderates, dass die Steueranlage in den nächsten 5 Jahren voraussichtlich gleich bleibe, sei positiv und erfreulich. Die Steueranlage sei ein Standortvorteil, der dafür Sorge, dass Leute nach Langenthal ziehen.

Die Betrachtung der geplanten Investitionen der nächsten 5 Jahre (durchschnittlich Fr. 12,6 Mio.) zeige, dass die Vorgabe, wonach in den nächsten 10 Jahren jährlich durchschnittlich Fr. 10 Mio. investiert werden sollen, überschritten werde. Diese Überschreitung sei heikel, weil bekanntermassen mit all den Investitionen zusätzliche Betriebskosten verbunden seien, die sich nicht über "nachhaltige Investitionen" abbuchen lassen, was zum schönen strukturellen Defizit führe.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei erstaunt darüber, noch nichts vom "AEA-Projekt" zu spüren. Da heute Abend schon viel darüber gesprochen worden sei, verzichte er auf weitere Ausführungen dazu, merke aber an, persönlich nicht nur grosse Zweifel gegenüber dem "AEA-Projekt" zu hegen, sondern auch zu hoffen, dass das Ergebnis nicht zum "Rohrkrepierer" werde.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion stelle fest, dass mit dem Rückgang des Eigenkapitals auch ein Rückgang der Wertschriftenanlagen und deren Erträge verbunden sei. Demgegenüber nehme die Verschuldung und die Höhe der Verzinsung dieser Schulden zu. In 5 Jahren werden rund Fr. 1,5 Mio. an Fremdkapitalzinsen zu zahlen sein. Die gewollte Abnahme des Eigenkapitals aufgrund von werterhaltenden Investitionen sowie der Rückgang des Eigenkapitals durch die strukturellen Defizite und die gleichzeitige Zunahme der Schulden sollten auch den Stadtrat veranlassen, auf die Bremse zu stehen und nicht immer wieder Ja und Amen zu neuen Ausgaben zu sagen.

SP/GL-Fraktion, Renato Baumgartner (SP): Auch die SP/GL habe den Finanz- und Investitionsplan 2015-2019 zur Kenntnis genommen und danke allen, die an der Berechnung der Zahlen beteiligt gewesen seien und die sich Überlegungen gemacht haben, was Langenthal in den nächsten paar Jahren an Geld ausgeben und einnehmen werde.



Anders als die FDP/jll/BDP-Fraktion, könne sich die SP/GL-Fraktion nicht über die Steueranlage von 1.38 für die nächsten paar Jahre freuen. Ihn persönlich habe es deshalb sehr gefreut, als er heute Abend von Seiten des Gemeinderates gehört habe, dass über erhöhte Einnahmen nachgedacht werden müsse. Die SP/GL-Fraktion denke, dass nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmenseite nach Verbesserungspotenzial zu suchen sei. Die SP/GL-Fraktion übe bezüglich der Erwartungen an einen Anstieg bei den Steuereinnahmen mehr Zurückhaltung, als die Verfasser des Finanz- und Investitionsplans 2015-2019, die den Anstieg der Steuereinnahmen mit dem Steuersatz von 1.38 relativ sportlich einschätzen. Die SP/GL-Fraktion sehe eine Gefahr darin, dass die Steuereinnahmen einknicken könnten, so dass sich die Defizite plötzlich nicht mehr im Bereich von Fr. 3, 4, 5 Millionen, sondern im Bereich von Fr. 6, 9, oder 12 Millionen bewegen könnten.

Die SP/GL-Fraktion sei froh über die Investitionen, die getätigt worden seien sowie über die Investitionen, die sich noch in Planung befinden und noch getätigt werden. Die SP/GL-Fraktion sei auch froh über die onyx-Millionen.

Manchmal denke er persönlich, dass Langenthal ohne die onyx-Millionen kurz- oder langfristig auseinanderfalle, wenn wegen grosser struktureller Defizite irgendwann einmal kein Geld mehr für Investitionen vorhanden sein werde. Sorge bereite ihm auch die Einführung des HRM2, weil er glaube, dass nie mehr freiwillige Abschreibungen vorgenommen werden können, weil es wahrscheinlich auch fast nie mehr möglich sein werde, einen Gewinn auszuweisen.

Abschliessend erlaube er sich die Bemerkung, dass wer darauf bedacht sei, kein Geld in die Hand zu nehmen, wenn es nicht unbedingt sein müsse, sich auch überlegen sollte, ob es wirklich ein Muss sei, einem Privaten Parkplätze zu finanzieren?

EVP/glp-Fraktion, Ruth Trachsel (EVP): Die EVP/glp-Fraktion habe den aktualisierten Finanz- und Investitionsplan 2015-2019 mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen und danke den Verfassern für die fundierte und solide Arbeit. Dank gebühre auch Gemeinderat Jürg Häusler für die klare Darstellung des Themas.

In der EVP/glp-Fraktion habe man sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Planung bewertet werden soll. Der Finanz- und Investitionsplan zeige ganz deutlich, dass die Investitionen vom Gemeinderat priorisiert worden seien, womit den neuen Richtlinien entsprochen werde, eine jährlich Obergrenze von Fr. 10 Mio. für Investitionen vorzusehen. Aus Sicht der EVP/glp-Fraktion werde vom Gemeinderat in vordringliche und wichtige Themen der Stadt investiert (ESP Bahnhof, Stadttheater, Schulen und Strassenbau). Dadurch werde bewusst in Kauf genommen, mit der Investitionstätigkeit einen Teil des Defizits zu verursachen, was von der EVP/glp-Fraktion als sinnvoll erachtet werde.

Im Finanz- und Investitionsplan seien viele Positionen der Aufgabenseite nicht beeinflussbar. Die steigenden Nettozahlungen an die Lastenausgleichssysteme sorgen in der EVP/glp-Fraktion für ein ungutes Gefühl, weil diesbezüglich nur Bedenken geäussert werden können, ohne die Möglichkeit zu haben, Einfluss zu nehmen. Die EVP/glp-Fraktion hoffe, dass die eingeleiteten kantonalen Sparmassnahmen einen positiven Einfluss haben werden.

Beat Sterchi (SVP): Grundsätzlich sei für ihn das, was im Investitionsplan enthalten sei, nicht sakrosankt. Er behalte sich mit Bestimmtheit vor, sich dafür einzusetzen, dass die eine oder andere in der Planung vorgesehene, unnötige Investition gestrichen werde. Dieselbe Reaktion erhoffe er sich auch vom Stadtrat sowie den Langenthaler Bürgern.

Der Aussage von Stadtrat Renato Baumgartner, dass Langenthal ohne Investitionen der öffentlichen Hand auseinanderfallen könnte, halte er entgegen, dass eine Investition von Fr. 4 oder 5 Mio. der öffentlichen Hand in Langenthal nicht einmal bemerkt würde. Im Moment würden die Hauptinvestitionen von privater Seite geleistet. Seiner Meinung nach sei es eigentlich falsch, dass die öffentliche Hand investiere, wenn ein Investitionsboom von Seiten der Privaten festgestellt werde.



Nebst der Aufgaben- und Ertragsanalyse sei deshalb auch eine kritische Überprüfung der Positionen im Investitions- und Finanzplan durchzuführen. Mit dem Investitions- und Finanzplan 2015-2019 liege seiner Meinung nach nur ein Wunschprogramm aber keine Prioritätenliste vor.

Pascal Dietrich (JL): Stadtrat Renato Baumgartner fordere er dringend auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass keine Absicht bestehe, Privaten Parkplätze zu finanzieren. Sollte eine Folge des damit angesprochenen Vorstosses in der Montage einer Tafel bestehen – was seines Wissens etwa Fr. 200.00 koste – so würden diese Kosten sicher von der Praxis übernommen.

Markus Gfeller (FDP): Stadtpräsident Thomas Rufener habe im Zusammenhang mit dem Projekt "AEA" auf die Auslagen im Lastenausgleich hingewiesen. Im Bewusstsein dieses Problem im Stadtrat Langenthal nicht lösen zu können, nutze er die Gelegenheit, den anwesenden Besucher aus Bundesbern, Herrn Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger, darauf anzusprechen, wobei er sich allerdings nicht sicher sei, ob das Problem von Bundesbern oder vom Kanton Bern gelöst werden müsse.

Er stelle fest, dass immer wieder auf die Lastenausgleichsberechtigung hingewiesen werde. Damit entstehe quasi der Eindruck, dass der Stadt dadurch nicht so wahnsinnig viele Kosten anfallen. Zudem werde oft damit argumentiert, dass wenn die Ausgabe nicht selber getätigt werde, sie von anderen gemacht würde, was heisse, trotzdem bei der Bezahlung mithelfen zu müssen. Auch in Anlehnung an das von Herrn Nationalratspräsident Gesagte (gewisse Sachen nicht nur aufgaben-, sondern auch kompetenzmässig nach unten zu geben), habe er in den letzten Jahren und Jahrzehnten den Eindruck gewonnen, dass Bern den Lastenausgleich einfach auf die entsprechenden Gemeinden verteile, womit niemand ein Interesse am Sparen habe, was seiner Ansicht nach aber schon länger ein Thema sein sollte. Er sei der Auffassung, dass die Leute, die an und für sich die Vorgaben - auch über deren eigene Steuern - machen, auch für die Finanzierung der Kosten sorgen sollten, damit eine Verteuerung nicht via die Erhöhung der Gemeindesteuern, sondern via die Kantonssteuern aufgefangen würde, womit vielleicht ein grösserer Anreiz zum Sparen geschaffen würde.

Gemeinderat Jürg Häusler danke er recht herzlich für die Ausführungen betreffend die Investitionen. Der Bau von irgendetwas stelle eine einmalige Ausgabe dar, die über 20, 30, 50 oder sogar 100 Jahre abgeschrieben werden könne. In diesem Bereich sei der Handlungsspielraum seiner Meinung nach relativ gross. Hingegen werde seiner Auffassung nach bei Investitionsentscheiden zu wenig auf die jährlichen Folgekosten geachtet, worunter nicht nur die Finanzierung und die Abschreibung, sondern auch die Betriebskosten zum Unterhalt der entsprechenden Infrastruktur zu verstehen seien. Er denke, in nächster Zeit bei unterschiedlichen Projekten, verschiedentlich die Gelegenheit zu erhalten, nicht nur vom Sparen zu reden, sondern auch den Beweis dafür erbringen zu können, eine schmale Schiene fahren zu wollen. In diesem Zusammenhang verspreche er sich trotzdem etwas aus dem Projekt "AEA" zu erhalten. Namentlich, dass auch vom Stadtrat in den letzten 4, 5 Jahren gefällte Beschlüsse im Rahmen einer gründlich vorzunehmenden Hinterfragung nicht tabu sein dürfen. Es gelte sich zu fragen, ob die eine oder andere Abteilung nicht zu verwaltungstechnisch geschaffen worden sei, so dass sie heute mehr koste als Nutzen bringe.

Renato Baumgartner (SP): Stadtrat Beat Sterchi habe sich in Bezug auf die Investitionen von privater Seite geäussert. Er persönlich begrüsse privates Investitionsengagement ebenfalls sehr und finde es auch sehr wichtig für Langenthal. Nichtsdestotrotz werde von privaten Investoren aber weder in Schulen, noch in Abwassersysteme oder in Strassen investiert. Diese Investitionen seien von der Stadt zu tätigen, um den Privaten ein attraktives Umfeld zu bieten, damit sie sich in der Gemeinde niederlassen können. Nur ein tiefer Steuerfuss reiche dazu aber nicht aus.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) unterbricht die Sitzung um **19.35 Uhr** für eine 30-minütige Erfrischungs- und Verpflegungspause, um sich einerseits für das nächste Traktandum zu stärken und um sich andererseits mit dem Nationalratspräsidenten Ruedi Lustenberger unterhalten zu können.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. Gemeindevoranschlag 2015; Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftsteuer; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 29./30. November 2014

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung:
- A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
 - B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen der Fraktionen
 - C Allgemeine Beratung/Stellungnahme Einzelsprechende
 - D Detailberatung des Voranschlags 2015 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)/Abstimmung über allfällige Anträge
- Abstimmungen:
- E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)
 - F Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 29./30. November 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass Herr Gemeinderat Jürg Häusler sowie das Mitglied der GPK, Karin Rickli auf eine Ergänzung ihrer bereits im Traktandum Nr. 2 vorgetragenen Ausführungen verzichten.

A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission¹

Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): Herr Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger habe von der Steuerhoheit und vom Biotop Nationalrat gesprochen, was in ihm als Gemeinderat persönlich den Wunsch aufkommen lasse, dass das Stadtparlament heute Abend nicht zu einem Haifischbecken werde.

Das Budget 2015 basiere erstmals auf den neuen Grundsätzen der Regierungsrichtlinien der laufenden Legislatur (2013-2016). Das Thema Finanzen sei wie in den Vorjahren ein Schwerpunktthema, worin es darum gehe, die Rechnungen wieder ausgeglichener zu gestalten, was bekanntermassen eine Herausforderung darstelle, obschon Langenthal finanziell nach wie vor sehr gut gebettet sei.

stadtlangenthal

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Voranschlag 2015 Finanz- und Investitionsplanung 2015 - 2019

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

¹ Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Herrn Gemeinderat Jürg Häusler und die Stellungnahme des GPK-Mitgliedes Karin Rickli sind mit den im Traktandum Nr. 2 "Finanz- und Investitionsplanung 2015 - 2019" protokollierten Ausführungen identisch. Auf eine Wiederholung der Ausführungen wurde verzichtet. Im Sinne der Protokollvollständigkeit des vorliegenden Traktandums sind diese Ausführungen im Protokoll *kursiv dargestellt* abgedruckt.



Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Voranschlag 2015
- Finanzplan 2015 - 2019
- Investitionsplan 2015 - 2019
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

In Abweichung zur Traktandenliste werde er zuerst Kernaussagen zum Voranschlag 2015 machen, bevor er zur Präsentation des Finanzplans und des Investitionsplans 2015-2019 kommen werde.

Die Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode 2013-2016 seien im ersten Semester 2013 vom Gemeinderat erarbeitet worden. Der vorliegende Voranschlag 2015 sei somit der erste, der voll und ganz auf diesen Regierungsrichtlinien basiere.

Die Jahresrechnung soll künftig jedes Jahr verbessert abschliessen. Die "Defizitursache Investitionen" – unter Ausklammerung der zusätzlichen Investitionen (Strategie onyx-millionen) – soll durch das Kapital abgefangen bzw. diesem belastet werden. Das Eigenkapital werde dadurch abgebaut, aber letztlich würden die städtischen Werte nicht in Finanzwerten, sondern in Sachwerten (Schulhäuser, Märitgasse, Wuhrplatz etc.) bestehen.

Der Voranschlag 2015 komme gegenüber dem Voranschlag 2014 tatsächlich deutlich besser daher, was sich anhand des effektiven Rechnungsabschlusses des Jahres 2013 als kleiner Lichtblick abgezeichnet habe.

Was das seit dem letzten November vom Gemeinderat initiierte Projekt "Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotentialanalyse (AEA)" betreffe, so werde im Anschluss an seine Ausführungen vom Stadtpräsidenten Thomas Rufener darüber informiert.

Der zweite wichtige finanzielle Aspekt in den finanziellen Grundsätzen sei der, dass die durchschnittlichen steuerfinanzierten Investitionen in den Jahren 2013-2022 auf jährlich Fr. 10 Mio. begrenzt werden sollen. Diese Vorgabe sei eingehalten worden.

Richtlinien der Regierungstätigkeit

Die im Jahr 2013 aktualisierte gemeinderätliche Finanzstrategie sieht folgende finanzielle Ziele vor:

- Jahresrechnung: Abgesehen von der „Defizitursache Investitionen“ soll die Jahresrechnung sukzessive ausgeglichener gestaltet.
- Investitionen: Die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen sollen im Durchschnitt der Jahre 2013 – 2022 maximal Fr. 10 Mio. betragen.

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

stadtlangenthal

Voranschlag 2015

Grundsätze der Budgetierung

- Basis: Voranschlag 2015 sowie die Rechnung 2013
- Weisungen des Gemeinderates
- Festlegung der Investitionsquote und der Abschreibungsmethodik

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Die Grundsätze zur Budgetierung seien gleich geblieben: Die Basis zur Erstellung bilde der Voranschlag 2014 plus die zu Beginn der Erarbeitung gesammelten Erfahrungen des abgeschlossenen Geschäftsjahres 2013.

Die wichtigsten Grundsätze, wie die Investitionsquoten und der Abschreibungsmodus seien in den Weisungen des Gemeinderates enthalten. Der Abschreibungsmodus sehe ein letztes Mal hohe, zusätzlich freiwillige Abschreibungen im Umfang von Fr. 4 Mio. vor, um das hohe Investitionsvolumen direkt durch das hohe Eigenkapital kompensieren zu können.

Ein letztes Mal in diesem Sinne heisse, dass mit der ab 2016 gültigen neuen Rechnungslegungsnorm HRM2 freiwillige Abschreibungen nur noch möglich seien, wenn ein Gewinn ausgewiesen werde.

Beim Voranschlag 2015 sei stark darauf geachtet worden, dass die Budgetvorgaben – insbesondere im direkt beeinflussbaren Bereich "Sachaufwand" (ca. Fr. 15 Mio.) - konsequent angewendet worden seien. Das Budget habe in diesem Bereich kaum mehr Luft.

Das Ergebnis des Voranschlages 2015 zeige, dass gegenüber dem Rechnungsjahr 2013 das Defizit (nach der Ausklammerung der zusätzlichen Abschreibungen) nach wie vor zu hoch sei. Die Wichtigkeit zur Vornahme von Sparmassnahmen und somit die Umsetzung des AEA-Projektes werde damit deutlich, weil das altbekannte Problem darin bestehe, dass die Kosten höher steigen, als die Erträge (strukturelles Defizit).

Immerhin zeige das Budget 2015 gegenüber dem Voranschlag 2014 ein deutlich reduziertes Defizit. Kurz- und mittelfristig könne die Stadt Langenthal diese Lücke glücklicherweise noch mit dem Abbau des hohen Eigenkapitalpolsters verkraften.

stadtlangenthal

Voranschlag 2015

Ergebnis Laufenden Rechnung in TFr.

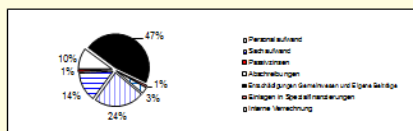
	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015
Aufwand ohne Abschr. VW	89'994	98'172	96'301	99'900
+ harmonisierte Abschreibungen auf dem steuerfinanzierten Vermögensvermögen (10%)	4'403	4'683	5'660	5'213
+ Budget Abschreibungen	3'869	4'280	3'950	4'000
Aufwand	98'266	107'135	107'911	109'113
Ertrag	99'793	99'487	95'546	99'257
Ertragsüberschuss				
Aufwandüberschuss	7'473	7'648	12'365	9'856
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 1 Mio.	3'869	4'280	3'950	4'000
Ertrags (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen	3'604	3'368	8'415	5'856

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

stadtlangenthal

Voranschlag 2015

Überblick Aufwände



Aufwandarten im Vergleich zum Voranschlag 2014

- Personalaufwand: + 3.1% -> Lohnrunde 15, Stellenbedarf (Tagesschule)
- Sachaufwand: - 0.9% -> baulicher Unterhalt und Betriebsaufwand
- Passivzinsen: + 7.1% -> Darlehenszinsen
- Abschreibungen: + 0.1% -> identisch Vorjahr
- Entschädigungen/Beiträge: + 0.8% -> Lastenausgleich, Beiträge an div. Institutionen

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Der Personalaufwand nehme nominell um 3.1% zu, wovon jedoch nur 1,2% effektiv relevant seien, weil 2% auf die Integration der Tagesschulorganisation zurückzuführen sei, was sich im Personalaufwand niederschlage. Diese Kosten würden jedoch via den Lastenausgleich und mit den Entschädigungen/Beiträgen wieder kompensiert.

Der Sachaufwand nehme um 0,9% ab, was auf die restriktive Budgetierung und die Einhaltung der entsprechenden Weisungen zurückzuführen sei.

Die Passivzinsen dürften aufgrund der Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen zunehmen, aber aufgrund des Tiefzinsumfeldes noch auf einem relativ tiefen Niveau verbleiben.

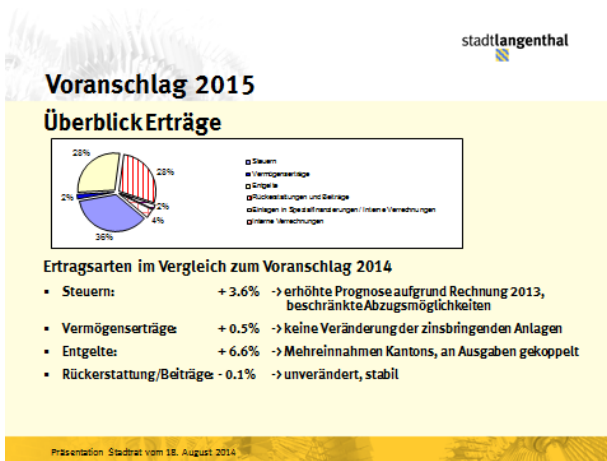


Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Die Abschreibungen seien auf dem Niveau des Voranschlages 2014. Die zugrunde liegenden Investitionen seien gemäss Investitions- und Finanzplan zur Berechnung leicht reduziert worden, da der Realisierungsgrad jeweils nicht ganz den Planungen entspreche.

Die Entschädigungen/Beiträge seien leicht zunehmend. Die Beiträge an die bisherigen privaten Betreiber der Tagesschule fallen zwar weg, diese würden aber durch den höheren Personalaufwand kompensiert. Demgemäss gleiche sich die Netto-Zunahme weitgehend durch höhere Erträge bei den Rückerstattungen aus.



Die Ertragsseite, der Bereich Steuern, sei optimistischer prognostiziert worden. Die Neu beurteilung sei auf die Verbesserung in der Rechnung 2013 sowie auf die nach wie gute Konjunkturlage zurückzuführen. Auch die wegen der Steuergesetzrevision ab dem Jahr 2015 wirksam werdenden reduzierten Abzugsmöglichkeiten bei den Berufskosten, werden Niederschlag finden.

Die Vermögenserträge seien annähernd auf dem gleichen Niveau eingesetzt worden. Mögliche Buchgewinne auf Liegenschaften würden bekannterweise nicht budgetiert.

Die Entgelte seien mit einer Zunahme von 6,6% eingesetzt. Diese Zunahme beruhe grösstenteils auf entsprechenden Mehraufwendungen bei den Entschädigungen/Beiträge – insbesondere des Kantons – für die Abgeltung der Schoio-Familienhilfe und für die Rückerstattung von Ausgaben der wirtschaftlichen Sozialhilfe.

Die Rückerstattungen/Beiträge dürften stabil bleiben.

stadtlängenthal

Finanzplan

Ergebnisse

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Bericht in Fr. 1'000.-	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Breiteinlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	107'195	107'911	109'119	109'550	109'379	109'090	109'542
Total Ertrag	99'287	95'546	99'257	100'138	100'800	100'130	109'969
Aufwandüberschuss	7'648	12'365	9'856	3'414	4'472	4'899	5'679

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Die Aufwandüberschüsse werden ab den Jahren 2016 markant abnehmen. Dies sei insbesondere auf die Einführung des HRM2 zurückzuführen, mit welchem die Abschreibungsmethode anders gehandhabt werde als bisher: Das abschreibungsfähige Verwaltungsvermögen werde ab dem Zeitpunkt der Einführung (2016) nach Nutzungsdauern abgeschrieben. Als Übergangslösung werde für das per Ende 2015 vorliegende Verwaltungsvermögen eine pauschale Restnutzungsdauer zwischen 8 und 16 Jahren Anwendung finden. In der Zeitdauer der Übergangslösung habe die Gemeinde das Recht selber zwischen 8 und 16 Jahren wählen zu können.

Ein Entscheid darüber werde im Rahmen des Voranschlages 2016 gefällt. Im vorliegenden Finanzplan werde mit der längst möglichen Abschreibungsdauer von 16 Jahren gerechnet. In der Folge werde sich bei den Aufwandüberschüssen aber Jahr für Jahr wieder eine Zunahme einstellen, weil die Neuinvestitionen zusätzlich zum Abschreibungssubstrat dazukommen werden. Zu glauben, dass damit die Probleme gelöst oder gemindert werden, wäre falsch. Vielmehr zeige sich daran, dass das Ergreifen von Sparmassnahmen sowie die Erhöhung von Einnahmen unumgänglich seien.



Resultat und Fazit Finanzplan

Die kumulierten Defizite in der aktuellen Finanzplan-Periode 2015-2019 werden rund Fr. 28,3 Mio. betragen. Dementsprechend werde natürlich das Eigenkapital per Ende 2019 auf rund Fr. 56 Mio. sinken. Die Ergebnisse aus dem Projekt "AEA" seien noch nicht in diese Berechnungen eingeflossen.

- 2015 – 2019 kumuliertes Defizit von rund Fr. 28.3 Mio.
- Pro Jahr rund Fr. 5 Mio. an „strukturellem Defizit“.
- Eigenkapital am Ende der Periode: rund Fr. 55.7 Mio.
- Ergebnisse aus Projekt „AEA“ sind noch nicht eingeflossen.

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Finanzplan

Lastenverteiler und Finanzausgleich jährliche Belastungen, in TFr.

	Rechnung	Vorschlag	Vorschlag	RPla	RPla	RPla	RPla
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Gesamtsumme	1'535	1'840	1'840	2'000	2'050	2'100	2'200
Öffentlicher Verkehr	-1'775	-1'890	-1'490	-1'500	-1'500	-1'500	-1'500
Finanzausgleich (Grossprojekte)	2'635	3'116	2'350	2'815	2'330	2'815	2'815
Aufgabenstellung, SdK/Kanton	30	61	61	65	66	66	67
Familiensteuern	3'312	3'207	3'245	3'335	3'475	3'620	3'740
Lastenausgleich Sozialhilfe	7'775	6'250	7'300	7'300	7'400	7'450	7'500
Sozialdemagogischer Zuschuss	-215	-235	-245	-245	-245	-245	-245
Lehrerbearbeitungen	6'325	6'555	6'605	6'605	6'655	6'675	6'725
Total	17'684	17'978	17'905	18'354	18'697	18'994	19'320

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Die Übersicht zeige auf, dass die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme regelmässig beträchtlich steigen. Obschon es im Jahr 2015 möglicherweise eine leichte Verschnaufpause geben werde, seien die Aussichten nicht rosig. Insbesondere folgende Lastenausgleiche seien kostentreibend: Sozialhilfe; öffentlicher Verkehr; Ergänzungsleistungen.

Sorgen bereiten – trotz guter Konjunkturlage – die fast jährlich steigenden Kosten im Sozialhilfebereich. Die Sparmassnahmen des Kantons würden aber immerhin auch für die Gemeinden zu leichten Entlastungen führen.

Der Bereich der Ergänzungsleistungen dürfte wegen der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft ein zunehmendes Problem betreffend die Kostenübertragung auf die Gemeinden darstellen.

Die Infrastrukturkosten von Grossprojekten (Beispiel TramRegion Bern) des öffentlichen Verkehrs müsse auch von Gemeinden getragen werden, die nicht direkt davon profitieren.

Die Situation des Finanzausgleichs gestalte sich speziell: Mit zunehmenden Steuererträgen werden die Beiträge aus diesem Topf tendenziell kleiner. Der Mechanismus funktioniert so, dass eine Zunahme des Steuerpotenzials einer Gemeinde mit dem Steuerpotenzial aller Berner Gemeinden verglichen werde, worauf der Gemeinde 1/3 des zusätzlichen Potenzials "abgeschöpft" werde. Das heisse, wenn Langenthal Dank tiefem Steuersatz mehr gute Steuerzahlende anziehen würde als der Durchschnitt der Berner Gemeinden, nur zu ca. 2/3 davon profitieren würde.

Das Referenzjahr 2009 zeige eine Mehrbelastung im Bereich der Lastenverteiler um rund Fr. 3,5 Mio. auf. Diese hohen Lasten seien der Hauptgrund für das strukturelle Defizit der Stadt Langenthal (Jahr 2015 = Fr. 5,8 Mio.).



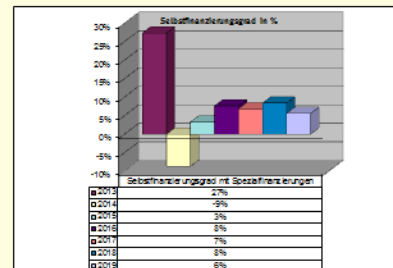
Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Der tiefe Selbstfinanzierungsgrad führe dazu, dass die Stadt die Investitionen nur zu einem kleinen Anteil eigenwirtschaftlich tragen können. Die Folgen der Defizite werden bei Betrachtung des Selbstfinanzierungsgrades schneller ersichtlich, als beim Eigenkapital, indem die vorhandene Liquidität schwinde. Anstelle von Geldmitteln würden zwar einerseits Anlagen (Schulen, Plätze, Strassen etc.) bereitstehen, denen andererseits aber zunehmende Finanzschulden entgegenstehen, was natürlich nicht per se schlecht sei, da ein Gemeinwesen ein erster Linie dazu da sei, der Allgemeinheit gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Folgen des strukturellen Defizits

■ Tiefer Selbstfinanzierungsgrad



stadtlangenthal

Berechnung:
Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen

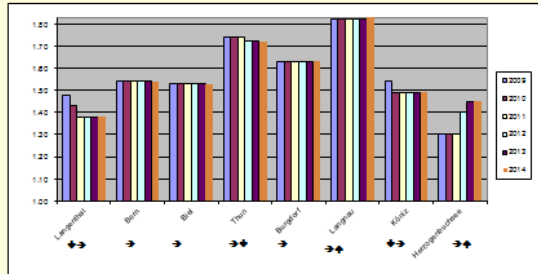
Richtwerte:
über 100%: sehr gut
80 - 100%: gut
60 - 80%: genügend (kurzfristig)
0 - 60%: ungenügend
unter 0%: sehr schlecht

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Notwendig sei aber, dass die Investitionen nachhaltig zum guten Gedeihen des Gemeinwesens beitragen und, dass das Gemeinwesen diese Mittel längerfristig auch selber finanzieren könne. Alle Investitionen (Betriebs- und Finanzfolgekosten), die Niederschlag in den Jahresrechnungen finden, seien sehr wichtig. Mittel- bis langfristig seien die Investitionen von derzeit Fr. 10 Mio. wieder um Fr. 3 bis Fr. 4 Mio. zu senken. Die lauernde Gefahr bestehe darin, dass ein steigendes Zinsniveau den Finanzhaushalt bei steigender Verschuldung stark treffen würde.

Finanzplan

Vergleich Steueranlage-Entwicklung 2009 – 2014



Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Insgesamt seien die Steuererträge Langenthals in den letzten Jahren jährlich angestiegen, wenn auch nicht immer im erwarteten Ausmass. Während für das Jahr 2012 ein deutlich stärkeres, als das effektiv eingetretene Wachstum, erwartet worden sei, sei dieses Wachstum im Jahr 2013 mit Sonderfaktoren (hohe Nach- und Strafsteuern) erreicht worden. Grundsätzlich sei Dank der guten Konjunktur auch für die Jahre 2014, 2015 und wahrscheinlich auch für das Jahr 2016 mit guten Steuererträgen und damit mit einem Ertragswachstum zu rechnen. Leider gebe es aber viele Unwegbarkeiten, wie die Russlandaktion beispielsweise, deren Wirkung auf unserer Wirtschaft kaum abgeschätzt werden könne.

Die Steueranlage Langenthals habe sich im Vergleich mit anderen bernischen Gemeinden deutlich attraktiver entwickelt.

Langenthal befinde sich mit der Steueranlage von 1.38 Einheiten nach wie vor im vordersten 5%-Bereich aller Berner Gemeinden. Alle anderen grösseren Gemeinden, wie auch benachbarte Gemeinden, würden höhere Steueranlagen aufweisen. Die Entwicklung für das Jahr 2015 in den anderen Gemeinden sei noch nicht bekannt. Tendenziell dürften die Steuern aber nicht weiter ansteigen.

Finanzplan

Steuererträge

	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Flipa	Flipa	Flipa	Flipa
Beträge in Tfr.	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Einkommens- und Vermögenssteuern	26'307	25'306	26'407	26'774	27'371	27'975	28'663
Gewinn- + Kapitalsteuern	4'964	5'110	5'150	5'152	5'253	5'355	5'456
Übrige Steuern	4'239	4'020	4'150	4'229	4'310	4'390	4'470
Total Steuern	35'510	34'436	35'707	36'155	36'934	37'720	38'589
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

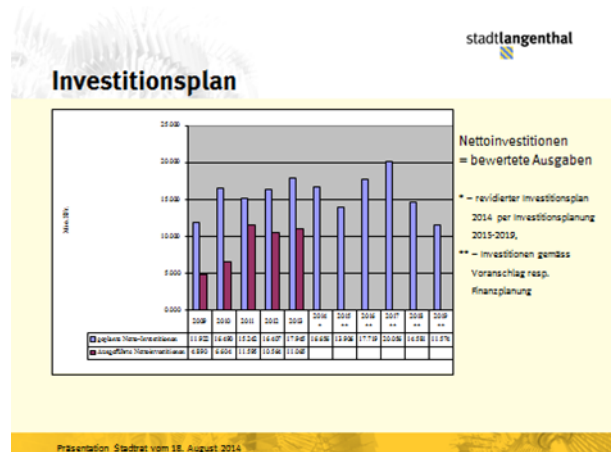


Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Nebst der dargelegten Investitionsstrategie gelte es zwei Punkte nochmals zu erwähnen:

- Die steuerfinanzierten Nettoinvestitionen sollen sich im Jahresdurchschnitt der Jahre 2013-2022 auf maximal Fr. 10 Mio. belaufen.
- Ab 2023 müssen die Investitionen wieder auf ein als mittel- und langfristig tragbares Niveau von rund Fr. 6 Mio. sinken.



Die grössten Investitionen der Gesamtperiode 2015-2019 lassen sich grob zusammengefasst in vier Bereiche einteilen:

- ESP Bahnhof/Agglomerationsprogramm
- Stadttheater
- Schulzentren
- Abwasser respektive gebührenfinanzierte Investitionen



Grundsätzlich stehe das Budget 2015 besser da, als dies in den Vorjahren der Fall gewesen sei. Obwohl noch keine politischen Entscheide in Bezug auf "AEA-Massnahmen" eingeflossen seien, sei unter dem Primat "AEA" natürlich restriktiver budgetiert worden. Die in den ganzen Budgetprozess involvierte Finanzkommission habe sich diesbezüglich ein Bild machen können.

Ohne tiefeschürfende Massnahmen zu ergreifen, befinde sich nicht mehr viel Luft im Budget, wenn der Dienstleistungsstandard der Stadt beibehalten werden soll!

Das nominelle Defizit (inkl. zusätzliche Abschreibungen) belaufe sich auf Fr. 9,6 Mio. und falle somit unter der Marke von Fr. 10 Mio. aus.

Der Finanz- und Investitionsplan zeige nicht zuletzt auch die Strategie auf, was mit den onyx-Millionen gemacht werden soll. Primär werde in die Werterhaltung, sekundär in Projekte mit Zukunftspotenzial investiert (ESP Bahnhof).



Aufgrund der Investitionen resultiere ein kumuliertes Defizit von Fr. 28.3 Mio. Ende 2019 werde das Eigenkapital noch rund Fr. 56 Mio. betragen. Wichtig sei, dass der Selbstfinanzierungsgrad wieder über 100% betrage.

Die Steueranlage soll nach Massgabe des Gemeinderates auf 1.38 Einheiten bleiben. Das nach wie vor hohe Eigenkapital von über Fr. 96,4 Mio. lasse dieses Vorgehen vorderhand noch verkraften.

Mit dem Projekt "AEA" sollen sowohl ausgaben- wie einnahmenseitige substanzielle Schritte zu einem ausgeglichenen Budget getan werden, womit auch die Regierungsrichtlinien erfüllt werden können.

Ende 2006 habe Langenthal ein Eigenkapital von Fr. 102,6 Mio. ausgewiesen. Ende 2013 weise Langenthal ein Eigenkapital von Fr. 96,4 Mio. aus (= Differenz von Fr. 6,2 Mio.).

Antrag Voranschlag 2015

- Aufwendungen Fr. 109.11 Mio.
- Erträge Fr. 99.26 Mio.
- Aufwandüberschuss Fr. 9.85 Mio.
- Steueranlage 1,38 (unverändert)
- Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)

Präsentation Stadtrat vom 18. August 2014

Angesichts der Tatsache, was in dieser Zeit in Langenthal alles geschehen sei, und im Vergleich mit der Situation der umliegenden Gemeinden, wo zum Teil das onyx-Geld nicht mehr vorhanden sei, ohne dass etwas gemacht worden sei, befinde sich Langenthal in einer guten Position.

GPK-Mitglied Karin Rickli (GL): Im Namen der Geschäftsprüfungskommission äussere sie sich gleichzeitig zum vorliegenden Traktandum als auch zum Traktandum Nr. 3.

Die Geschäftsprüfungskommission sei von Gemeinderat Jürg Häusler ausführlich über den Finanz- und Investitionsplan sowie über den Voranschlag informiert worden. Die Fragen aus der Kommission seien zufriedenstellend beantwortet worden. Die festgestellten Abweichungen im vorliegenden Investitionsplan gegenüber der Investitionsplanung des Vorjahres (beispielsweise die Position betreffend den ESP Bahnhof, oder andere Investitionen) seien damit begründet worden, dass die Planung heute konkreter sei oder dass sich die Bedingungen geändert haben. Für den Friedhofweg beispielsweise, sei ein neuer Belag geplant gewesen, wogegen heute nach Lösungen für alle Betroffenen gesucht werde. Im Sinne einer rollenden Planung werde auf solche Veränderungen reagiert.

Die Geschäftsprüfungskommission sei im Weiteren auch darauf hingewiesen worden, dass sich 15% des politischen Spielraums im Projekt "AEA" lediglich auf die Nettokosten beziehen, so dass der effektive Spielraum der Bruttokosten um einiges kleiner sei. Demgemäss werde der Zauber wahrscheinlich nicht so gross sein, wie erhofft werde.

Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der beiden Vorlagen und hoffe, dass die Unterlagen besser gerechnet worden seien, als das im Titel des Investitionsplans 2015-2019 der Fall sei, worin ab Seite 3 in Klammern stehe, dass die Dauer von 2015-2024 5 Jahre betrage.

B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen der Fraktionen

FDP/jll/BDP-Fraktion, Lukas Felber (jll): Die letztjährige Budgetdebatte sei sicher noch allen in Erinnerung. Die FDP/jll/BDP-Fraktion habe nicht vor, diese zugegebenermassen lange Debatte dieses Jahr zu wiederholen, im Gegenteil. Von Seiten des Gemeinderats sei damals gesagt worden (Zitat aus Stadtratsprotokoll vom 19. August 2013, Seite 13): "Als Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen sei er der Ansicht, zuerst beim Groben anfangen zu müssen, bevor auf Erbsen gegriffen werde. ... Die Aufgabenüberprüfung und die Ertragsoptimierung sei lanciert und werde in Kürze vorgelegt werden können." Unter "in Kürze" werde von der FDP/jll/BDP heute Abend verstanden.



Die FDP/jll/BDP-Fraktion danke für die sehr gute Präsentation des Stadtpräsidenten zum Thema "AEA". Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei allerdings etwas erstaunt darüber, dass die überfällige Präsentation via eines Artikels in der BZ habe ausgelöst werden müssen, da die Informationen zum "AEA" zu den absolut essentiellen Entscheidungsgrundlagen des Budgets gehören. Die Budgetdebatte sei einer der grösseren finanziellen Stellhebeln des Parlaments. Dementsprechend müssten die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen vorliegen, zumal und vor allem weil bereits zum wiederholten Male ein hohes Budgetdefizit zu Händen der Stimmbevölkerung zu verabschieden sei.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze natürlich ein seriöses und überlegtes Vorgehen im "AEA-Projekt". Im Übrigen werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion nicht erwartet, damit über eine Glaskugel oder über eine Zauberlösung zu verfügen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion habe aber bereits vor einem Jahr gesagt, dass es mit den Defiziten nur so weitergehen könne, wenn aktuelle und konkrete Resultate aus dem "AEA" sichtbar seien.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion beantrage die Rückweisung des Budgets 2015, weil folgenden Unterlagen nicht vorliegend seien:

1. Eine konkrete Liste der einzelnen heute vom Gemeinderat genannten Aufgaben (Parteienfinanzierung, Fasnacht, Vereinsbeiträge etc.)
2. Ein verbindlicher Fahrplan. Letztes Jahr sei dieser "in Kürze" in Aussicht gestellt worden. Heute sei bereits von November 2014 gesprochen worden. Die FDP/jll/BDP-Fraktion verlange einen Fahrplan, über den in den Fraktionen diskutiert werden könne, bevor die Debatte im Parlament stattfindet.
3. Ein Katalog von Massnahmen, die der Gemeinderat zu ergreifen gedenke. Da laut Gemeinderat, mit "AEA" das Problem offenbar nicht gelöst werden könne, müsste logischerweise eine Liste von Massnahmen vorliegen, worin Lösungen für die Zukunft aufgezeigt werden.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion fordere den Gemeinderat auf, diese Unterlagen vorzulegen damit eine materielle Beurteilung des vorliegenden Budgets möglich sei und um sich Gewissheit verschaffen zu können, dass "AEA" innerhalb einer gewissen Zeit eine Zielwirkung haben werde.

Anders als die SP/GL-Fraktion - die sich gemäss Stadtrat Renato Baumgartner zwar über die onyx-Millionen freue, aber dennoch schon wieder um mehr Geld bitte, weil sie befürchte, dass die Stadt Langenthal auseinanderfallen könnte und die sich zudem auch vor HRM2 ängstige - sehe die FDP/jll/BDP-Fraktion keine Lösung darin, einfach wieder die hohle Hand zu machen. Zuerst gelte es die bereits bestehenden Ausgaben - wovon trotz allem noch einige selber beeinflusst werden können - genau zu betrachten, bevor eine Neubeurteilung vorgenommen werden könne.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) legt fest, die Abstimmung über den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion im Anschluss an die "Allgemeine Beratung/Stellungnahmen der Fraktionen" durchzuführen.

EVP/glp-Fraktion, Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Die EVP/glp-Fraktion stelle mit Ernüchterung fest, dass im Jahr 2015 sowie in weiteren Jahren strukturelle Defizite im Finanzhaushalt der Stadt Langenthal auftreten werden. Dass dem so sei, vermöge leider nicht zu überraschen. Die EVP/glp-Fraktion habe in der Vergangenheit immer wieder vor vorschnellen Steuersenkungen und hohen wiederkehrenden Ausgaben (beispielsweise Sanierung KEB; Projekt ict4kids) gewarnt. Die jetzige Situation stelle eine Herausforderung dar, die weder verharmlost werden dürfe, noch verharmlost werden soll.

Auch unter Ausklammerung der überdurchschnittlichen Investitionen und inklusive des kantonalen Sparpakets, das hoffentlich positive Auswirkungen haben werde, gebe die Stadt Langenthal mehr aus, als sie einnehme, was doch zu denken geben müsse. In einem privaten Haushalt wäre es höchste Zeit, ein Sparbudget aufzustellen und eine Verzichtsplanung zu erstellen.



Der eingeschlagene Weg des Gemeinderates, den Finanzhaushalt mittels einer Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse zu durchleuchten und Massnahmen zur Sanierung der Finanzen zu suchen, werde von der EVP/glp-Fraktion als richtig erachtet. Allerdings habe der Stadtpräsident heute Abend bereits bestätigt, dass die Erwartungen an das "AEA-Projekt" viel zu hoch seien und wahrscheinlich nie erfüllt werden können. Einerseits deshalb, weil ein grosser Teil des Finanzhaushaltes der Stadt aufgrund gesetzlicher Rahmenbedingungen kaum beeinflusst werden könne. Andererseits sei es fraglich, ob wirklich entsprechender politischer Wille vorhanden sei, um einschneidende Massnahmen umzusetzen oder Hand dafür zu bieten zu wollen, einschneidende Massnahmen durchzusetzen.

Bei nüchterner und realistischer Analyse der Fakten gehe die EVP/glp-Fraktion davon aus, dass eine wirksame Sanierung des Finanzhaushalts in der erforderlichen Grössenordnung nur mit Stellenabbau in der Verwaltung, Verzicht auf Investitionen, Verzicht auf freiwillige Aufgaben zu Gunsten des Bürgers oder mit höheren Abgaben für die Bürgerinnen und Bürgern zu bewerkstelligen sei. Ein Verzicht auf nur 10% der Fr. 8,2 Mio. ergäbe den Betrag von rund Fr. 800'000.00, was zur Frage führe, woher der Restgenommen werden soll, da das strukturelle Defizit Fr. 4 bis Fr. 5 Mio. betrage. Fraglich sei auch, ob wirklich nur verzichtet werden soll, oder ob eben auch eine Steuererhöhung in Frage komme? Soll mit Blick auf die Finanzsituation auf die notwendigen Stadtentwicklungsprojekte (Märthalle, Mühleareal) verzichtet werden, um die Stadt damit quasi zu Tode zu sparen oder sie in ihrer Entwicklung zu hemmen? Grundsatzentscheide dieser Art gelte es – wenn nicht schon nächstes Jahr, dann sicher im übernächsten Jahr - zu fällen.

Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Voranschlag 2015 in der vorliegenden Form ohne Begeisterung zu und lehne den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion ab. Während Diskussionen in der Fraktion sei mehr als nur der leise Verdacht aufgekommen, dass die letzten Steuersenkungen – vor allem die letzte Steuersenkung – unvorsichtig und falsch gewesen seien. Die EVP/glp-Fraktion fordere alle anderen Fraktionen auf, ohne Scheuklappen alle Optionen zu prüfen, was heisse, schmerzende Sparmassnahmen und schmerzende zusätzliche Abgaben zu prüfen. Wichtig sei zudem, dass auch die bestehenden Opportunitäten konsequent genutzt werden (Beispiel: höhere Abgabe der kerngesunden IBL an die Stadt) oder, dass eine konsequente Entlastung der Finanzen aufgrund eingeleiteter kantonaler Sparmassnahmen stattfinde, indem der in gewissen Bereichen sinkende Gemeindeanteil genutzt werde. Persönlich schmerze es ihn sehr, aber beispielsweise im Bereich der Klassengrössen habe die Stadt Langenthal Freiheitsgrade, die zum Sparen genutzt werden könnten.

Die EVP/glp-Fraktion werde im Rahmen der Detailberatung des Voranschlags 2015 einen Antrag betreffend den Personalbereich einreichen, mit dem unter Beweis gestellt werde, dass auch die EVP/glp-Fraktion gewillt sei, zu sparen.

SP/GL-Fraktion, Samuel Köhli (SP): Ungenügende bis sehr schlechte Eigenfinanzierungsgrade, ungenügende Selbstfinanzierungsanteile, ein kumuliertes Defizit (bis ins Jahr 2019 = Fr. 28,3 Mio. zulasten des Eigenkapitals, was in etwa zwei Stadttheater-Projekten entspreche), bilden die Eckdaten des vorliegenden Voranschlags 2015. Damit könne oder sollte wirklich niemand zufrieden sein. Die Stadt Langenthal befinde sich auf dem Wege, ihre hervorragende Ausgangsposition, die auf einer dicken Eigenkapitaldecke basiere, zu verspielen.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze die "AEA" grundsätzlich, da es nichts schade, die Aufgaben der Verwaltung periodisch zu hinterfragen. Trotzdem mache die SP/GL-Fraktion ihren Entscheid nicht vom "AEA" abhängig. Die nicht gebundenen Ausgaben der Stadt Langenthal betragen rund Fr. 8,2 Mio. pro Jahr, die sich aber nicht unbedingt beeinflussen lassen. Mit diesem Geld werden, die städtische Kultur, die städtischen Vereine, diverse Veranstaltungen, das 1. August-Feuerwerk unterhalten und Beiträge an die Eismiete, an das Leichtathletikstadion, an das Theater etc. geleistet, was alles und massgeblich der Attraktivität der Stadt diene.



Von der "AEA" dürfe nicht zu viel erwartet werden. Insbesondere deshalb nicht, weil die bürgerliche Ratsmehrheit nur eine Überprüfung der Aufgabenseite wolle und nicht bereit dazu sei, auch eine ertragsseitige Verbesserung anzustreben.

Eine ertragsseitige Verbesserung sehe die SP/GL-Fraktion nicht in erster Linie darin, die Gebühren zu erhöhen, sondern über eine angemessene Anpassung des Steuersatzes zu diskutieren. Den geplanten Aufwandüberschuss von Fr. 9,2 Mio. einfach über das Eigenkapital abzubuchen, sei verantwortungslos.

Der Gemeinderat versuche ganz offensichtlich, die Probleme der ungenügenden Erträge der Regierung der nächsten Legislatur zuzuschieben.

In der SP/GL-Fraktion herrsche Unstimmigkeit was das weitere Vorgehen betreffe. Innerhalb der Fraktion sei diskutiert worden, ob darauf mit Enthaltung oder Nein reagiert werden soll. Ein Teil der SP/GL-Fraktion lehne die Vorlage ab, ein Teil der Fraktionsmitglieder, werde sich der Stimme enthalten. Einigkeit dagegen herrsche darin, dass das vorliegende Budget mit einem zu hohen Defizit belastet sei.

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP): Auch die SVP-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass der Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 9,8 Mio. abschliesse. Der Aufwandüberschuss betrage zwar Fr. 2 Mio. weniger als im Jahre 2014, was von der SVP-Fraktion jedoch nicht als Erfolgsmeldung gewertet werde, weil das kleinere Defizit vor allem auf bessere Konjunkturaussichten – namentlich auf erwartete Mehreinnahmen bei den Steuern – zurückzuführen sei.

Vom Sparen sei sehr viel gesprochen worden. Im eigentlichen Sinn des Wortes sei diesbezüglich bis anhin aber noch nichts unternommen worden. Gemäss einer Aussage von Gemeinderat Jürg Häusler sei die Luft aus dem Budget gelassen worden, was dem Stand der Dinge heute entspreche.

Wie er im Traktandum Nr. 2 bereits erwähnt habe, erachte es die SVP-Fraktion als notwendig, das Budget über eine Verzichtsplanning und über eine ergänzende Einnahmenoptimierung zu sanieren. Die SVP-Fraktion habe bereits im letzten Jahr an dieser Stelle darauf hingewiesen, zu erwarten, dass erste Verbesserungsmassnahmen im Voranschlag 2015 erkennbar sein werden, wie dies von Stadtrat Lukas Felber auch schon gesagt worden sei. Auch der Gemeinderat habe diese Zielsetzung in der Abstimmungsbotschaft formuliert. Dementsprechend sei natürlich auch die SVP-Fraktion enttäuscht, dass dies nun nicht der Fall sei. Natürlich befriedige diese Situation nicht. Obwohl er persönlich vor diesem Hintergrund ein gewisses Verständnis für die Haltung der FDP/JLL/BDP-Fraktion habe, könne die SVP-Fraktion den vorgeschlagenen Rückweisungsantrag aus zwei Gründen nicht unterstützen:

- Der Gemeinderat habe konkret gesagt, die "AEA" in die Budgetweisungen 2016 einzubeziehen. Für die SVP-Fraktion sei wichtig, dass nun konkrete Pflöcke eingeschlagen werden und dass das Projekt nicht einfach versande. Unter dieser Voraussetzung werde die zeitliche Verschiebung von der SVP-Fraktion akzeptiert. Er persönlich sei zudem nicht so pessimistisch, zu glauben, dass kein Potenzial zum Sparen zu finden sei.

Eine Rückweisung stelle für die SVP-Fraktion auch darum keine Option dar, weil es gar nicht möglich sei, in einem Monat wieder beschlussfähige Vorschläge auf den Tisch zu bringen.

- Dem vorliegenden Budget werde auch zugestimmt, weil die SVP-Fraktion ohne Wenn und Aber hinter der Steueranlage stehe. Die SVP-Fraktion wolle das Budget auf der Ausgabenseite und nicht über Steuererhöhungen sanieren. Die SVP-Fraktion stimme deshalb dem Budget 2015 – wenn auch ohne grosse Begeisterung - zu.

Eine Steuererhöhung sei für die SVP-Fraktion – die sich im Übrigen deswegen nicht verantwortungslos verhalte - kein Thema, weil das Ziel darin bestehe, sich finanzpolitischen Handlungsspielraum zu erhalten, der ja trotz des hohen strukturellen Defizits aber Dank des hohen Eigenkapitals durchaus vorhanden sei.



Es gelte zudem zur Kenntnis zu nehmen, dass auch mit einer Steueranlage von 1.48 das strukturelle Defizit nicht einfach beseitigt werden könnte. Sollte die Beseitigung auf der Einnahmenseite geschehen, würde Langenthal sehr plötzlich und sehr schnell zur Steuerhölle. Der Vergleich mit grösseren bernischen Städten zeige, dass Langenthal eigentlich sehr gut positioniert sei. Dass dem so sei, dürfe aber nicht vergessen lassen, dass Langenthal nicht nur mit Thun oder anderen bernischen Städten konkurreiere, da sich Langenthal - aufgrund der Nähe zu verschiedenen Kantonsgrenzen - an Orten in Kantonen mit attraktiveren steuerlichen Bedingungen orientieren müsse.

Die SVP-Fraktion wolle und könne das bestehende Defizitproblem nicht mit Steuererhöhungen sanieren. Die SVP-Fraktion erachte die Forderung nach einer Steuererhöhung als absolut daneben.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gibt den Antrag FDP/jll/BDP-Fraktion betreffend die Rückweisung des Voranschlages 2015 zur Beratung frei:

Lukas Felber (jll): Den Rednern, die sich dahingehend geäussert haben, dass in einem oder allenfalls in zwei Monaten eine Änderung an den Zahlen nicht möglich sein soll, halte er entgegen, dass die Anträge der Finanzkommission zu Händen des Totomats aus der Schublade gezogen und wieder in das Zahlenmaterial eingesetzt werden könnten.

Gleichzeitig erinnere er daran, dass es sich um das zweitletzte Budget der laufenden Legislaturperiode handle. Wer also von Sparbemühungen und von anderen Einnahmepotenzialen wie den Steuern rede, müsste den Hebel schon langsam in die andere Richtung legen, bevor die Legislaturperiode zu Ende sei. In diesem Sinne bitte er darum, den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion anzunehmen und damit die Gelegenheit wahrzunehmen, am vorliegenden Budget Nachbesserungen vorzunehmen.

Beat Sterchi (SVP): Angesichts des vorhandenen Eigenkapitals von Fr. 96 Mio. – was im Kanton Bern wohl einmalig sein dürfte – fordere er zu einem etwas gelasseneren Verhalten auf. Es sei im lieber, ein Jahr mehr zu brauchen, um dafür dann über fundierte Anträge zu verfügen, als innert eines Monats ein paar Schnellschüsse zu produzieren.

Die Rückweisung bringe seiner Meinung nach gar nichts. Er sei auch erstaunt bzw. sogar erbost darüber, dass ein Mitglied der Finanzkommission dem Stadtrat diesen Antrag stelle. Anders als der Stadtrat, dem das Budget 2015 heute vorliege, habe sich die Finanzkommission seit Anfang Januar 2014 damit befassen können. Er frage sich dementsprechend schon, was der Herr, der den Antrag gestellt habe, in der Finanzkommission eigentlich tue, dass er sich zur Einreichung des Rückweisungsantrages veranlasst sehe. Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission erachte er dieses Vorgehen als sehr schwach und bezeichne es als "dicken Hund!". Wenn die Finanzkommission konkrete Anträge habe, dann seien diese entsprechend dokumentiert zur Diskussion zu stellen. Dass nun dem Stadtrat, der nicht 7 Monate Zeit gehabt habe, sich damit zu befassen, einfach beantragt werde, das Budget zurückzuweisen, löse in ihm die Frage aus, was sich an der Arbeit der Finanzkommission seit seinem Austritt geändert habe.

Was die Steuererhöhung betreffe, so mache er bereits heute bekannt, einer solchen nicht zuzustimmen, auch wenn die "AEA" zu nichts führen würde. Ein vorhandenes Eigenkapital von Fr. 96 oder vielleicht noch Fr. 90 Mio. rechtfertige seiner Meinung nach keine Steuererhöhung. Wer es damit beim Langenthaler Stimmbürger versuchen wolle, dem sei das erlaubt, obschon er mit einer 80%-igen Sicherheit überzeugt davon sei, dass dafür keine Mehrheit gefunden werden könne.

Der kantonale Lastenausgleich sei eine der grossen Ursachen für das strukturelle Defizit. Er sei nicht bereit – nur weil es oben (im Kanton) nicht funktioniere - dem Stimmbürger eine Steuererhöhung verkaufen zu müssen, zumal noch ein so grosses Eigenkapital vorhanden sei. Vielleicht werde es in Bern eine vernünftigere Regierung geben, bevor das Eigenkapital der Stadt Langenthal aufgebraucht sei.



Lukas Felber (JL): Stadtrat Beat Sterchi danke er für die Qualifikation seiner Arbeit in der Finanzkommission und stelle fest, dass auch das Alter vor mangelnder Vorbereitung nicht zu schützen vermöge. In den Grundlageakten seien selbstverständlich alle Anträge der Finanzkommission, inklusive aller Stellungnahmen der betreffenden Gemeinderäte, enthalten. Er glaube, dass die Vorstellungskraft von Stadtrat Beat Sterchi - angesichts der heute gehörten Voten – sicher ausreiche, um zu verstehen, dass in der Finanzkommission keine einheitliche Meinung vertreten worden sei. Ihm persönlich sei es natürlich nicht möglich gewesen, das Abstimmungsergebnis der Finanzkommission im Alleingang zu beeinflussen, was im Übrigen aber auch dem ehemaligen Mitglied der Finanzkommission Stadtrat Beat Sterchi nicht gelungen wäre.

Es gehe um die Rückweisung des Budgets 2015. Die Hinweise auf die Anträge der Finanzkommission habe er nur angebracht, weil im Rahmen der Beratung gesagt worden sei, dass an den Zahlen nichts geändert werden könne. Die Rückweisung werde von der FDP/JL/BDP-Fraktion primär damit begründet, dass dem Stimmvolk bereits zum zweiten Mal eine Rechtfertigung für ein Defizit vorgelegt werden müsse, ohne sagen zu können, welche Aufgaben bis wann im Zuge des "AEA" umgesetzt werden können und welche Art von Zusatzerträgen allenfalls davon betroffen sein könnten.

Künftig gelte es auch weitere Massnahmen (Effizienzüberprüfung; Art und Weise der Aufgaben) ins Auge zu fassen, da bis anhin ja nur die Aufgaben an sich geprüft werden. Erkenntnisse dieser Art seien nach Ansicht der FDP/JL/BDP-Fraktion auch noch beizubringen.

Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): Bis auf den Rückweisungsantrag gebe es nicht mehr viel zu sagen. Stadtpräsident Thomas Rufener habe aufgezeigt, dass das "AEA-Projekt" geschnürt sei, indem der Verwaltung Überprüfungs- und abklärungsaufträge erteilt worden seien. Gestellte Reduktionsaufträge als auch gestellte Streichungsanträge seien in Bezug auf deren Auswirkungen hin zu überprüfen. Wie in der Finanzkommission müsse auch im Gemeinderat eine Mehrheit gefunden werden, wenn ein Entscheid durchgebracht werden soll.

Jeder einzelne Posten auf der Liste der Finanzkommission könne heute selbstverständlich gebracht und zur Diskussion gestellt werden, um eine Mehrheit dafür zu finden. Im Stadtrat gelte es sich aber bewusst zu sein, dass die Rückweisung wegen nicht Vorliegens der "AEA-Ergebnisse" zur Folge habe, dass der Gemeinderat im Grossen und Ganzen dasselbe Budget wieder bringen werde. Der Stadtpräsident habe den terminlichen Ablauf des "AEA-Projektes" aufgezeigt und dargelegt, dass die Ergebnisse in die Budgetweisungen für das Jahr 2016 einfließen werden. Im Namen des Gemeinderates empfehle er, den Rückweisungsantrag der FDP/JL/BDP-Fraktion abzulehnen.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) bittet um Abgabe der Stimme zum Rückweisungsantrag der FDP/JL/BDP-Fraktion:

■ **Der Antrag der FDP/JL/BDP-Fraktion betreffend die Rückweisung des Budgets 2015 wird mit 26 Stimmen Nein gegen 13 Stimmen Ja (0 Enthaltungen) abgelehnt.**

C Allgemeine Beratung/Stellungnahme Einzelsprechende

Pascal Dietrich (JL): Durch die Wichtigkeit des Budgets sehe er sich veranlasst, auch etwas dazu zu sagen, wofür er um entsprechende Geduld bitte.

Obwohl das Defizit wirklich tiefer als im Jahre 2014 ausgefallen sei, sei es immer noch sehr hoch. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass ein Teil des Rückgangs auf die freiwilligen Abschreibungen zurückzuführen sei, sei dieses Defizit seiner Meinung nach klar zu hoch. Die Wirtschaftslage sei gut, was auch vom zuständigen Gemeinderat gesagt worden sei. Wenn ein nachhaltiger Finanzhaushalt betrieben werden wollte, dann müsste seiner Meinung nach auch ohne die freiwilligen Abschreibungen heute ein ausgeglichener Voranschlag vorliegen.



Von Stadtrat Lukas Felber und ihm seien im letzten Jahr 25 Einzelanträge gestellt worden. Dabei sei es ihnen nicht um das Sparen gegangen, sondern darum, das wahnsinnige Ausgabenwachstum etwas zu bremsen. Bei den meisten Positionen sei nur verlangt worden, dass keine weiteren Erhöhungen gegenüber dem Voranschlag 2013 vorgenommen werden. Ausserdem hätten sie damit ein Signal setzen wollen, dass das Parlament nicht einfach akzeptiert, dass es so weitergeht wie bis anhin. Von den 25 Anträgen seien 13 durchgekommen. Er müsse sagen, dass dieses Jahr tatsächlich ein gewisser Effekt erkennbar sei, da bei den meisten der 13 Positionen keine Erhöhung mehr enthalten seien.

Grundsätzlich erkenne er eine gewisse Trendumkehr, da in etlichen Bereichen tatsächlich etwas Mass gehalten worden sei. Trotzdem erfolge die Umkehr seiner Meinung nach zu wenig konsequent und zu langsam, womit sie bei weitem nicht ausreiche. Stadtrat Lukas Felber habe bereits darauf hingewiesen, dass die Finanzkommission in vielen weiteren Budgetpositionen Kürzungen vorgenommen habe, die vom Gemeinderat aber fast zu 90% wieder rückgängig gemacht worden seien. Wer die Grundlageakten angeschaut habe, stelle fest, dass die Entscheide im Verhältnis von 6 zu 1 Stimmen gefallen seien, was wohl den Schluss zulasse, dass der Ernst der Lage bis anhin nur von einem Gemeinderatsmitglied wirklich erkannt worden sei.

Die Frage, die sich in Bezug auf die Anträge der Finanzkommission stelle, sei die, ob eine Ausgabe zwingend sei oder nicht. In den Grundlageakten seien die diesbezüglichen Stellungnahmen der Ämter ersichtlich. Aufgefallen sei ihm beispielsweise die Stellungnahme des Amtes betreffend die Möblierung eines Gruppenraums im Schulzentrum Kreuzfeld 4, worin die Möblierung als "zwingend notwendig" beschrieben sei. In Anbetracht der Tatsache, dass Fr. 10 Mio. für die Komplettsanierung des Schulhauses bewilligt worden sei, frage er sich schon, wie die Rückmeldung aus dem Amt auf den Kürzungsantrag der Finanzkommission von Fr. 10'000.00 einfach mit ist "zwingend notwendig" ausfallen kann. Er habe das Gefühl, dass in diesem Schulhaus bestimmt noch ein Tisch und Stühle vorhanden seien, die in das Zimmer gestellt werden könnten. Ein Vergleich mit dem Voranschlag 2002 und dem Voranschlag 2003 zeige, dass die Mentalität vor dem onyx-Aktienverkauf ganz eine andere gewesen sei. Damals hätte die Anschaffung noch so zwingend sein können, aber erfolgt wäre sie nicht, weil schlicht und ergreifend kein Geld dagewesen sei. Über diese Position wäre nicht einmal diskutiert worden. Zitat von Johann Wolfgang von Goethe: *"Armut ist die grösste Plage, Reichtum ist das höchste Gut."* Sicher habe auch Johann Wolfgang von Goethe recht gehabt, aber trotzdem leide Langenthal heute seiner Ansicht nach unter dem Fluch der reichen Stadt. Weil Geld vorhanden sei, sei nun jede Ausgabe "zwingend". Als noch kein Geld vorhanden gewesen sei, habe es keinen Krach darum gegeben, ob und für was es gebraucht werden könnte. Das Problem am Ganzen sei, dass in spätestens 15 Jahren wieder kein Geld mehr vorhanden sein werde. An die Zeit vor dem onyx-Aktienverkauf erinnere er sich, weil er als Journalist des Langenthaler Tagblatts die Ratsdebatten mitverfolgt habe. Damals sei im Zusammenhang mit dem Budget jeweils von Gratwanderung gesprochen worden. Der damalige Stadtpräsident Hansjürg Käser habe die damalige Lage sogar als Hochseilakt bezeichnet. Er sei der Meinung, dass alles getan werden müsste, um nicht wieder in diese Lage zu geraten, was wohl im Interesse von niemandem sein könne. Im Moment sehe es aber danach aus, dass 6 Gemeinderäte und der Stadtrat anderer Meinung seien. Wenn dem nicht so wäre, müsste anders vorgegangen werden, indem der Stadtrat das vorliegende Budget 2015 nicht annehmen würde.

Betreffend die ins Feld geführte Steuererhöhung weise er darauf hin, dass erst dann über die Steuererhöhung diskutiert werden müsse, wenn über mehrere Jahre konsequente und ernsthafte Sparbemühungen nicht zu einem ausgeglichenen Budget führen (ohne freiwilligen Abschreibungen). Diese Bedingung sei bis anhin aber noch ganz klar nicht erfüllt worden. Bis jetzt seien keine konsequenten und ernsthaften Sparbemühungen über mehrere Jahre vorgenommen worden. Erst im Jahr 2014 sei erstmals ein gewisses Bewusstsein zum Sparen aufgekommen. Demgemäss enthalte das vorliegende Budget seiner Ansicht nach halt immer noch Luft, um zu reagieren, ohne der Verwaltung den Vorwurf machen zu wollen, Geld zu verschleudern.



Vieles sei schön und praktisch, aber eben nicht zwingend nötig – wie beispielsweise die Möblierung des erwähnten Gruppenraums im K4. Und Vieles wäre schlicht kein Thema, ohne das onyx-Geld. Wenn das onyx-Geld noch mehr als einer Generation nützen soll, dann müsse ein stärkeres und schnelleres Umdenken erfolgen.

Was die am heutigen Abend bereits erschöpfend behandelte "AEA-Thematik" betreffe, so schlage er in die gleiche Kerbe wie Stadtrat Lukas Felber, der bereits darauf hingewiesen habe, dass die Überprüfung der Art und Weise der Aufgabenerfüllung ein gewisses Potenzial biete.

Er persönlich könne das Budget 2015 nicht verantworten und lehne es ab.

D Detailberatung des Voranschlags 2015 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)/Abstimmung über allfällige Anträge

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gibt das Zahlenmaterial zur seitenweisen Beratung frei. Jeder zu stellende Antrag sei entsprechend der jeweils aufgerufenen Seitenzahl des Zahlenmaterials vorzubringen und zu begründen. Im Anschluss daran finde die Beratung über die gesammelten Anträge und die allfälligen Stellungnahmen von Gemeinderat Jürg Häusler sowie die Abstimmungen darüber statt:

Seite 3:

Daniel Steiner-Brütsch (EVP): Seit dem Jahr 2010 seien jeweils folgende Beträge in die Besoldungsreserve eingestellt worden: 2010 = Fr. 350'000.00; 2011 = Fr. 450'000.00; 2012 = Fr. 850'000.00; seit dem Jahr 2013 jährlich = Fr. 462'000.00. Die Besoldungsreserve zu Händen des Gemeinderates werde für Lohnerhöhungen des Verwaltungspersonals bzw. für Lohnerhöhungen aufgrund von Qualifikationen gebraucht. Das Spannende sei, dass die Besoldungsreserven bei Weitem nie ausgeschöpft worden seien. Bis anhin seien verwendet worden: 2010 = Fr. 253'000.00; 2011 = Fr. 320'000.00; 2012 = Fr. 408'000.00; 2013 = Fr. 387'000.00; 2014 = Fr. 334'000.00. Über die fünf Budgets gerechnet, ergebe sich ein durchschnittlicher Betrag von rund Fr. 341'000.00, der verwendet worden sei. Aus diesem Grund beantrage er die "Besoldungsreserve zu Händen des Gemeinderates" um Fr. 100'000.00 zu reduzieren. Der Betrag von neu Fr. 362'000.00 liege leicht über dem durchschnittlich bis anhin verwendeten Betrag von Fr. 341'000.00, womit eine Budgetbereinigung auf elegante Weise stattfinde, weil immer noch genügend Geld für die Lohnerhöhungen vorhanden sei. Damit würde nicht nur die Budgetgenauigkeit verbessert, sondern dem Gemeinderat auch eine Obergrenze gesetzt, wie weit er gehen dürfe.

Antrag 1 Daniel Steiner-Brütsch (EVP)

Konto		VA 2015	Antrag/Korrektur	VA 2015 neu
125.301.09	Besoldungsreserve z.Hd. Gemeinderat	462'000.00	- 100'000.00	362'000.00

Seite 3:

Lukas Felber (IL): Vorweg unterstütze er den Antrag von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch und beantrage seinerseits eine Änderung betreffend die Position "Personal- und Ausbildungskosten" im Fachbereich Informatik.

Er wolle nicht den Eindruck erwecken, beim Personal sparen zu wollen, da er der Meinung sei, dass die angestellten Leute gut bezahlt werden sollen – wenn auch lieber nicht immer mehr. Von allen Fachbereichen seien die Ausbildungskosten ausgewiesen, indem die Art der Ausbildung oder zumindest die Anzahl der betroffenen Leute beschrieben werde. Aus den Grundlageakten gehe heraus, dass es sich im vorliegenden Konto nur um einen summarischen Betrag handle, weshalb er dessen Kürzung um Fr. 10'000.00 beantrage.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Antrag 2 Lukas Felber (JL)

Konto		VA 2015	Antrag/Korrektur	VA 2015 neu
140.309.10	Personal- und Ausbildungskosten	35'000.00	- 10'000.00	25'000.00

Seite 5:

Beat Sterchi (SVP): Unter dem Aspekt, ein Zeichen setzen zu wollen, beantrage er den Betrag von Fr. 10'800.00 in der Position 180.365.17 "Aare Seeland Mobil AG; Werbeauftritt Hybrid-Stadtbuss" zu streichen. Es gehöre nicht unbedingt zu den Aufgaben der Stadt, eine Aktiengesellschaft mit Werbung zu unterstützen.

Antrag 3 Beat Sterchi (SVP)

Konto		VA 2015	Antrag/Korrektur	VA 2015 neu
180.365.17	Aare-Seeland Mobil AG; Werbeauftritt Hybrid-Stadtbuss	10'800.00	- 10'800.00	0.00

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gibt die drei Anträge zur Diskussion frei

Samuel Köhli (SP): Solange Langenthal am 1. August im Stande sei, ein Feuerwerk zu zünden, sei er nicht der Ansicht, dass die Position "125.301.09 Besoldungsreserve z.Hd. Gemeinderat" geändert werden müsse. Die Fr. 100'000.00 könnten auch einmal dazu beitragen, jemanden zu entlasten oder einen Ausfall temporär aufzufangen. Obschon die Beträge in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft worden seien, möchte er dem Gemeinderat die Freiheit lassen, im Bedarfsfall entsprechend reagieren zu können. In diesem Sinne bitte er darum, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): Die Besoldungsreserve sei ein klarer Beweis dafür, dass der Gemeinderat restriktiv handle, indem die Position jeweils nicht ausgeschöpft werde. Die Besoldungsreserve bestehe aus dem Element "Teuerung" und dem "individuellen Teil". Die Höhe der Teuerung ein Jahr zum Voraus zu prognostizieren, gestalte sich relativ schwierig. Mit dem individuellen Teil werde auf Erhöhungen aus dem Qualifikationswesen reagiert. Der Gemeinderat empfehle, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag 1** von Daniel Steiner-Brütsch (EVP):

Konto		VA 2015	Antrag/Korrektur	VA 2015 neu
125.301.09	Besoldungsreserve z.Hd. Gemeinderat	462'000.00	- 100'000.00	362'000.00

Ja	Stimmen	30	angenommen
Nein	Stimmen	8	
Enthaltung		1	

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zum **Antrag 2** von Lukas Felber (JL) keine Diskussion erwünscht wird und bittet um Abgabe der Stimme:

Konto		VA 2015	Antrag/Korrektur	VA 2015 neu
140.309.10	Personal- und Ausbildungskosten	35'000.00	- 10'000.00	25'000.00

Ja	Stimmen	23	angenommen
Nein	Stimmen	14	
Enthaltungen		2	



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): Anders als in anderen Städten und Gemeinden sei in der Stadt Langenthal nicht extra Personal für das Marketing angestellt. Der Gemeinderat habe ein Gesamtkonzept für das Marketing erstellt. Der Betrag in der Position "180.365.17 Aare-Seeland Mobil AG; Werbeauftritt Hybrid-Stadtbuss" basiere auf dem Entscheid, auf den Fahrzeugen Werbung für die Stadt zu machen, zumal die Stadt Langenthal ein Energie-Stadt-Label trage, an dem nach wie vor festgehalten werden wolle. Die Werbung auf den Bussen ver helfe zu einer Verbesserung der Bewertung im Rahmen der Energie-Stadt-Label-Vergabe. Der Gemeinderat empfehle auch diesen Antrag zu Ablehnung.

Beat Sterchi (SVP): Da die beiden vorangegangenen Anträge so glatt angenommen worden seien, **ziehe er seinen Antrag betreffend die Streichung des Betrages von Fr. 10'800.00 im Konto "180.365.17 Aare-Seeland Mobil AG; Werbeauftritt Hybrid-Stadtbuss" zurück!**

III Abstimmung:

E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.):

Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen) – unter Berücksichtigung der **beschlossenen Änderungen:**

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 18. August 2014:

1. Der Voranschlag 2015 der Einwohnergemeinde, mit Aufwendungen von Fr. ~~109'113'272.00~~ **Fr. 109'003'272** und Erträgen von Fr. 99'257'143.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss von ~~Fr. 9'856'129.00~~ **Fr. 9'746'129.00**, wird genehmigt.
2. Im Jahre 2015 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das **1,38-fache** (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftssteuer von **1,0‰** (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

F Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 29./30. November 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) gibt den Entwurf vom 3. Juli 2014 des Botschaftstextes an die Stimmberechtigten zur seitenweisen Beratung frei:

Seite 5:

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP): Die SVP-Fraktion beantrage zwei Änderungen im Botschaftstext vorzunehmen. Es gehe dabei um die Darlegung des Gemeinderates zum Projekt "AEA". Ohne noch länger über das "AEA-Thema" sprechen zu wollen, stelle er fest, dass die Formulierung im Botschaftstextentwurf vom 3. Juli 2014 aus der Sicht der SVP-Fraktion zwei entscheidende Fehler enthalte, die korrigiert werden sollen.

Der Botschaftstext enthalte gewisse Aussagen zur Einnahmenseite (Seiten 5 + 21). Eine Aussage betreffe die IBL-Abgeltung. Wer den Text sorgfältig lese, bemerke, dass damit schon in die Zukunft geblickt werde, indem die Rede davon sei, ab dem Jahr 2016 eine Dividende von Fr. 1,5 Mio. zu generieren.



Die SVP-Fraktion halte fest, dass diesbezüglich weder vom Parlament noch vom Stimmvolk ein Entscheid gefällt worden sei. Ausserdem sei es sehr unglücklich in diesen Textpassagen die Umwandlungsthematik mit einer marktkonformen IBL-Abgeltung zu verknüpfen, weil damit falsche Erwartungen geweckt werden könnten. Fakt sei, dass das Thema IBL-Abgeltung auf den Tisch kommen müsse, und zwar unabhängig davon, ob die Umwandlung kommen werde oder nicht.

Die SVP-Fraktion stelle zwei Anträge, welche sowohl den Text auf Seite 5 als auch den Text auf Seite 21 betreffen:

Antrag 1 Der Text des 2. Satzes sei offener, neutraler und vor allem den heutigen politischen Gegebenheiten entsprechend, zu formulieren.

Antrag 2 Der letzte Satz: *"Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage"* sei zu löschen

Die Finanzkommission habe das "AEA-Projekt" letztes Jahr lanciert. Der Gemeinderat habe dies glücklicherweise aufgenommen. Nie und nimmer sei aber jemals die Rede davon gewesen, dass das "AEA-Projekt" die Überprüfung der Steueranlage zum Gegenstand haben soll. Da diese beiden Themen absolut nichts miteinander zu tun haben, möchte die SVP-Fraktion diese Aussage korrigiert bzw. gelöst haben.

Text Abstimmungsbotschaft Seite 5 und Seite 21	Änderungsanträge der SVP-Fraktion
... Andererseits befasst sich das Projekt mit der Ermittlung von Ertragspotenzialen, also mit der Einnahmenseite. Ab 2016 wird beispielsweise erstmals eine Dividende der vor der Gründung stehenden IBL AG von Fr. 1.5 Mio. erwartet, was netto einer Zunahme der bisherigen Abgeltung um Fr. 1.1 Mio. entspricht (vorbehältlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten zur Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft). Weitere Ertragspotenziale werden geprüft. Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage. ...	... Andererseits befasst sich das Projekt mit der Ermittlung von Ertragspotenzialen, also mit der Einnahmenseite. Ab 2016 wird beispielsweise erstmals eine Dividende der vor der Gründung stehenden IBL AG von Fr. 1.5 Mio. erwartet, was netto einer Zunahme der bisherigen Abgeltung um Fr. 1.1 Mio. entspricht (vorbehältlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten zur Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft). Dazu gehört beispielsweise die Abgeltung durch die Industriellen Betriebe Langenthal, dies unabhängig von der Frage der geplanten Rechtsform-Änderung, welche der Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten unterliegt. Weitere Ertragspotenziale werden geprüft. Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage. ...



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zu den beiden Anträgen der SVP-Fraktion keine Beratung gewünscht werde und bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag 1** der SVP-Fraktion betreffend die Seiten 5 + 21 der Abstimmungsbotschaft:

Text Abstimmungsbotschaft Seite 5 und Seite 21	Änderungsantrag der SVP-Fraktion
---	----------------------------------

--- Andererseits befasst sich das Projekt mit der Ermittlung von Ertragspotenzialen, also mit der Einnahmenseite. Ab 2016 wird beispielsweise erstmals eine Dividende der vor der Gründung stehenden IBL AG von Fr. 1.5 Mio. erwartet, was netto einer Zunahme der bisherigen Abgeltung um Fr. 1.1 Mio. entspricht (vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten zur Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft). Weitere Ertragspotenziale werden geprüft. Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage. ---	--- Andererseits befasst sich das Projekt mit der Ermittlung von Ertragspotenzialen, also mit der Einnahmenseite. Ab 2016 wird beispielsweise erstmals eine Dividende der vor der Gründung stehenden IBL AG von Fr. 1.5 Mio. erwartet, was netto einer Zunahme der bisherigen Abgeltung um Fr. 1.1 Mio. entspricht (vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten zur Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft). Dazu gehört beispielsweise die Abgeltung durch die Industriellen Betriebe Langenthal, dies unabhängig von der Frage der geplanten Rechtsform-Änderung, welche der Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten unterliegt. Weitere Ertragspotenziale werden geprüft. Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage. ---
---	--

Ja	Stimmen	30	angenommen
Nein	Stimmen	3	
Enthaltungen		6	



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag 2** der SVP-Fraktion betreffend die Seiten 5 + 21 der Abstimmungsbotschaft:

Text Abstimmungsbotschaft Seite 5 und Seite 21	Änderungsantrag der SVP-Fraktion
... Andererseits befasst sich das Projekt mit der Ermittlung von Ertragspotenzialen, also mit der Einnahmenseite. Ab 2016 wird beispielsweise erstmals eine Dividende der vor der Gründung stehenden IBL AG von Fr. 1.5 Mio. erwartet, was netto einer Zunahme der bisherigen Abgeltung um Fr. 1.1 Mio. entspricht (vorbehältlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten zur Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft). Weitere Ertragspotenziale werden geprüft. Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage. ...	... Andererseits befasst sich das Projekt mit der Ermittlung von Ertragspotenzialen, also mit der Einnahmenseite. Ab 2016 wird beispielsweise erstmals eine Dividende der vor der Gründung stehenden IBL AG von Fr. 1.5 Mio. erwartet, was netto einer Zunahme der bisherigen Abgeltung um Fr. 1.1 Mio. entspricht (vorbehältlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten zur Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft). Dazu gehört beispielsweise die Abgeltung durch die Industriellen Betriebe Langenthal, dies unabhängig von der Frage der geplanten Rechtsform-Änderung, welche der Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten unterliegt. Weitere Ertragspotenziale werden geprüft. Dazu gehört auch die Überprüfung der Steueranlage. ...

Ja	Stimmen	27	angenommen
Nein	Stimmen	12	
Enthaltungen		0	

Seite 21:

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP): Wie bei der Antragstellung zu den zwei Änderungsanträgen betreffend den Text auf Seite 5 bereits angekündigt, gelten die beiden Anträge ebenso für den Text, der auf Seite 21 der Botschaft an die Stimmberechtigten wiederholt werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Änderungsanträge zur Abstimmungsbotschaft vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme zum Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 3. Juli 2014 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen auf Seite 5 und Seite 21:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen):

II. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 3. Juli 2014 wird – unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen auf Seite 5 und Seite 21 -genehmigt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. Pensionskasse der Stadt Langenthal; Ausgliederung in eine privatrechtliche Vorsorgestiftung per 1. Januar 2015; Aufhebung des Pensionskassenreglements vom 19. November 2009 sowie Teilrevision des Personalreglements vom 26. Mai 1997 (Art. 27, 49 und 59), Zustimmung; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. September 2014

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) legt den Ablauf der Beratung fest:

Detailberatung: A Berichterstattung von Stadtpräsident Thomas Rufener, Ressortvorsteher Präsidiales; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

Abstimmungen: C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

D Abstimmung über die Reglements-anpassung respektive die Reglements-aufhebung (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. September 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer III.)

A Berichterstattung von Stadtpräsident Thomas Rufener, Ressortvorsteher Präsidiales; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Vorerst weise er darauf hin, dass im Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 26. Juni 2014 auf Seite 10 noch ein Textteil aus früheren Versionen enthalten sei, der keine Gültigkeit mehr habe und deshalb ersatzlos zu streichen sei. Es handle sich dabei um die Klammerbemerkung im zweiten Absatz unter dem Titel *"7.1 Finanzierung und Deckungsgrad im Zeitpunkt der Überführung": "... (dieser Aspekt ist auch bei der Vollkapitalisierung zu beachten, wenn keine hinreichenden Wertschwankungsreserven bestehen, siehe unten nächster Absatz). ... "*

Der Zweck der Pensionskasse Langenthal sei in Artikel 2 des Pensionskassenreglements umschrieben¹. Entscheidend sei der Punkt "ohne eigene Rechtspersönlichkeit".

Per Stichtag 31. Dezember 2013 seien der Pensionskasse 24 Arbeitgebende angeschlossen gewesen. Die Heilpädagogische Tagesschule sei auf Beginn dieses Jahres ausgetreten, womit aktuell noch 23 Arbeitgebende angeschlossen seien.

Per Stichtag 31. Dezember 2013 seien 852 Versicherte und 328 Rentenbeziehende ausgewiesen worden. Rund 1/3 dieser Zahlen seien auf die Stadt Langenthal zu beziehen. Die übrigen aktiv Versicherten sowie auch Rentenbeziehenden seien den angeschlossenen Körperschaften angehörend.

¹ **Artikel 2 Pensionskassenreglement** (Zweck):

¹ Die Stadt Langenthal führt für die Arbeitnehmenden die Pensionskasse der Stadt Langenthal.

² Die Pensionskasse ist eine Vorsorgeeinrichtung der Stadt Langenthal, ohne eigene Rechtspersönlichkeit, mit eigener Rechnungsführung und getrennt ausgewiesenem Vermögen.

³ Die Pensionskasse versichert die Arbeitnehmenden der Stadt Langenthal und der angeschlossenen Körperschaften gemäss den Bestimmungen des BVG und nach Massgabe dieses Reglementes gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod.

⁴ Die nebenamtlichen Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Langenthal können ihre Jahresentschädigung bei der Pensionskasse freiwillig versichern lassen.



Die Jahresrechnung 2013 zeige einen Deckungsgrad von 102,2% bei einem technischen Zinssatz von 3,5% auf und sei und unter den reglementarischen Bestimmungen des Leistungsprimats geführt.

Die gemäss den BVG-Vorschriften paritätisch zusammengesetzte Pensionskassenkommission sei mit 4 Arbeitnehmervertretenden und 4 Arbeitgebervertretenden in allen Angelegenheiten der Pensionskasse zuständig. Die Geschäftsführung sei auf Mandatsbasis an die BDO AG Solothurn ausgelagert.

Das verfügbare Vorsorgevermögen sei per Ende 2013 mit Fr. 186 Mio. ausgewiesen worden.

Mit der neuen bundesrechtlichen Vorgabe werde spätestens ab 1. Januar 2015 eine eigenständige Rechtspersönlichkeit verlangt. Es gebe grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Entweder werde eine privatrechtliche Lösung gesucht, wozu eine Stiftung in Frage komme, oder aber eine öffentlich-rechtliche Lösung in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt angestrebt. Art. 48 Abs. 2 BVG beinhalte die Idee, dass die eigene Rechtspersönlichkeit der Pensionskasse unabhängig in Bezug auf politische Einflüsse sein sollte. Eine Statistik über den Gesundheitszustand von Pensionskassen in der Schweiz habe gezeigt, dass unter öffentlichem Recht und damit unter politischem Einfluss stehende Kassen schlechter abgeschnitten haben, als beispielsweise in der Kompetenz von Stiftungsräten geführte Kassen.

Der Gemeinderat beantrage die Projektentwicklung in Richtung Unabhängigkeit voranzutreiben und damit eine privatrechtliche Vorsorgestiftung zu erhalten. Ein dementsprechendes Projekt sei mit einer schlanken Projektorganisation versehen worden. Die Ausgliederung sei ohne Veränderung der inhaltlichen Regelungen bestimmt worden.

In den Vorbemerkungen des Berichts und Antrags des Präsidialamtes vom 26. Juni 2014 sei relativ ausführlich angemerkt, dass im Rahmen des Projektes eine lange Auseinandersetzung über die Notwendigkeit stattgefunden habe. Heute bestehe eine Staatsgarantie. Erst nach langem Hin und Her sei von Seiten der Aufsichtsbehörde bestätigt worden, dass keine Staatsgarantie geleistet werden müsse. Dies aus dem Grund, dass die Pensionskasse nach heutigem, altrechtlichem System seit dem massgebenden Stichtag, nie vom "Grundsatz der Bilanzierung in geschlossenen Kassen" abgewichen sei. Dazu liege eine Bestätigung vom 28. Mai 2014 des PK-Experten in den Akten vor. Im Übrigen sei dies auch der Grund für die Revidierung des Projektfahrplans gewesen. Gemäss ursprünglicher Planung hätte die Vorlage ein Jahr früher gebracht werden sollen. Weil eine verbindliche und klare Stellungnahme zur Staatsgarantie aber erforderlich gewesen sei, sei vorerst eine Verschiebung um ein halbes Jahr in Aussicht gestellt worden, die dann wiederum habe erweitert werden müssen, womit nun nach neuem Zeitplan gearbeitet werde, mit dem allerdings die Bedingungen des Bundesrates erfüllt werden, wonach die Kasse per 1. Januar 2015 ausgegliedert sein müsse.

Rahmenbedingungen für die privatrechtliche Vorsorgestiftung: Im vorliegenden Geschäft werde davon ausgegangen, die städtische Pensionskasse nach ihrer rechtlichen Verselbständigung nach dem Grundsatz der Vollkapitalisierung zu führen, wie dies bereits heute der Fall sei. Bekannt sei, dass das BVG für Pensionskassen der öffentlichen Hand auch eine andere, frei wählbare Lösung vorsehe, nämlich die sogenannte Führung nach dem System der Teilkapitalisierung. Da bei diesem System das Vermögen die Verpflichtungen der Pensionskasse nur zum Teil decke, sei eine Staatsgarantie erforderlich.

Der Gemeinderat sei bei der Formulierung der Regierungsrichtlinien eigentlich davon ausgegangen, keine geschlossene Pensionskasse zu führen, weshalb die Absicht bestanden habe, bei der Ausgliederung einen Deckungsgrad von 100% sicherzustellen, was insbesondere auch den angeschlossenen Arbeitgebenden mit Schreiben vom 25. April 2013 so kommuniziert worden sei. Einen Monat später sei eine Informationsveranstaltung durchgeführt worden, an der erkannt worden sei, dass das Ziel des Deckungsgrades nicht ohne die Berücksichtigung der Primatfrage sowie des technischen Zinssatzes anvisiert werden könne. Damals sei auch zu Tage gekommen, dass es für verschiedene der angeschlossenen Körperschaften nicht einfach wäre, beschlussestechnisch entscheiden zu können.



Der Gemeinderat habe am 12. Juni 2013 seine Absicht widerrufen und beschlossen, dass die Pensionskasse in eine privatrechtliche Vorsorgestiftung zum tatsächlichen, stichtagbezogenen Deckungsgrad zu überführen sei. Da der Deckungsgrad per 31. Dezember 2013 über 100% betragen habe, wäre die Bedingung nicht ausgelöst worden, was aber im Vorhinein nicht bekannt gewesen sei.

Der Gemeinderat halte fest, dass weder die Frage des Primats noch die Frage nach dem technischen Zinssatz Gegenstand der vorliegenden Ausgliederungsvorlage sei. Im Wissen, dass über diese Themen berechtigterweise diskutiert werde, seien sie auch laufend Gegenstand in den Beratungen der Pensionskassenkommission. Obschon die Kommission mit diesem Geschäft direkt eigentlich nichts zu tun habe, setze sie sich mit diesen Fragen natürlich innerhalb ihres Aufgabenbereichs auseinander. Gutachten seien dazu in Auftrag gegeben worden.

Die Höhe des technischen Zinssatzes stehe in direktem Zusammenhang zum Primat. Beim Beitragsprimat habe der technische Zinssatz eigentlich nur für die Rentner eine Bedeutung. Der technische Zinssatz werde eine der zentralen Fragen sein, mit denen sich der künftige Stiftungsrat werde auseinandersetzen müssen.

Die Verantwortung für die geplante Personalvorsorgestiftung liege künftig beim Stiftungsrat. Die Kontaktaufnahme mit den Mitgliedern der aktuellen Pensionskassenkommission führe zum erfreulichen Ergebnis, dass sich die Kommission in Corpore dazu bereit erklärte habe, als erster Stiftungsrat zu amten. Selbstverständlich werde es so sein, dass die Wahl der Stiftungsräte durch die Arbeitgebenden bzw. Arbeitnehmenden mittels den heute schon bekannten Wahlgremien erfolgen werde. Der Stiftungsrat sei als oberstes Organ der Stiftung tätig und konstituiere sich selber. Er werde auch für den Einsatz der Revisionsstelle zuständig sein.

Betreffend die Geschäftsführung sei nach Kontinuität gesucht worden. Demgemäss mache es Sinn, dass die Geschäftsführung - zumindest zu Beginn - von der heutigen Geschäftsführerin (BDO AG Solothurn) übernommen werde. Im Moment betreue das städtische Finanzamt noch Finanzanlagen. Ob dies auch künftig so sein werde, werde vom Stiftungsrat zu entscheiden sein.

Die mit den angeschlossenen Arbeitgebenden bestehenden Anschlussverträge werden grundsätzlich auf die Vorsorgestiftung übergehen. An entsprechend durchgeführten Informationsveranstaltungen sei signalisiert worden, dass der Wille grundsätzlich vorhanden sei, die Mitarbeitenden auch künftig in der Pensionskasse zu versichern. Es sei vorgesehen, dass die Stiftung mit den Arbeitgebenden auf 5 Jahre definierte Verträge abschliessen werde, womit dem Stiftungsrat Zeit eingeräumt werde, um das neue Gefäss formen zu können.

Die Beschlüsse zur Vorlage seien auf mehreren Ebenen zu fassen. Die Fassung des Grundsatzbeschlusses betreffend die Ausgliederung der heutigen Pensionskasse in eine eigenständige Rechtspersönlichkeit liege in der Kompetenz der Stimmberechtigten. Im Rahmen der Ausgliederung seien in der Stadtverfassung notwendige Anpassungen (Aufhebung von Art. 95) vorzunehmen, was ebenfalls von den Stimmberechtigten zu entscheiden sei. Auch die Übertragung der Aktiven und Passiven im Wert von rund Fr. 190 Mio. bedürfe der Zustimmung der Stimmberechtigten.

In der Kompetenz des Stadtrates - allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten der Vorlage zustimmen sowie unter dem Vorbehalt der fakultativen Referendumsmöglichkeit - liege es, die Aufhebung des Pensionskassenreglements sowie die Teilrevision des Personalreglements zu genehmigen sowie den Abstimmungsbotschaftstext an die Stimmberechtigten zu verabschieden.

Dem Gemeinderat werde letztendlich - unter dem Vorbehalt, dass die Beschlüsse zustande kommen - der Vollzug übertragen.

Der Gemeinderat stelle dem Parlament und auch zu Händen der Stimmberechtigten den Antrag, die Pensionskasse der Stadt Langenthal in eine privatrechtliche Vorsorgestiftung per Stichtag 1. Januar 2015 auszugliedern.



GPK-Mitglied Ruth Trachsel (EVP): Die Geschäftsprüfungskommission habe ausführlich über das Geschäft diskutiert und stelle die formelle Richtigkeit der Vorlage fest.

B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

EVP/glp-Fraktion, Christoph Stäger (glp): Die EVP/glp-Fraktion schliesse sich dem Vorschlag des Gemeinderates in allen Punkten an. Unabhängig davon, dass eine Auslagerung der städtischen Pensionskasse aus der Verwaltung auch aus Sicht der EVP/glp-Fraktion generell sinnvoll sei, handle es sich um eine Bundesvorgabe, die so oder so erfüllt werden müsse.

Im vorliegenden Geschäft gehe es einzig um die Wahl der Rechtsform. Auch die EVP/glp-Fraktion beurteile die Form der Stiftung als die beste Lösung. Die Stiftung erlaube eine effiziente Organisation und doch noch eine gewisse Einflussmöglichkeit seitens der Stadt.

Die sorgfältige Abklärung der Frage bezüglich der Staatsgarantie im Vorfeld spreche für die seriöse Vorbereitung des Geschäfts. Das Getue der Experten weise aber auch auf die Komplexität der Materie hin. Die Ausgliederung bedeute eine willkommene Entlastung für die Verwaltung, die nicht Pensionskassenexpertin sei. Die Stadt könne sich mit der Ausgliederung dem politischen Entscheidungsprozess betreffend die Primatfrage zwar entziehen, werde die Finanzierung des Primatwechsels aber trotzdem mitfinanzieren müssen.

Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Grundsatzentscheid, der Abstimmungsbotschaft und den Reglementsänderungen einstimmig zu.

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Auch die SP/GL-Fraktion stelle sich in allen Punkten hinter das Geschäft - wenn auch mit einem gewissen Murren, weil die Stadt aufgrund des Bundesbeschlusses vom 17. Dezember 2010 eigentlich gar keine Wahl habe und zur Ausgliederung gezwungen sei. Dementsprechend bleibe nichts anderes übrig, als eine Pseudowahl zwischen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt oder einer Stiftung zu treffen. Auch die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass die Stiftung die bessere Wahl sei und dass das Geschäft super vorbereitet worden sei.

Das Bundesgesetz über die Pensionskasse sei eigentlich gegen den Willen der Linken geändert worden, um das Beitragsprimat – gegen den Widerstand der Gewerkschaften - durchsetzen zu können. Der enorm grosse Widerstand der Gewerkschaften gegen das Beitragsprimat sei bekannt. Mit der Enddemokratisierung und Entpolitisierung sei der Widerstand der Gewerkschaften problemlos gebrochen worden.

Obwohl keine Gegenwehr möglich sei, stelle sich die SP/GL-Fraktion hinter die vorgeschlagene Lösung, weil im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten nichts Besseres gemacht werden könne. Eine der ersten Übungen des Stiftungsrates werde es wohl sein, das Beitragsprimat gegenüber dem Leistungsprimat durchzusetzen.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Das der Vorlage zugrunde liegende Vorgehen sei voll und ganz im Sinne der FDP/jll/BDP-Fraktion. Stadtrat Paul Bayard weise er darauf hin, dass seit dem Jahr 2007 über die Pensionskasse diskutiert werde, ohne während dieser langen Zeit von Wahlmöglichkeiten Gebrauch gemacht zu haben. Mittlerweile bestehe keine Wahlmöglichkeit mehr, wobei die rechtliche Verselbständigung als auch die Wahl der vorgeschlagenen Stiftung sicher richtig sei.

Aus Sicht der FDP/jll/BDP-Fraktion gebühre dem Finanzamtvorsteher Mark Bucher grosser Dank, dessen Hartnäckigkeit es zu verdanken sei, dass bezüglich der Staatsgarantie schlussendlich der richtige Pfad eingeschlagen worden sei und dass heute ein Papier vorliegend sei, mit dem die Stadt vermutlich einmal Millionen sparen werde.

Die Frage, ob zuerst ausgegliedert oder saniert werden soll, habe sich immer wieder gestellt. Inzwischen sei diese Frage für ihn persönlich nicht mehr so relevant, weil verdankenswerter Weise die heutige Pensionskassenkommission auch der neue Stiftungsrat sein werde, womit sich die Leute mit der Thematik befassen, die die Kasse gut kennen, was für alle Beteiligten sicher ein Vorteil sei.



Persönlich gehe er davon aus, dass die Pensionskasse nur noch dann im Stadtrat oder in politischen Behörden Thema sein werde, wenn es allenfalls später um Sanierungsbeiträge gehe, die im Rahmen eines Wechsels vom Leistungs- ins Beitragsprimat zu leisten seien, oder wenn festgestellt werde, den technischen Zinssatzes im Rahmen einer Kassensanierung senken zu müssen, wozu es Sanierungsbeiträge der Stadt brauchen werde. Er gehe schwer davon aus, dass es sich dabei nicht um gebundene Ausgaben handle, sondern, dass es sich dabei um Sanierungsbeiträge handle, die nach den Bestimmungen der ordentlichen Finanzkompetenzen zu behandeln seien.

Von der FDP/jll/BDP-Fraktion werde die Vorlage in der beantragten Form voll und ganz unterstützt.

SVP-Fraktion, Beat Sterchi (SVP): Die Ausgliederungsvorlage werde auch von der SVP-Fraktion unterstützt. Es sei auch richtig - nicht wie es auf Kantonsebene geschehen sei - kein Gesamtpaket zu schnüren, sondern zuerst die Ausgliederung zu klären, bevor die weiteren Themen angegangen werden. Seiner Meinung nach müsse aber weder der Primatwechsel noch der technische Zinssatz so dringend vorgenommen werden. Er empfehle zuerst einmal zu schauen, wie die Sache laufe und sich vor allem in finanzieller Zurückhaltung zu üben.

Die SVP-Fraktion erachte den Wegfall der Gemeindegarantie als wichtig und die gewählte Rechtsform der Personalvorsorgestiftung als richtig.

Ein bisher noch nicht erwähnter Punkt sei die Zusammensetzung von Verwaltungskommissionen öffentlicher Pensionskassen. Im Langenthaler Stiftungsrat werde künftig nicht nur die Arbeitnehmerseite sondern auch die Arbeitgeberseite durch bei der Pensionskasse versicherte Arbeitnehmer vertreten, wie dies in der heutigen Pensionskassenkommission auch schon der Fall sei. Die SVP-Fraktion fordere die Wahlorgane auf, vermehrt "richtige Arbeitgebervertretende" und nicht unbedingt bei der Pensionskasse Versicherte zu wählen. Dass zuerst in personeller Besetzung der heutigen Pensionskassenkommission weitergefahren werde, sei zwar verständlich, aber mittel- bis langfristig sei die Zusammensetzung des Stiftungsrats mit versicherten Arbeitnehmern aufsichtsrechtlich problematisch.

Die SVP-Fraktion habe keine Änderungen an der Vorlage anzubringen und stimme auch der Fassung des vorliegenden Botschaftstextes an die Stimmberechtigten zu.

Patrick Freudiger (SVP): Manchmal sei es angebracht ein Votum abzugeben, wenn man nicht nur mit dem Ergebnis sondern auch mit der Begründung nicht einverstanden sei.

Vorab halt er fest, der Stadtverwaltung, besonders Mark Bucher, auch seinerseits dafür zu danken, in Kenntnis gesetzt worden zu sein, dass eine Staatsgarantie an sich nicht nötig sei. Dieses Vorgehen zeige, dass nicht nur die Langenthaler Verwaltung gut funktioniere, sondern es sei grundsätzlich ein Beispiel dafür, dass Gemeindeverwaltungen heutzutage sehr gut funktionieren, wie dies vom Nationalratspräsidenten Ruedi Lustenberger in seinem Votum zu Beginn der heutigen Sitzung bereits erwähnt worden sei.

Der Grund, weshalb er die Zeit des Parlaments in Anspruch nehme, liege nicht darin, das Ergebnis in Zweifel zu ziehen, da auch er finde, dass die Form der Stiftung die richtige Rechtsform sei, sondern darin, mit der Begründung nicht einverstanden zu sei. Ihn störe die Begründung, mit welcher die Rechtsform der Stiftung schmackhaft gemacht werden soll. Es werde angeführt, dass es in Bezug auf das öffentliche Beschaffungsrecht gewisse Änderungen gebe. Ehrlicherweise stelle er sich die Frage, ob die künftige Stiftung je einmal ein Geschäft tätigen werde, das vom Schwellenwert her unter das Beschaffungsrecht fallen werde, welches im Übrigen aus dem Jahre 2002 und nicht aus dem Jahre 2012 stamme, wie im Abstimmungsbotschaftstext (Seite 8) fälschlicherweise festhalten sei. Da er davon ausgehe, dass die Stadtverwaltung in der Lage sei, ihren Schreibfehler auch ohne stadträtlichen Beschluss zu korrigieren, verzichte er darauf, einen entsprechenden Antrag zur Korrektur des Fehlers im Text zu stellen. Weiter werden Änderungen im Beschwerdeverfahren angeführt. Auch dazu stelle er sich die Frage, ob im hochregulierten Prozessrecht – namentlich in Bezug auf die Personalvorsorge – ernsthaft die Ansicht vertreten werde, dass es größere Änderungen geben könnte, was er bezweifle.



Das Kriterium der politischen Einflussnahme sei der Hauptgrund dafür, die Pensionskasse in eine Stiftung und nicht in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführen zu wollen. In der Begründung des Bericht und Antrag zu lesen, dass eine Wahl zur Überführung in eine Anstalt möglicherweise dazu führen könnte, dass nicht nur sachliche, sondern auch politische Gesichtspunkte eine Rolle spielen würden, habe ihm zu denken gegeben, weil diese Aussage den Anschein erwecke, als ob in der Politik nie über die Sache diskutiert werde. Zu lesen sei auch, dass vielleicht tagesaktuelle Themen eine Rolle spielen könnten, die einer sachgemässen Entscheidung entgegenstehen würden. Auf der einen Seite sei – auch seiner Meinung nach – die sachlich richtige Entscheidung getroffen worden. Im Gegensatz dazu liege aber eine politische Entscheidung vor, die dann aber implizit sachlich falsch sein soll. Eine solche Abqualifizierung politischer Behörden, namentlich den Stadtrat quasi als politischen Schädling zu bezeichnen, halte er persönlich für unangebracht und falsch.

Wer sich das Beispiel IBL anschau, die heute eine öffentlich-rechtliche Anstalt sei, müsse sagen, dass sich die IBL nicht fürchten müsse, in zu engen politischen Fesseln zu stecken. Im Gegenteil. Vor nicht all zu langer Zeit sei über eine gewisse Liberalisierungsvorlage in Art. 5 des Organisations- und Gebührenreglements der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) abgestimmt worden. Der Vorlage sei schlank und problemlos zugestimmt worden. Die Abgeltung der IBL an die Stadt sei sehr grosszügig zu Gunsten der IBL bemessen. Demgemäss bestehe kein Grund dafür, das Gefühl zu haben, dass der Stadtrat eine Behörde sei, die eine ausgegliederte Einheit einfach so aus Spass und ohne Not in enge Fesseln lege. Diese Argumentation sei störend. Störend vor allem auch, weil mit der Anstaltsform die Verselbständigung einhergehen soll. Wie Stadtrat Paul Bayard bereits erwähnt habe, soll der Einfluss der Politik etwas zurück gebunden werden. Demgemäss sei es nicht so, dass die Politik einfach alles und jedes mitbestimmen könne, weil dadurch mehr Autonomie entstehe. Der Unterschied liege darin, dass in einer Anstalt auf Gemeindeebene die Möglichkeit bestehe, mittels Reglementsänderung vermehrt Einfluss zu nehmen, was aber nicht grundsätzlich schlecht sein müsse.

Der Gemeinderat hätte es sich auch einfacher machen können, indem er in der Begründung anstatt den Stadtrat abzuqualifizieren, darauf hätte hinweisen können, dass das Führen der Pensionskasse an sich gar keine öffentliche Aufgabe im engeren Sinn sei und dass die Stadt Langenthal in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeberin tätig sei. Es gelte sich tatsächlich die Frage zu stellen, ob da, wo keine Aufgabe im engeren Sinn vorliege, es richtig wäre, eine öffentlich-rechtliche Organisationsform zu wählen, die eigentlich gemacht sei, um staatliche Aufgaben wahrzunehmen. Weil er glaube, dass die öffentlich-rechtliche Organisationsform im vorliegenden Fall nicht richtig wäre, sei er im Ergebnis der Meinung, dass die Stiftung die richtige Rechtsform sei - ohne jedoch dafür votieren zu wollen, dass die politische Behörde grundsätzlich einfache und unsachliche Motive vor Augen habe.

Pascal Dietrich (IU): Die Schweiz sei seiner Ansicht nach eine Erfolgsgeschichte. Ein Faktor dafür sei die direkte Demokratie, die gelebt werde und keine Alibiübung darstelle. Allen sei es möglich, politisch zu partizipieren, mitzuentcheiden, zu wählen, abzustimmen, was er schön finde. Obschon damit vielleicht nicht immer die beste Lösung garantiert werden könne, seien die Leute damit zufrieden - seiner Meinung nach zufriedener, als in allen anderen Systemen, weil das was passiere, eben eigenbestimmt und nicht fremdbestimmt passiere. Das gelte seiner Meinung nach auf nationaler, kantonaler und auch auf kommunaler Ebene. National werde ja genau dieser Fragenkatalog momentan heftig diskutiert (Stichworte: EU; EMRK; Strassburger Richter im Zusammenhang mit der geplanten Lancierung einer SVP-Initiative, das Landesrecht vor das Völkerrecht stellen zu wollen.) Wer sich nun frage, was seine Äusserungen mit der städtischen Pensionskasse zu tun haben sollen, dem antworte er, "sehr viel!" und verweise dabei auf den fettgedruckten Text auf Seite 18 im Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 26. Juni 2014: **"Mit der rechtlichen Verselbständigung der städtischen Pensionskasse wird die politische Einflussnahme auf die Vorsorgeeinrichtung reduziert."** Anstelle des euphemistischen Wortes "reduziert" wäre seiner Meinung nach das Wort "aufgehoben" zu verwenden.



Mit der Vorlage werde gewollt auf die Politik und somit auf die Mitsprache demokratisch gewählter Leute (Volksvertreter) verzichtet, weil diese offenbar stören, was auf diffuse Art und Weise angedeutet werde. Persönlich halte er dieses Vorgehen für falsch. Er sei sich – wie bereits erwähnt – sicher, dass die Zufriedenheit und die Akzeptanz immer höher sei, wenn ein Mitreden und Mitentscheiden möglich sei. Er behaupte aber nicht, dass die Resultate damit besser seien, glaube aber auch nicht, dass sie klar schlechter seien. Es gebe genug Beispiele dafür, dass auch bei komplexen und technischen Geschäften von so genannten Experten und Fachleuten nicht bessere Gesetze, Reglemente oder Ergebnisse zu Wege gebracht worden seien, als von "normalen", vernünftigen Leute mit einer gewissen Lebenserfahrung, wie man sie zum Beispiel im Stadtparlament Langenthal finde.

Entpolitisierung finde er natürlich auch in anderen Bereichen störend. Anders als vor 20 Jahren könne heute ein Gemeindeparlamentarier zum Sozialwesen eigentlich sozusagen überhaupt nichts mehr sagen. Klar sei, dass es noch andere Faktoren gebe, die in Rechnung gestellt werden müssen. Das Umfeld (übergeordnete Gesetze; in Bezug auf die IBL die Liberalisierung etc.) mache es möglicherweise auch schwierig, so weiterzufahren wie bisher. Auch der städtischen Pensionskasse werde per Bundesgesetz eine Änderung vorgeschrieben. An dieser Stelle weise er Stadtrat Paul Bayard darauf hin, dass es natürlich schon eine Wahl geben würde, namentlich die, dass auch die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt gewählt werden könnte. Im Text auf Seite 9 im Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 26. Juni 2014 sei dazu festgehalten: *"Bei dieser Rechtsform sind nämlich wesentliche Regelungen in einem Rechtserlass des Stadtrates (Reglement) zu regeln und müssen damit in einem politischen Meinungsbildungsprozess erarbeitet werden ..."*. Genau dieses Vorgehen werde als demokratisch bezeichnet, was genau das sei, was er persönlich möchte. Er erachte es auch nicht als völlig daneben, dass die Stadt Thun, die mit Langenthal vergleichbar sei, es so gemacht habe und frage sich, weshalb das Thema nicht noch einmal näher geprüft werde, zumal aus den Akten diesbezüglich nicht viel Stichhaltiges zu erfahren sei. Ohne das von Stadtrat Patrick Freudiger Gesagte wiederholen zu wollen, halte auch er insbesondere die Aussage im Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 26. Juni 2014 in Bezug auf die politischen Einflussmöglichkeiten auf tagesaktuelle Themen, eher als unwahrscheinlich und kaum gefährlich.

Seiner Ansicht nach gebe es keine stichhaltigen Argumente, die gegen eine öffentlich-rechtliche Anstalt sprechen. Demgemäss hätte er es gerne gesehen, wenn eine vertieftere Prüfung dazu stattgefunden hätte. Da ihm aber bereits signalisiert worden sei, dass sich auch im Stadtrat offenbar niemand gegen die Selbstkastration stellen wolle, verzichte er auf eine entsprechende Antragstellung. Er persönlich werde auf jeden Fall nicht für seine Selbstentmachtung stimmen.

Abschliessend merke er an, dass im Zuge der neuen Rechtsform der Primatwechsel schon bald einmal thematisiert werde. Bei diesem Primatwechsel werde das Parlament dann wieder gefordert sei, weil dieser nämlich kosten werde. Die Stadt werde sehr wahrscheinlich Geld in die Finger nehmen müssen, was ziemlich sicher vom Stadtrat genehmigt werden müsse. Damit lasse sich das Fazit ziehen, dass die Politik - deren Mitsprache offenbar vom Teufel sein soll – nichts mehr zu sagen habe, dass deren Meinung aber wiederum gut genug sei, sobald es darum gehe, etwas zu bezahlen zu müssen. Weil er dabei nicht mitmachen wolle, lehne er die Vorlage ab.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Selbstverständlich sei er dankbar, wenn Leute aus der Verwaltung insistieren. Noch dankbarer wäre er, wenn die privat gewählten Fachleute, die teuer bezahlt werden, ihren Job erledigen würden. Diese Einleitung liefere nicht nur einen Hinweis darauf, wie viel Zeit, die Erarbeitung der Vorlage in Anspruch genommen habe, sondern sollte auch gewisse Leute - die sich jeweils zu entsprechenden Äusserungen veranlasst sehen – anregen, etwas in sich zu gehen.

Die Zusammensetzung des Stiftungsrates gestalte sich nicht so einfach, weil es zum Teil schwierig sei, überhaupt Leute dafür zu finden. Auch der bestehende Anspruch von aussen korrigierend auf die Kommissionsarbeit einwirken zu können, ohne entsprechende Verantwortung dafür übernehmen zu wollen, vereinfache die personelle Besetzung nicht.



Wer den Eindruck habe, dass die Qualität des Parlaments mit der Vorlage in irgendeiner Weise in Frage gestellt werden soll, liege falsch. Er rufe in Erinnerung, dass die Pensionskassen bereits verschiedene Arten von Einflüssen erlebt haben. Früher als es den Kassen noch besser gegangen sei, sei beispielsweise sogar probiert worden, damit sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Dies sei ein politischer Einfluss, der heute nicht mehr am Platz sei, weil die Pensionskasse die klare Aufgabe habe, die Renten der Versicherten zu sichern.

III Abstimmung:

C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem:

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 34 Abs. 1 Ziff. 1 sowie Art. 35 Abs. 5 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 18. August 2014

beschliesst:

1. Der Ausgliederung der Pensionskasse der Stadt Langenthal in die Stiftung "Pensionskasse der Stadt Langenthal" per 31. Dezember 2014 wird zugestimmt.
2. Der Teilrevision der Stadtverfassung gemäss Anhang (Streichung von Art. 95) wird zugestimmt.
3. Der Übertragung der Aktiven und Passiven der bisherigen städtischen Pensionskasse (rund Fr. 190 Mio., die definitiven Werte ergeben sich aus der Rechnung der städtischen Pensionskasse per 31. Dezember 2014) an die Stiftung "Pensionskasse Stadt Langenthal" wird zugestimmt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und in diesem Rahmen ermächtigt, alle Rechtshandlungen zur Umsetzung der obengenannten Beschlüsse vorzunehmen.

D Abstimmung über die Reglementsanpassung respektive die Reglementsauflhebung (Beschlussesentwurf Ziffer II.):

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts und Antrag vom 2. Juli 2014 beschliesst, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums und unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten den Gemeindebeschluss gemäss Ziff. I beschliessen:

1. Der Teilrevision des Personalreglements vom 26. Mai 1997 (Änderung der Artikel 27, 49 und 59) sowie der Aufhebung des Pensionskassenreglements vom 19. November 2009 (gemäss Änderungserlass, im Entwurf vom 2. Juli 2014) wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. September 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer III.):

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass auf eine Beratung des im Entwurf vom 28. Mai 2014 vorliegenden Botschaftstextes verzichtet wird und bittet um Abgabe der Stimme zu **Ziffer III. des Beschlussesentwurfs**:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

III. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 beschliesst:

1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

5. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Ersatzwahl für den per 31. August 2014 zurücktretenden Bärtschi Matthias [BDP])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Die FDP/jll/BDP-Fraktion schlägt Frau Beatrice Lüthi, (FDP), Fürsprecherin, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Geschäftsprüfungskommission vor.

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung)¹:

Beatrice Lüthi, (FDP), Fürsprecherin wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Anmerkung der Protokollführung: 1 Stadtratsmitglied ist während der Abstimmung nicht im Saal anwesend



6. Motion Graf Baumgartner Barbara und Greber Beatrice (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2014: Förderung von gemeinnützigem Wohnbau; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): Mit der Motion werde vom Gemeinderat einerseits verlangt, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern und andererseits bei Veräusserungen von städtischen Liegenschaften gemeinnützige Wohnbauträger mit einzubeziehen. Begründet seien diese Forderungen mit dem bernischen Gesetz über die Förderung von preisgünstigen Mietwohnungsangeboten (PMG), welches per Ende 2014 auslaufe.

Seit einigen Jahren seien in Langenthal keine Anzeichen einer Wohnungsnot festzustellen. Über eine Wohnungsnot könne bekanntlich gesprochen werden, wenn der Leerwohnungsbestand unter 1% falle. Per Ende 2012 habe der Leerwohnungsbestand im Kanton Bern ca. 1,12%, im Oberaargau 2,67% betragen. Per Ende 2013 habe der Leerwohnungsbestand in Langenthal 1,46% betragen. In den grösseren Städten im Kanton Bern sehe das Bild völlig anders aus. Der Bestand liege dort weit unter 1%. Schweizweit werde von einem sehr knappen Wert gesprochen, nämlich von 0,96%. Festgestellt werden könne, dass in den umliegenden Gemeinden überdurchschnittlich viele Leerwohnungen vorhanden seien. Damit könnte ein aufkommender Nachfragedruck auch in den Nachbargemeinden aufgefangen werden. Die Mietzinse in Langenthal seien im Vergleich mit dem schweizerischen Durchschnitt rund 17% tiefer.

Weiter lasse sich feststellen, dass ein Angebotsmarkt vorhanden sei. Auf den bekannten Internetportalen sowie in den Lokalzeitungen seien immer wieder Inserate zu finden. Die beworbenen Objekte seien relativ gleichmässig über alle Preissegmente verteilt, womit die Behauptung, dass es nur Wohnungen im oberen Preissegment gebe, nicht zutreffe. 41% der Wohnungen liege im Mietzinsbereich von Fr. 1'400.00 für eine 4-Zimmer-Wohnung. In letzter Zeit seien insbesondere im Mietwohnungsbereich Neubauten entstanden oder werden entstehen. Obschon diese im oberen Mietsegment liegen, könne damit eine Verschiebung stattfinden, weil die Bevölkerung nicht gleich schnell wachse wie das Angebot an Neuwohnungen, so dass sich der Eine oder Andere allenfalls eine Neuwohnung oder eine teurere Wohnung leisten könne, womit wieder eine günstigere Wohnung frei werde.

Die Wohnungspreise bzw. der Wohnungsmarkt werde von der Wirtschaftslage als auch von der Zuwanderung beeinflusst. Beide Faktoren seien natürlich mit Unsicherheiten behaftet, würden aber im Falle einer Abschwächung eine entlastende Wirkung auf den Mietwohnungsmarkt ausüben. In Langenthal seien Flächen auf denen sich günstiger Wohnraum realisieren liesse nicht in hohem Masse verfügbar. Auch Baulandreserven seien in weiten Teilen bereits überbaut. Dieser Zustand könnte sich längerfristig preistreibend auswirken. Falls der Leerwohnungsbestand noch sinken würde, würde sich eine Wohnungsnot anbahnen. Obwohl zur Zeit eine Entwicklung in diese Richtung nicht feststellbar sei, werde und müsse der Leerwohnungsbestand im Auge behalten werden.

Die Stadt fördere gemeinnützigen Wohnbau bereits heute, indem sie zinsgünstige Darlehen vergeben habe und auch Beteiligungen an den vorhandenen Trägern (Baugenossenschaft Freiland und Wohnbaugesellschaft Langeten AG) halte. Wenn die Förderung von gemeinnützigem Wohnbau Sinn mache und wenn die Stadt, die nur eine beschränkte Anzahl geeigneter Liegenschaften in ihrem Besitz habe, die sie auf den Markt bringen könnte, dann würde die Stadt die bereits erwähnten Träger ansprechen oder die Stadt würde von den Trägern angesprochen, was im Übrigen auch schon passiert sei.

Aus all den genannten Gründen empfehle der Gemeinderat die Motion einerseits als Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren und diese abzulehnen. Auch bei einer allfälligen Wandelung der Motion in ein Postulat empfehle der Gemeinderat den Vorstoss abzulehnen.



Motionärin Barbara Graf Baumgartner (SP): Für die Erläuterungen zu den Mietwohnungspreisen und für die Bezifferung des Leerwohnungsbestandes in der Stadt Langenthal danke sie Gemeinderat Jürg Häusler. Sie danke auch allen, die sich mit der familien- und sozialpolitischen Motion auseinandergesetzt haben. Sie nehme zur Kenntnis, dass der Gemeinderat keine weiteren Konsequenzen zu ziehen sehe, obschon die bewusst offene Formulierung der Motion viel Handlungsspielraum bieten würde. Selbst bei einer hohen Leerwohnungsziffer habe der gemeinnützige Wohnungsbau eine Bedeutung für die Stadt. Gemeinnütziger Wohnungsbau könne von einer Genossenschaft, einer Stiftung, einer Unternehmensgenossenschaft oder einer Aktiengesellschaft betrieben werden.

Die Motion habe zum Ziel, dem gemeinnützigen Wohnungsbau im Siedlungsrichtplan der Stadt Langenthal eine besondere Beachtung zu schenken. Alle Langenthalerinnen und Langenthaler, die sich mit dem Siedlungsrichtplan auseinandersetzen, würden sich fragen, wie sie eigentlich wohnen möchten. Es gebe Kinder, die ihre betagten Eltern in der Nähe haben möchten. Es gebe Patchwork-Familien sowie getrennt lebende Eltern, die ihre Kinder abwechselnd betreuen und gerne nahe beieinander, in einer preisgünstigen und gut unterhaltenen Wohnung leben möchten. Der Wunsch vieler Langenthalerinnen und Langenthaler sei es, in einer sozial durchmischten Umgebung zu wohnen, was mit gemeinnützigem Wohnungsbau gefördert und ermöglicht werden könne.

Gemäss Aussage von Gemeinderat Jürg Häusler werde die Baugenossenschaft Freiland und die Wohnbaugesellschaft Langeten AG bereits berücksichtigt. Sie frage sich, ob dies aber wirklich im Siedlungsrichtplan berücksichtigt werde?

Stadträtin Beatrice Greber als auch ihr sei es wichtig zu betonen, dass auch günstiger Wohnraum gut unterhalten sein müsse. Das lukrative Geschäft mit der Vermietung verwahrloster Wohnungen sollte auch in Langenthal Konkurrenz erhalten. Es wäre gut, wenn Vermieter von schlecht unterhaltenen Wohnungen sich etwas überlegen müssten.

Als Fraktionssprecherin der SP/GL-Fraktion zu diesem Geschäft teile sie mit, dass die SP/GL-Fraktion einstimmig hinter der Motion stehe und somit den Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Vorstosses nicht unterstütze.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Michael Witschi (FDP): Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates und lehne die Erheblicherklärung der Motion ab.

EVP/glp-Fraktion, Rahel Lanz (EVP): In der EVP/glp-Fraktion sei man sich grundsätzlich einig, dass das Anliegen, gemeinnützigen Wohnraum zu fördern, unterstützungswürdig sei. Laut Bericht des Finanzamtes vom 10. Juni 2014 sowie den Ausführungen des Gemeinderates werde gemeinnütziger Wohnbau von der Stadt bereits aktiv unterstützt. Gemeinderat Jürg Häusler habe auch erwähnt, dass der Leerwohnungsbestand in Langenthal mit Angeboten in allen Preisklassen und allen Grössen sehr hoch sei, weshalb auch die EVP/glp-Fraktion der Meinung sei, dass im Moment kein Handlungsbedarf gegeben sei.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates auf Nichterheblicherklärung der Motion grossmehrheitlich. Auch im Falle der Wandelung der Motion in ein Postulat folge die EVP/glp-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates und würde grossmehrheitlich gegen die Erheblicherklärung stimmen. Dies aus dem Grund, dass mit Bericht des Finanzamtes vom 10. Juni 2014 bereits eine Stellungnahme vorliege, die auf genügenden Abklärungen basiere.

Motionärin Beatrice Greber (SP): Langenthal bezeichne sich sehr gerne als "Wohnstadt". In Langenthal werde viel zur Attraktivierung des Wohnraums unternommen. In einer attraktiven Stadt müsse aber auch günstiger Wohnraum zur Verfügung stehen, weil sich nicht alle teuren Wohnraum leisten können. Gemeinnützige Wohnmöglichkeiten für Familien und Wohngemeinschaften für Jung und Alt müssen in einer Stadt wie Langenthal vorhanden sein. In vielen Städten seien die Mietzinsen sehr hoch und weiter steigend. Die gewinnorientierte Bautätigkeit nehme auch in Langenthal zu. Deshalb müsse aus nachhaltiger Sicht auch die gemeinnützige Bautätigkeit beachtet und gefördert werden.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

Weil das das bernische Gesetz über die Förderung von preisgünstigen Mietwohnungsangeboten (PMG) per Ende 2014 auslaufe, sollte von der Stadt bewusst mehr Verantwortung übernommen werden.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Die Motion Graf Baumgartner Barbara und Greber Beatrice (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2014: Förderung von gemeinnützigem Wohnbau wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.

II. Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Motion Graf Baumgartner Barbara und Greber Beatrice (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2014: Förderung von gemeinnützigem Wohnbau wird nicht erheblich erklärt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Postulat Dietrich Pascal und Felber Lukas (beide jll) und einer Mitunterzeichnenden vom 12. Mai 2014: Attraktive Innenstadt; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Der Gemeinderat sei klar der Meinung, dass das Postulat abzulehnen sei. Wenn auch die Haltung des Gemeinderats nicht vordergründig auf finanzpolitischen Überlegungen basiere, so hätten diese aber dennoch einen gewissen Einfluss auf die Beurteilung genommen. Auch die vor Kurzem in Form eines Richtplans erarbeitete Verkehrsplanung, welche im Jahre 2012 in Rechtskraft erwachsen sei, habe bei der Beurteilung eine Rolle gespielt.

Die Begründung des Postulats enthalte grundsätzliche Bedenken, wonach die Richtigkeit von Begegnungszonen in Frage gestellt werde sowie die Forderung, dass eine Überprüfung neuer Varianten und Alternativen durchgeführt werden soll.

Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass zeitlich beschränkte Änderungen am Verkehrsregime grundsätzlich - und die Beschränkung der Durchfahrtszeiten des Individualverkehrs insbesondere - problematisch seien. Eine zeitliche Beschränkung des Individualverkehrs wäre nur mit Sperrungen vor Ort möglich und würde erfordern, dass jeweils alle Zugangsstrassen zur Stadt mit den entsprechenden Sperrungsinformationen beschildert werden müssten. Inwiefern es zur Attraktivität einer Stadt beitrage - wenn Leute, die beispielsweise am Samstag in die Stadt fahren wollen, feststellen müssten, dass das Stadtzentrum gesperrt sei - sei fraglich. Zudem würde die vorgeschlagene Pollerlösung auch entsprechende bauliche Massnahmen voraussetzen.

Die Stadt verfüge über einschlägige Erfahrungen in Bezug auf Sperrungen für Anlässe aller Art (Märkte, City-Athletics etc. etc). Insbesondere wegen den erforderlichen Umleitungen des öffentlichen Verkehrs seien Sperrungen relativ aufwändig. Auch die praktische Umsetzungsmöglichkeit eines flexiblen Pollersystems, mit dem die Linienführung des Ortsbusses nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden müsse, werfe Fragen auf.

Der Gemeinderat finde das Anliegen problematisch und lade das Parlament ein, den Prüfungsauftrag nicht zu unterstützen.

Im Übrigen habe kürzlich die Erfahrung gemacht werden können, was es heisse, wenn die Aarwangenstrasse für längere Zeit gesperrt (Ersatz Werkleitungen) sei. Die Sperrung habe zu Umleitungen geführt, womit unter anderem die Waldhofstrasse überlastet gewesen sei. Die Waldhofstrasse und die St. Urbanstrasse seien momentan Teil eines Sanierungsprojektes des Kantons mit einem voraussichtlich geplanten Realisierungsziel in den Jahren 2018 – 2022. Dabei gehe es auch um den Verkehrsknoten beim Spital, bei dem sich der Verkehr immer wieder rückstauet. Der Gemeinderat sei der Meinung, dass eine partielle Sperrung der Innenstadt der Verkehrsorganisation der Stadt nicht förderlich sei. Selbstverständlich erachte es auch der Gemeinderat als verlockend, wenn die guten Umfahrungsmöglichkeiten einfach und patentmässig bereit gestellt werden könnten, um die Innenstadt verkehrsfrei zu halten, was im Übrigen aber nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile mit sich bringen würde.

Der Gemeinderat vertrete die Auffassung, dass teilzeitlich befristete Regimeänderungen zu Verwirrungen führen würden und dass mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Speziallösungen zu kostenintensive und zu zeitaufwändige Übungen verbunden wären. In diesem Sinne beantrage der Gemeinderat dem Parlament das Postulat zur Ablehnung.



Postulant Pascal Dietrich (jll): Einmal mehr gehe es um einen jll-Vorstoss, bei dem sich zwischen ihm und dem Stadtpräsidenten Thomas Rufener sicher keine Einigung erzielen lasse. Es gehe darum, dass Langenthal eine schöne Märitgasse habe – in die seiner Meinung nach auch noch ein Wasserspiel passen würde – die als Fussgängerzone gestaltet sei – was im Übrigen auf Initiative der Jungliberalen im Jahre 1994 zurückzuführen sei. Langenthal habe auch einen Wuhrplatz – der in Bezug auf das Wasser auch viel zu reden gegeben habe – der insgesamt betrachtet aber auch schön sei. Dazwischen befinde sich die untere Märitgasse mit dem Übergang über die Verkehrs-Hauptachse (Bären), die wohl unbestrittenermassen von niemandem als optimal bezeichnet werde.

Als bekannt geworden sei, dass der Gemeinderat – der auch schon in der Jurastrasse und in der unteren Märitgasse eine Begegnungszone eingerichtet habe, deren Richtigkeit in Bezug auf die Einhaltung der Angaben der Polizeidirektion des Kantons Bern im Übrigen seiner Meinung nach überprüft werden müsste – schon wieder eine Begegnungszone in besagter Hauptachse beim Bären einrichten wolle, sei es ihm und Stadtrat Lukas fast etwas schwarz vor Augen geworden. Dass er und Stadtrat Lukas Felber Begegnungszonen für untauglich halten, sei kein Geheimnis. Sie hätten sich deshalb daran gemacht, nach Alternativen zu suchen. Ob die vorgeschlagene Poller-Lösung das Gelbe vom Ei sei, sei dahingestellt. Es sei zumindest eine Idee, wie das Zentrum attraktiver gestaltet werden könnte, ohne eine neue Begegnungszone zu schaffen. Anders als der Stadtpräsident sei er schon der Meinung, dass damit ein Beitrag zur Attraktivität der Stadt geleistet würde, zumal zumindest er und Stadtrat Lukas Felber nicht daran interessiert seien, die Stadt für diejenigen zu attraktivieren, die die Stadt nur durchfahren wollen. Mit dem Anliegen werde beabsichtigt, die Stadt für die in der Stadt Verweilenden zu attraktivieren – zumindest zu den im Postulat erwähnten Zeiten, was im Übrigen auch für den Vorschlag spreche, weil mit der Begegnungszone 7 Tage die Woche und 24 Stunden am Tag die Höchstgeschwindigkeit von 20km/h und der theoretische Vortritt aller Fussgänger gelte. Wenn er sich die Situation in der Jurastrasse vor Augen führe, dann frage er sich schon, ob wirklich noch eine allgemeine Begeisterung für die Begegnungszone dort herrsche. Er glaube, dass es viel gescheiter wäre, das Regime während den Geschäftsöffnungszeiten auf der Hauptachse (Bären) so zu belassen wie es sei, dafür als Ausgleich in der warmen und lauen Sommerzeit (abends/nachts, an Wochenenden) den Bereich für den Individualverkehr zu sperren, um ein Verweilen an dieser Stelle zu ermöglichen und um Veranstaltungen durchführen zu können.

Er danke der Verwaltung für das Verfassen der an sich fundierten Stellungnahme. Nicht ganz nachvollziehbar finde er die Aussage: *"Das könnte zu mühsamen und unübersichtlichen Wendemanövern vor dem Hotel Bären führen."* Diese Situation könne nicht eintreten, weil die Idee des Postulats darin bestehe, die Standorte der Poller so zu wählen, dass Leute, die erst vor dem Bären merken, dass eine Durchfahrt nicht möglich sei, durch die Farbgasse weiterfahren könnten.

Nicht nachvollziehbar sei auch die Aussage: *"... würde sich der Verkehr während der Zeit der Schliessung, insbesondere in den Stosszeiten auf der Waldhofstrasse stauen,..."* Von einem Einsatz von Pollern während der Stosszeiten, sei im Postulat überhaupt keine Rede. Wie bereits erwähnt, soll zu den Stosszeiten – im Sinne des Postulats – das heute geltende Regime beibehalten werden, um nicht eine Begegnungszone zu haben, in der immer nur 20km/h gefahren werden könne, was während der Stosszeiten sowieso in einem Chaos enden würde.

Immerhin sei im Bericht verdankenswerter Weise festgehalten: *"Die Möglichkeit, die Innenstadt zu gewissen Zeiten mit den vorgeschlagenen Massnahmen zu sperren, würde vom Amt für öffentliche Sicherheit grundsätzlich begrüsst."*

Im Wissen, dass die Sympathie zum Vorstoss nicht überwältigend sein werde, bitte er trotzdem darum, sich das Anliegen nochmal zu überlegen und dem Postulat zuzustimmen, womit ein Auftrag zur Prüfung von Alternativen anstelle der Einrichtung einer Begegnungszone ausgelöst würde, was vielleicht dazu führe, dass das Stadtbauamt allenfalls eine bessere Lösung habe, als Poller anzubringen.



Der Anmerkung des Stadtpräsidenten in Bezug auf finanzpolitische Gründen halte er entgegen, gerne zu erfahren, was denn die Einrichtung einer Begegnungszone kosten würde, zumal die Vorgaben der kantonalen Polizeidirektion diesbezüglich ganz klar seien und es nicht damit getan sei, einfach Schilder aufzustellen. Als ehemaliges Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit (KöS) seien ihm die Kriterien bekannt. In der KöS sei diese Thematik bereits im Zusammenhang mit der Jurastrasse genau angeschaut worden. Schon damals sei man in der KöS der Meinung gewesen, dass die Kriterien schon für die Jurastrasse nicht erfüllt seien. Die Kriterien im Bereich der Hauptachse (Bären) erfüllen zu können, sei seiner Ansicht ebenso problematisch, was ihn vermuten lasse, dass eine Million Franken zur Einrichtung einer konformen Begegnungszone an dieser Stelle nicht ausreiche. Aus finanzpolitischen Gründen sei eine Begegnungszone somit sicher nicht besser!

FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Die FDP/jll/BDP-Fraktion stehe voll hinter dem Postulat und den Postulaten aber nur deshalb, weil die FDP/jll/BDP-Fraktion keine Begegnungszonen wolle!

Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion sehe im Vorschlag der Postulanten, Poller anzubringen, keine Lösung. Die die FDP/jll/BDP-Fraktion verstehe die Argumentation des Gemeinderats – zumindest in Bezug darauf, keine Lösung dieser Art prüfen zu wollen - und müsse ihre jll-Kollegen damit quasi im Regen stehen lassen.

Namens der FDP/jll/BDP-Fraktion halte er klar fest, keine Begegnungszone zu wollen und einen möglichen Lösungsansatz eher in der Art eines zeitlich beschränkten Verkehrsregimes zu sehen.

SP/GL-Fraktion, Matthias Wüthrich (GL): Veränderungen beanspruchen Zeit und seien meistens nicht beliebt. Im Verkehrsregime aus dem Jahre 2012 sei vorgesehen, dass die Hauptachse nicht mehr durch das Zentrum führe und dass in der Stadt ein Miteinander mit dem Langsamverkehr stattfinde. Die SP/GL-Fraktion sei grossmehrheitlich gegen das Postulat und unterstütze den Antrag des Gemeinderates.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Das Postulat mit den darin geforderten Rahmenbedingungen werde von der SVP-Fraktion nicht unterstützt.

EVP/glp-Fraktion, Daniel Steiner (EVP): Es gebe wohl kaum jemanden, der sich nicht eine mediterran angehauchte Innenstadt vorstellen möchte, worin einem ein laues Lüftchen durch die Haare wehe, wenn man in einem Café sitze oder einem Anlass lausche. Obwohl dies alles gut töne, lehne die EVP/glp-Fraktion den Vorstoss ab. Die EVP/glp-Fraktion sei mit der heutigen Situation zufrieden und der Ansicht, dass für Anlässe bereits heute mit Abschränkungen und Umleitungen eine Lösung gefunden werde. Eine versenkbare Pollerlösung sei dazu nicht nötig.

Samuel Köhli (SP): Die Stadträte Lukas Felber und Pascal Dietrich scheinen sich oft vor dem Bären zu befinden, wogegen er persönlich sich beim Chrämerhuus aufzuhalten pflege, was ihn zur Feststellung führe, dass die Begegnungszone in der Jurastrasse sehr wohl und sehr gut funktioniere. Wenn zu Stosszeiten die die getunten Wagen mit aufgedrehten Stereoanlagen vorbeifahren, fühle er sich immer in den mediterranen Raum versetzt. Obwohl er persönlich kein Autofan sei und selber keine getunte Karre brauche, finde er das, was dort abgehe nicht störend, weil es funktioniere, weil dann, wenn viele Leute unterwegs seien, sich die Autofahrer an Tempo 20 halten. In entscheidenden Momenten fahre selten ein Autofahrer zu schnell. Zu schnell gefahren werde eher früh morgens, wenn es neblig oder nasskalt sei und wenn niemand unterwegs sei.

Karin Rickli (GL): Die Idee der beiden Herren werde von ihr unterstützt, obwohl sie trotzdem für die Einrichtung einer Begegnungszone sei.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Als Stadtpräsident verfüge er im Stadtrat über kein Stimmrecht, weshalb es auch nicht erforderlich sei, mit Stadtrat Pascal Dietrich einig zu sein. Ausserdem sei er zwischenzeitlich auch nicht zum Fraktionssprecher der SVP-Fraktion geworden.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

In Bezug auf die Kosten, gelte es zu bedenken, dass die Einführung des Verkehrsregimes allenfalls im Zusammenhang mit einem Umbau des Strassenabschnittes zwischen dem Spitalplatz und der Innenstadt geplant werde. Der Gemeinderat gehe davon aus, den Bodenbelag zu prüfen, weil gesagt worden sei, dass die Innenstadt mit der typischen Pflasterung markiert werden soll, wozu aber noch kein Entscheid gefallen sei. Wenn schon eine Strasse umgebaut werden soll, dann müsse die gesamte Umbausituation berücksichtigt und geprüft werden, wie dies im Falle der Jurastrasse passiert sei. Ihm sei damals bestätigt worden, dass die Höhe der Kosten für die Jurastrasse nicht von der Wahl des Regimes abhängen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 8 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Das Postulat Dietrich Pascal und Felber Lukas (beide jll) und einer Mitunterzeichnenden vom 12. Mai 2014: Attraktive Innenstadt wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Spende der Stadt Langenthal/Unwetter in Gebieten des Emmentals

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Seit Pfingsten gebe das schlechte Wetter Anlass zum Ärger. Von der schlechten Wettersituation sei vor allem das Emmental betroffen. Der Gemeinderat habe sich an seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien mit der Unwettersituation im Emmental auseinandergesetzt.

Ein Zivilschutzdetachment sei im Rahmen des Bereitschaftsdienstes in das Unwettergebiet entsendet worden. Dieser Einsatz sei für die Stadt Langenthal in finanzieller Hinsicht ein Nullsummenspiel, da die Zivilschützer über die EO und über die Einsatzversicherung entschädigt werden.

Im Wissen der grossen Schäden, die in diesem Gebiet entstanden seien und in Erinnerung an die eigenen Erfahrungen mit Hochwassern in der Vergangenheit, habe der Gemeinderat entschieden, pro Einwohner der Stadt Langenthal Fr. 2.00 zugunsten der Emmentaler Gemeinden zu spenden. Der Betrag von Fr. 30'000.00 werde in den vom Regierungsstatthalter des Verwaltungskreises Emmental verwalteten Fonds einbezahlt.

(Applaus)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



9 A. Eingereichte Motion Grädel-Fankhauser Therese (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2014: Übergabe des Sozialpreises der Stadt Langenthal an der Bundesfeier

Motionstext:

"Übergabe des Sozialpreises der Stadt Langenthal an der Bundesfeier

*Seit geraumer Zeit ist der Ablauf der Bundesfeier mehr oder weniger gleich. Dies in einem würdigen, traditionellen, gut besuchten Rahmen. **Der Gemeinderat wird beauftragt den Anlass der Bundesfeier zu nutzen, den Sozialpreis der Stadt Langenthal dem/der Preisträger/Preisträgerin zu übergeben.***

Begründung:

Wer für unsere Gesellschaft etwas leistet, soll dies auch anerkannt bekommen. Dies ist auch der Gedanke und das Ziel des Sozialpreises der Stadt Langenthal. Dieser Preis wird regelmässig an Personen oder Organisationen verliehen, die Ausserordentliches geleistet haben. Der Preis wird meist in einem kleinen, bescheidenen Anlass übergeben. Ich finde, dem gehört mehr Beachtung und Anerkennung!

An der Bundesfeier gedenken wir unserem Land, unserer Stadt, unserem gemeinsamen Zusammenleben. Dies ist eine gute Möglichkeit, in den Festablauf die Übergabe des Sozialpreises einzubauen. Mehr Publikum also Bürgerinnen und Bürger erfahren von der erbrachten Leistung und der/die Preisträger/Preisträgerin bekommt so auch mehr Anerkennung und Wertschätzung.

Die Kinder, welche zahlreich an der Feier teilnehmen, bekommen Vorbilder, welche doch für ihre Entwicklung wichtig sind. Zudem denke ich, motiviert es vielleicht auch wieder Menschen sich für die Gesellschaft zu engagieren.

In diesem Sinne bitte ich den Gemeinderat auf mein Anliegen einzugehen."

Therese Grädel-Fankhauser und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



9 B. Eingereichtes Postulat der SP/GL-Fraktion vom 18. August 2014: "nette Toilette"

Postulatstext:

"Postulat «nette Toilette»"

Der Gemeinderat wird gebeten, die Einführung von öffentlich zugänglichen Toiletten in Langenthal gemäss der Idee «nette Toiletten»¹ zu prüfen.

Begründung:

Die Stadt Langenthal verfügt über 14 öffentliche WC-Anlagen. Verschiedene dieser Anlagen befinden sich in einem suboptimalen technischen und hygienischen Zustand, sind zum Teil nicht behindertengerecht und entsprechen nicht den zeitgemässen Anforderungen. Im Stadtzentrum bestehen mit den Anlagen Löwenbrücke und Wuhrplatz nur gerade zwei öffentliche WC-Anlagen.

In der Vergangenheit wurde bereits mehrmals über das Thema diskutiert (u.a. betreffend den Bereich rund um den Bahnhof), dabei wurden auch Forderungen nach dauerhaft bestehenden frei zugänglichen Toiletten laut. Es ist anzunehmen, dass mit dem postulierten Lösungsansatz nachhaltig das bestehende Angebot optimal ergänzt werden kann."

SP/GL-Fraktion

Die Beantwortung des Postulats erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates²

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Als nette Toilette wird eine von Geschäftsinhabern, Hotel- und/oder Restaurantbesitzern zur kostenlosen öffentlichen Nutzung bereitgestellte Toilette bezeichnet. Dafür erhalten diese von der kommunalen Verwaltung eine Aufwandsentschädigung. Im Gegenzug sparen die Gemeinden bzw. die Städte die erheblichen Kosten für eigene öffentliche Toiletten. Siehe Beispiel Thun www.thun.ch/toiletten oder Luzern <http://www.luzern.com/de/nettetoilette>

² **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

9 C. Eingereichte Interpellation Grädel-Fankhauser Therese (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2014 betreffend: Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Langenthal

Interpellationstext:

"Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Langenthal?"

Seit langer Zeit sind nicht mehr so viele Flüchtlinge und aus ihrer Heimat vertriebene Menschen unterwegs gewesen wie in den letzten Monaten. Dies mag verschiedene Gründe haben, doch neben den menschlichen Tragödien kommen nun auch immer mehr Probleme zur Unterbringung der Flüchtlinge. An vielen Orten wird der Platz knapp, neue Orte müssen gesucht und oder gefunden werden. So auch im Kanton Bern. Daher möchte ich wissen, wie sich der Gemeinderat dieser Frage stellt?

- Was wird überhaupt gemacht?
- Gibt es ein Konzept?
- Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton?
- Was gedenkt der Gemeinderat allenfalls noch zu tun?"

Therese Grädel-Fankhauser und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



9 D. Eingereichte Interpellation Grädel-Fankhauser Therese (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2014 betreffend: Planung von Veränderungen/Anpassungen der Wertstoffsammelstellen

Interpellationstext:

"Welche Veränderungen/Anpassungen der Wertstoffsammelstellen sind geplant?"

Ich habe gehört, dass verschiedene Anpassungen der Wertstoffsammelstellen angedacht und geplant sind. Dies ist auch im aktuellen Investitionsplan zu sehen und sicherlich auch zu begrüssen.

- *Gerne möchte ich aber wissen, was genau geplant ist? So z.B. an der Grubenstrasse an welcher an gewissen Tagen ziemlich ein «Gnusch» ist!*
- *Werden neue, besser geeignete Standorte gesucht?*
- *Was passiert mit den alten Standorten?*
- *Welche weiteren Standorte werden auch noch angepasst?"*

Therese Grädel-Fankhauser und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



9 E. Eingereichte Interpellation Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2014 betreffend: Pflästerung obere Märitgasse/Löwenplatz

Interpellationstext:

"Interpellation betreffend Pflästerung obere Märitgasse/Löwenplatz

Lange musste die langenthaler Bevölkerung auf die Realisierung des Projekts obere Märitgasse warten und kann sich nun über die mehrheitlich gelungene Neugestaltung freuen. Gross war die Erleichterung als auch der Durchgangsverkehr über den Löwenplatz wieder möglich war. Fürs Auge schön und für die Verkehrssicherheit sinnvoll ist die Pflästerung in diesem Bereich. Kopfschütteln im wahrsten Sinn des Wortes allerdings löst die Stufe beidseits der Pflästerung aus. Ortsunkundige Autofahrer erschrecken gehörig und reagieren mit gefährlichen Bremsmanövern, einheimische ärgern sich über das Gerumpel. Die bereits vom Verkehrslärm geplagten Anwohner bekommen noch ein paar Dezibel zusätzlich auf die Ohren. Noch schlimmer ergehts den Velofahrern: Wer kein vollgefedertes Bike fährt, erleidet einen zünftigen Schlag auf den Rücken, ganz zu schweigen von weiteren empfindlichen Körperteilen. Es wird sogar von Beinahe-Stürzen berichtet. Diese Stufe, vermutlich als Geschwindigkeits-Schikane gedacht, stösst auf breites Unverständnis und trübt die Freude an der bevorstehenden Märitgasse-Einweihung.

Dazu folgende Fragen:

- 1. Ist diese Stufe tatsächlich eine gewollte Geschwindigkeits-Schikane und falls ja: wird der motorisierte Verkehr nicht schon genügend durch die Doppelkurve und optisch durch die Pflästerung abgebremst?*
- 2. Wie wird in diesem Bereich die Schneeräumung durchgeführt werden?*
- 3. Wäre es nicht möglich eine flachere Rampe einzubauen?*
- 4. Falls die Stufe bleibt: Müsste nicht aus Sicherheitsgründen ein Warnsignal montiert werden?*
- 5. Könnte nicht wenigstens für die Velofahrer eine flache Rampe gebaut werden, da hier das Argument der Geschwindigkeitsreduktion wohl kaum gilt?*

In der Hoffnung, dass diese «Stufe des Anstosses» bald entschärft wird, bedanke ich mich für die Beantwortung meiner Fragen."

Christoph Stäger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014

10. In eigener Sache

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Nach dem Motto: *"Der Eine kommt, der Andere geht."* verlasse Stadtrat Matthias Bärtschi (BDP) den Stadtrat nach relativ kurzer, aber wichtiger Mitarbeit per 31. August 2014. Stadtrat Matthias Bärtschi sehe sich aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen zu diesem Schritt veranlasst. Im Namen des Stadtrates danke er Stadtrat Matthias Bärtschi mit der Übergabe eines Blumenstrausses für die geleistete Arbeit und wünsche ihm alles Gute für die weitere persönliche Zukunft.

(Applaus)

Matthias Bärtschi (BDP): Etwas mehr als 1 ½ Jahre habe er dem Stadtrat angehören dürfen. Die relativ kurze Zeit sei für ihn interessant und lehrreich gewesen. Neben den neuen damit gemachten Erfahrungen habe er auch viele interessante und nette Persönlichkeiten kennenlernen dürfen, wofür er sehr dankbar sei. Seit dem 1. August 2014 habe sich seine berufliche Situation verändert, indem zusätzliche Aufgaben auf ihn zugekommen seien, für die er sich weiterbilden werde. Nebst dem "Hobby Feuerwehr" sei damit etwas viel auf ihn zugekommen, so dass er seine Prioritäten habe neu setzen müssen. Nach langer und reiflicher Überlegung und in Anbetracht bereits bestehender gesundheitlicher Schwierigkeiten, habe er getreu seinem Grundsatz: *"wenn ich etwas mache, mache ich es richtig oder lasse es sein!"* entschieden, die Aufgabe, die er am wenigsten lange ausübe, aufzugeben und per 31. August 2014 als Mitglied des Stadtrates zurückzutreten. An dieser Stelle danke er allen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und die ihm gewährte Unterstützung. Er wünsche allen alles Gute und vor Allem weiterhin viel Erfolg in der politischen Arbeit.

(Applaus)

Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP): Mit dem besten Dank für die engagierten Voten am heutigen Abend, weise er darauf hin, dass die nächste Stadtratssitzung am 15. September 2014 stattfinde.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 18. August 2014



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal